

*Beiträge zur Politikwissenschaft · Band 9*

Klaus Kornexl

**Das Weltbild  
der Intellektuellen Rechten  
in der Bundesrepublik Deutschland**

Dargestellt am Beispiel  
der Wochenzeitschrift  
JUNGE FREIHEIT



Herbert Utz Verlag · München

Beiträge zur Politikwissenschaft

Band 9



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Teildruck der unter demselben Titel an der Ludwig-Maximilians-Universität,  
München eingereichten Dissertation

Zugleich: Dissertation, München, Univ., 2007

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch  
begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung,  
des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der  
Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege  
und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen  
bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung,  
vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH 2008

ISBN 978-3-8316-0761-7

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München  
Tel.: 089-277791-00 · [www.utz.de](http://www.utz.de)

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
I. Einleitung.....	13
1. Zum Forschungsstand .....	13
2. Zur Problematik.....	29
3. Zur Fragestellung.....	34
4. Zur Terminologie.....	41
5. Zum Untersuchungsverlauf.....	48
6. Zur Geschichte der JF.....	57
II. Das Weltbild der INTELLEKTUELLEN RECHTEN in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT.....	66
1. Zur Bestandsaufnahme – die „Bilanz ist verheerend“.....	66
2. Die Kernideologeme der Intellektuellen Rechten – aus dem Theorie-Baukasten der Neuen Rechten?.....	73
2.1. Zu Vertretern der Konservativen Revolution – „die modernste Form, rechts zu sein“.....	73
2.1.1. Die Leitbilder – „Mentoren, Seelenführer, Vordenker“.....	78
2.1.1.1. Ernst Jünger – der „Titan“ von Wilflingen.....	78
2.1.1.2. Carl Schmitt – der „böse Geist von Plettenberg“.....	82
2.2. Das biologistische Menschenbild – „Egalität“ oder „Differenz“?.....	87
2.3. Nationalstaat, nationale Identität und Patriotismus – „das Wunder der nationalen deutschen Wiedergeburt“.....	99
2.4. Die Vergangenheitsbewältigung – „ein Verbrechen an der Seele des deutschen Volkes“.....	113
2.4.1. Der Überfall auf die Sowjetunion – ein „Präventivkrieg“.....	132
2.4.2. Der Revisionismus – „das große intellektuelle Abenteuer des auslaufenden 20. Jahrhunderts“? .....	138
2.4.3. Der Historikerstreit – eine „politische Kontroverse“.....	152
2.4.4. Die Wehrmacht – zur „Reemtsma-Picture-Show“.....	163
2.5. Ethnopluralismus – „ein ideologisches Gespenst“.....	175
3. Zur Innenpolitik – die Ausscheidung des Heterogenen.....	184
3.1. Die Feindbilder – zur „Freund-Feind-Kennung“.....	184
3.1.1. Zum Liberalismus – der „Liberalextremismus“.....	185
3.1.2. Zum Multikulturalismus – „Demokratischer Nationalstaat oder Multikulturelle Gesellschaft“?.....	194

3.1.3. Die Ausländer und das Asylrecht – nationale Identität in einer „Mischgesellschaft“ .....	203
3.1.3.1. Zur doppelten Staatsbürgerschaft – „die Desintegration Deutschlands“ .....	231
3.1.4. Zum Antifaschismus – „das Antifa-Business“ .....	241
3.2. Zur Lage der Rechten – zwischen „Aufbruch“ und „Agonie“ .....	246
3.2.1. Die JUNGE FREIHEIT – eine „Bürgerinitiative politisch verantwortungsbewußter Menschen“ .....	273
3.2.2. Zum Konservativismus – „Seelenzustand“ oder politische Theorie? .....	288
3.2.3. Die Neue Rechte – „eine Denkgemeinschaft, die über ihre Publizistik und Zirkel Ideologie liefert“ .....	299
3.2.4. Zu Rechtsextremismus, Neonazismus und Rechtsterrorismus – „cui bono?“ .....	310
3.2.5. Zur Meinungsfreiheit – der „Kampf um freie Rede und Gegenrede“ .....	322
3.2.5.1. Zur „Political Correctness“ – der „Meinungsterror“ .....	322
3.2.5.2. Der Verfassungsschutz – und die „Rechtsextremen vom Dienst“ .....	327
3.3. Potentielle Bündnispartner – der Versuch eines Brückenschlages .....	346
3.3.1. Rechte Parteien – politische Präferenzen .....	346
3.3.1.1. Die DVU – eine „groteske politische ‘Rechte‘“ .....	346
3.3.1.2. Die NPD – eine „Splitterpartei im Null- Komma-Bereich“ .....	352
3.3.1.3. Die Republikaner – und ihr „politisches Dünnbrettbohrerpersonal“ .....	358
3.3.2. Andere Parteien – das unerwiderte Werben .....	374
3.3.2.1. Die CDU/CSU – das „Durchwurschteln mit Kohl“ .....	374
3.3.2.2. Die FDP – „es gibt keinen Haider in Deutschland“ .....	389
3.3.3. Die Vertriebenen – und ihr „Abrutschen ins kulturpolitische Nichts“ .....	396
3.4. Zur Strategie einer „Kulturrevolution von rechts“ – der „narkotische Begriff von der kulturellen Hegemonie“ .....	414
4. Zur Außenpolitik – zwischen „Machtversessenheit“ und „Machtvergessenheit“ .....	424
4.1. Feindbild USA – der „gefühlig-moralisierende Anti-Nord- amerikanismus“ .....	438

4.2. Feindbild EU – ‚Maastricht ist der Versailler Vertrag ohne Krieg‘	449
5. Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik – das ‚Deutlichmachen eigener Machtpotentiale zum Durchsetzen politischer Ziele‘	464
6. Zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – ‚Freihandel oder Protektionismus‘	476
7. Zu den monotheistischen Religionen – wider eine undefinierbare ‚Weltreligion‘	489
7.1. Zum Judentum – und der ‚Holocaust-Kultur‘, dem ‚Shoa-Business‘	489
7.1.1. Zur Frage der ‚Entschädigungs‘-Zahlungen – die ‚Lust am Erpreßwerden als Spielart des Nationalmasochismus‘	501
7.1.2. Die Walser/Bubis-Kontroverse – zur ‚Normalisierung des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden‘	507
7.2. Zum Christentum – wider das ‚konservativerseits unannehmbare Heidentum‘	514
7.2.1. Die katholische Kirche – ‚wider den Ungeist des Konzils‘	514
7.2.2. Die evangelische Kirche – wider den ‚Einbruch von Christo-marxistischen Irrlehren‘	525
7.3. Zum Islam – ‚der Islamismus als Bedrohung der europäischen Identität‘	530
III. Schlußbetrachtung: Die Intellektuelle Rechte und ihr abschwellender Bocksgesang – ein Nachruf	535
IV. Abkürzungsverzeichnis	597
V. Auswahlbibliographie	600
1. Primärquelle	600
2. Sekundärquellen	600
3. Darstellungen	602
4. Zeitungen, Magazine	606



## Vorwort

„Es hat keinen Sinn, das Entstehen einer jungen rechten Intelligenz zu beklagen, wenn man der Krise des Liberalismus nichts anderes als weitere Schritte auf dem Wege in eine atomisierte Gesellschaft entgegensetzen kann: Die inneren Bindekräfte zerfallen, die integrativen Muster lösen sich auf, der Rückfall in den Hobbeschen Naturzustand als 'Krieges aller gegen alle' droht. Da der Sozialismus als rettende Alternative nicht mehr zur Verfügung steht, ist es fast unvermeidbar, daß eine rechte Entwicklung eintritt, die in der gegenwärtigen Lage die Bestätigung von Theorien eines Carl Schmitt wahrzunehmen glaubt.“<sup>1</sup>

„Was heute zum Tabubruch stilisiert, die Weihe eines Befreiungsschlages erhält, war bisher bloß der mokant schmallende Verstoß gegen 'politische Korrektheit'. [...] Hierzulande haben Organe wie die 'Junge Freiheit' bald den Reizstoff entdeckt, den der Kampfbegriff der 'Political Correctness' enthielt. Man musste ihn nur aus dem akademischen Entstehungskontext herauslösen und mit richtiger Stoßrichtung in die deutsche Geschichtsdebatte verpflanzen. Dann würde er sich für die Rolle eines Reflexionsstoppers eignen.“<sup>2</sup>

Die sozialen Folgen eines immer unüberschaubaren Modernisierungsprozesses und damit einhergehende Beunruhigungen, das ökonomische Auseinanderdriften der Gesellschaft, welches sich nicht zuletzt in einer von den Volksparteien scheinbar kaum mehr zu bewältigenden Massenarbeitslosigkeit äußert, ein sich auf absehbare Zeit wieder verschärfender Migrationsdruck auf Europa, der angesichts eines sich vor dem Hintergrund der Postmoderne abzeichnenden Verlusts an Identität verunsichernd wirkt, die kriegerischen Auseinandersetzungen vom Balkan bis zum Nahen Osten, das diffuse Gefühl der Bedrohung durch einen islamischen Fundamentalismus nicht erst seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, zusammengefaßt also tiefgreifende Existenzsorgen und Krisenängste aller Art, prägen das Bewußtsein eines Gutteils der Bevölkerung in Deutschland. Rechtsextreme Parteien, aber seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zunehmend auch Rechtsintellektuelle knüpfen daran an und offerieren Erklärungsmuster, die darauf hinauslaufen, unter Rückgriff auf angeblich eindeutig definierte Naturgegebenheiten, wie beispielsweise der Zugehörigkeit zur eigenen Nation, einen in ihrem Sinne schlüssigen Gesellschaftsentwurf zu etablieren.

Antidemokratische und völkisch-nationalistische Politikkonzepte sind in Deutschland auch nach 1945 immer wieder vorgetragen worden. Sieht man einmal von den kurzfristigen, gleichsam periodisch wiederkehrenden Erfolgen der NPD in den 60er Jahren, der Republikaner in den 80er Jahren und der DVU in den 90er Jahren ab, konnten diese freilich keinerlei größere Breitenwirkung erzielen. Dies lag daran, daß die sog. Alte Rechte zwar unter Zuhilfenahme von

---

1 Rohmoser, Günter: Auf die rechte Mitte kommt es an, in: JF 3.6.1994, S. 11

2 Habermas, Jürgen: Tabuschränken, in: SZ 7.6.2002, S. 13

Sündenböcken, nun waren es nicht mehr die Juden, sondern die Ausländer, Ressentiments mobilisieren konnte, gleichzeitig aber nie mehr als rückwärtsgewandte, intellektuell äußerst bescheiden dimensionierte ideologische Versatzstücke anzubieten hatte. Mit dem Beginn der 70er Jahre zeigten sich im rechten Lager hingegen parallel dazu Tendenzen, eben jene alten ideologischen Positionen durch neue, in gewisser Hinsicht zeitgemäßere Interpretationen zu ersetzen. Im Vordergrund stand das Bemühen, über eine Modifizierung der Fundamente „rechter Weltanschauung“ erste wichtige Schritte auf dem Weg zur Erringung einer kulturellen Hegemonie zurückzulegen. Dahinter verbirgt sich der von dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci entlehene und nicht eben atemberaubend innovative Gedanke, daß die (macht-) politische Übernahme stets eine ideologische, eine kulturelle Vorrangstellung innerhalb der zu transformierenden Gesellschaft voraussetze. Ohne selbige müßten alle diesbezüglichen Bemühungen zwangsläufig erfolglos bleiben. Charakteristisch für eine solche Neufundierung war der weitgehende Verzicht auf rassistische und antidemokratische Äußerungen, die zugunsten einer humanistischen Rhetorik sowie unter Rückgriff auf vorgeblich unangreifbare Erkenntnisse der Wissenschaften in den Hintergrund gedrängt wurden. Thematisch griffen jene Strömungen nicht länger beispielsweise die rückwärtsgewandte „Auschwitzlüge“ auf, sie hatten sich vielmehr ehrgeizig vorgenommen, Antworten auf aktuelle oder künftige Zeitprobleme zu geben. In der Politikwissenschaft, aber auch in den Medien bürgerte sich für diese intellektuellen Gruppierungen der Begriff „Neue Rechte“ ein. Armin Pfahl-Traughber weist zurecht darauf hin, daß sich damit häufig das „ungenügende definitorische Verständnis“ von dem, worüber überhaupt berichtet werden sollte, mit der „Nutzung des Begriffs als politischem Schlagwort, sei es zu propagandistisch motivierten Selbstbezeichnung, sei es zur politischen Diffamierung“<sup>3</sup> verband.

Von einer fest gefügten Organisation oder homogenen Einheit kann, etwa im Unterschied zur Nouvelle Droite in Frankreich, mit Blick auf eben jene Neue Rechte mitnichten gesprochen werden. Parteipolitisch ungebunden, gibt es keine „Mitglieder“ im klassischen Sinne. Vielmehr handelt es sich hierbei um ein diversifiziertes und Fluktuationen unterworfenes Geflecht aus Gruppen, Grüppchen und Einzelpersonen, projektgebunden oder auch nicht, sowie aus Theoriezirkeln und Zeitschriftenprojekten. Dessen Aktivisten, häufig junge Akademiker, die die Denker der Konservativen Revolution und hier vor allem Schmitt wiederentdeckt haben, verstehen sich als Multiplikatoren, die neuere Gedankengut zum einen in herkömmliche Organisationen, zum

---

3 Pfahl-Traughber, Armin: Die Erben der „Konservativen Revolution“. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der „Neuen Rechten“, in: Gessenharter, Wolfgang / Helmut Fröchling (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuermessung eines politisch-ideologischen Raumes? - Opladen 1998, S. 78



anderen in Parteien verpflanzen wollen. Eine einheitliche Ideologie sucht man angesichts mannigfacher Abgrenzungen wie Überschneidungen gleichwohl vergebens. Berücksichtigt man den selbst erhobenen Anspruch auf theoretisch-konzeptionelles Agitieren, der allerdings etwa im Vergleich zur Neuen Linken unterwickelt bleibt, vereint diesen losen Verbund von Intellektuellen in erster Linie das strategische Ziel, die beabsichtigte Einflußnahme auf gemäßigt-disziplinierte Rechte, Konservative und unzufriedene politisch Heimatlose<sup>4</sup>. Über seinen tatsächlichen Einfluß, etwa auf den Diskurs im bürgerlich-konservativen Lager, können nachprüfbar Aussagen nur unter Vorbehalt getroffen werden. In den einschlägigen politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu wird zwar seit vielen Jahren immer wieder die Behauptung aufgestellt, es gebe eine „Erosion der Abgrenzung“<sup>5</sup>, also ein Verwischen der Demarkationslinie zwischen dem unzweifelhaft demokratisch-konservativen und dem rechtsradikalen bzw. rechtsextremen Lager, stichhaltige Belege aber, die eine solche Annahme mit hinreichender Evidenz rechtfertigen würden, sucht man zumeist vergebens.

---

4 Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. - Opladen 1994, S. 13 f.

5 Zur Genese des Begriffs „Erosion“ läßt sich feststellen, daß der Begriff in diesem Zusammenhang erstmals 1987 bei Margret Feit (Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation - Ideologie - Strategie. - Frankfurt 1987, S. 168) auftauchte. In der Folge wurde er mitunter ungeprüft u.a. von folgenden Autoren übernommen: Backes, Uwe: Rechts- und linksradikale Intellektuelle in Deutschland, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Politischer Extremismus in Deutschland und Europa. - München 1993, S. 114; Kreuzberger, Wolfgang: Rechtsradikalismus - Daten und Deutungen, in: Kreuzberger, W. u.a.: Aus der Mitte der Gesellschaft. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. - Frankfurt 1993, S. 13; Pfahl-Traugher, A.: Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren, in: Kowalsky, Wolfgang / Wolfgang Schroeder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. - Opladen 1994, S. 160 - 163, 174 f., 178 ff.; Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. - Darmstadt 1996, S. 145; Jesse, Eckhard: Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand - Mythos und Realität, in: Falter, Jürgen / H.-G. Jaschke / Jürgen Winkler (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. - Opladen 1996, S. 514 - 526; Baumann, Fritz-Achim: Die Neue Rechte“ aus der Sicht des Verfassungsschutzes, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 101; Pfahl-Traugher, A.: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat - Opladen 1998, S. 160 - 163, 234; ders.: Erben, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 92 f.; Platner, Johann Hubert: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. - München 1998, S. 90 f.; Pfahl-Traugher, A.: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. - München 1999, S. 46 f.; Brauner-Orthen, Alice: Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen. - Opladen 2001, S. 192 f.

Unstrittig ist hingegen, daß eine als „Grenzgänger-Phänomen“<sup>6</sup> zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus verstandene Neue Rechte vor dem Hintergrund der oben angedeuteten Verwerfungen und Friktionen aus sozialwissenschaftlicher Sicht Beachtung verdient. Allein mit politischer Kampfrhetorik, nämlich der *unisono* alle Schattierungen subsumierenden Etikettierung als Rechtsradikale, Rechtsextreme, Faschisten oder Rassisten, kann dieser Erscheinung nicht begegnet werden. Ob man sie deswegen gleich als „ideologisches Krisenwarnsymptom“<sup>7</sup> bezeichnen soll, sei dahingestellt.

Überdies unstrittig ist, daß eine Gefahr für den Bestand eines demokratischen Verfassungsstaates nicht nur von außen- und innenpolitischen, sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen, sondern auch von einer „gezielten intellektuellen Delegitimierung“ ausgehen kann. Nach Pfahl-Traugher versteht man darunter eine „ideologische Kritik“, deren letztendliche Bemühungen darauf abzielen, den geistigen Grundlagen der Demokratie, dem Konstitutionalismus sowie den Menschenrechten argumentativ und propagandistisch die Gültigkeit abzuspochen: „Derartige Prozesse auf der Ebene politisch-kultureller Auseinandersetzungen gehen häufig grundlegenden politischen Veränderungen voraus und schaffen eine Art geistiger Bahn für deren Entwicklung“.<sup>8</sup>

Insofern zielen beispielsweise Diffamierungen demokratischer Politiker oder die Unterstellung, der Untergang des (deutschen) Abendlandes stehe unmittelbar bevor, nicht nur darauf ab, eine behauptete oder tatsächliche Krisenstimmung zu schüren, sie werden auch gezielt dazu benutzt, die demokratische Staats- und Lebensform mitsamt der ihr zugrunde liegenden Art und Weise der politischen Willensbildung zu diskreditieren, mithin also um eine andere Gesellschaftsform auf den Weg zu bringen. Eine bloße Reform der parlamentarischen Demokratie, wie sie im Grundgesetz aus gutem Grunde nicht zuletzt unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte verankert ist, wird nicht intendiert. Im Kern geht es den unter kulturevolutionären Aspekten strategisch denkenden rechten Intellektuellen also darum, in einem ersten Schritt die Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates und seine Ausformungen in der konkreten Tagespolitik ideologisch zu delegitimieren, um in einem zweiten Schritt erfolgversprechend an deren Stelle alternative, umgedeutete Wertvorstellungen in die Köpfe potentieller Entscheidungsträger pflanzen zu können. Geworben für rechtsgewobene Auffassungen wird, die angesprochene Zielgruppe vor Augen, nicht nur auf dem „Niveau politischer Boulevard-Berichterstattung“, sondern durchaus auch in einem „intellektuell anspruchsvolleren Sinne“<sup>9</sup>. Demzufolge stellt die Geschichte der Neuen

---

6 Jaschke, Rechtsextremismus, 1994, S. 51

7 Ebd., S. 52

8 Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“, 1998, S. 25

9 Baumann, Neue Rechte, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 99

Rechten auch die „Geschichte ihrer Intellektualisierung“<sup>10</sup> dar.

Ein wichtigen Schritt auf dem Weg hinaus aus neurechten Theoriezirkeln und hin zur öffentlichkeitswirksamen Diskursfähigkeit bzw. zur angestrebten geistigen Meinungsführerschaft bilden kulturelle Projekte, wie etwa Zeitschriften. Alice Brauner-Orthen stellt hierzu fest, daß das jungkonservative Wochenblatt „Junge Freiheit“ den bedeutendsten Träger und Propagandisten dieser angestrebten Tendenzwende darstelle. Es verkörpere die reproduzierte Ideologie der Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Nicht zuletzt deshalb, weil es ihr immer wieder gelingt, neben rechtsextremen Publizisten politisch integre Personen des öffentlichen Lebens sowie konservative Politiker als Autoren oder Interviewpartner zu gewinnen, um sich den Anstrich einer kultivierten rechtsliberalen Zeitung zu geben, gelte das Blatt mittlerweile manchen in bürgerlichen Kreisen als seriös<sup>11</sup>. Hier können also die Protagonisten einer als Neue Rechte bezeichneten Strömung neben Vertretern des demokratischen Konservativismus ihre Positionen veröffentlichen um so die intendierten Veränderungsprozesse auf medialer Ebene voranzutreiben. Bislang war ihnen damit kaum ein erkennbarer Erfolg beschieden. Von der intellektuellen Hegemonie sind sie, entgegen etwa anderslautender Befürchtungen, wie sie beispielsweise ein wenig hysterisch in dem von Wolfgang Gessenharter gewählten Buchtitel „Kippt die Republik?“<sup>12</sup> durchscheinen, weiter entfernt denn je.

Dies sollte freilich das nordrhein-westfälische Innenministerium nicht daran hindern, das Periodikum seit Herbst 1994 vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. In einer von jenem Amt zusammengetragenen „Dokumentation über die ‘Tatsächlichen Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen in der Wochenzeitung ‘Junge Freiheit‘“ wird dem Blatt u.a. aus folgenden Gründen Verfassungsfeindlichkeit vorgeworfen:

- „– mangelnde Distanz zur NS-Herrschaft, bzw. Verharmlosung, Relativierung von NS-Verbrechen sowie Rechtfertigung des Nationalsozialismus, – Ideologie der Ungleichheit
- nationalistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit / Rassismus / Antisemitismus,
- Agitation gegen Institutionen und Funktionsträger der freiheitlichen Demokratie.“<sup>13</sup>

Helmut Kellershohn spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „Ideologiebrei“, in dem rechtskonservative und nationalliberale Essentials und das Gedankengut des intellektuell modernisierten Rechtsextremismus

---

10 Purtscheller, Wolfgang / Heribert Schiedel: Theorien der „Neuen Rechten“, in: Purtscheller, W. (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich. - Wien 1994, S. 15

11 Brauner-Orthen, Neue Rechte, 2001, S. 27

12 Gessenharter, W.: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. - München 1994

13 „Tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen in der Wochenzeitung ‘Junge Freiheit‘“. Dokumentation des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1994, zitiert nach: Brauner-Orthen, Neue Rechte, 2001, S. 28

– zeitweise bis hin zur Ununterscheidbarkeit – vermengt sind“<sup>14</sup>. Eben dieses Weltbild hätte sich bedingungslos einem „Völkischen Nationalismus“ untergeordnet. So betrachtet könne man, wie Brauner-Orthen meint, mit Fug und Recht behaupten, daß die JF geschickt die von Gessenharter für die Neue Rechte im allgemeinen zugewiesene Scharnierfunktion zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus erfülle<sup>15</sup>.

Pfahl-Traughber ergänzt, das Blatt als publizistisches Gesamtprodukt dürfe pauschal weder dem einen, noch dem anderen Lager zugeordnet werden. Vielmehr stelle es eher so etwas wie ein geistiges Sammlungsorgan dar, durch das rechtsextremistische Auffassungen allerdings objektiv aufgewertet würden, da es den Anhängern der Neuen Rechten allein schon durch ihre gedruckte Nähe zu den Einlassungen von Vertretern des demokratischen Konservatismus hinaus auf breiter Ebene gelinge, ihre Auffassungen einem breiteren Publikumskreis anzudienen<sup>16</sup>.

Man sollte sich daher nicht durch eine vermeintliche Unverfänglichkeit täuschen lassen, die manche Autoren an den Tag legen, wenn sie Politikfelder behandeln, die in der rechten Publizistik ansonsten übergangen werden. Es geht auch ihnen um nichts weniger als um die Interpretationshoheit, eine Meinungsführerschaft, die kulturelle Hegemonie. Bevor man das Wirken rechtsintellektueller geistiger Strömungen auf die politische Landschaft in Deutschland überprüfen kann, ist aus genannten Gründen eine sich eben nicht nur auf signifikante Teilbereiche, sondern auf das große Ganze erstreckende inhaltliche Analyse des Periodikums „Junge Freiheit“ unter besonderer Berücksichtigung der in ihr vertretenen ideologischen Leitlinien, aber auch der in ihr direkt oder indirekt transportierten Handlungsanweisungen für Politik und Gesellschaft unabdingbar. Dazu möchte diese Grundlagenuntersuchung ihren bescheidenen Beitrag leisten.

---

14 Kellershohn, Helmut: Vorwort, in: Kellershohn, H. (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit. - Duisburg 1994, S. 7

15 Brauner-Orthen, Neue Rechte, 2001, S. 28

16 Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, 1999, S. 46 f.

## I. Einleitung

### I. 1. Zum Forschungsstand

Ein demokratisch verfaßter Staat wie Deutschland gründet auf einem Kanon von Werten und Normen, der jenseits parteipolitischer oder weltanschaulicher Auseinandersetzungen Beachtung finden und unangetastet bleiben sollte. Allein schon daraus ergibt sich legitimerweise die Notwendigkeit, sorgfältig zu überprüfen, ob und inwieweit die Grenzen zwischen dem demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus erodieren, beispielsweise durch eine sog. Neue Rechte.

Allerdings läßt sich die Grenzlinie zwischen Demokratie und Extremismus, also den Bestrebungen,

„die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben“<sup>1</sup>,

nicht immer trennscharf festlegen, ist der Übergang doch in vielen Fällen fließend. Aus diesem Grunde hat das Amtsdeutsch auch den Begriff „Radikalismus“ eingeführt. Damit sollen die Grenzzonen zwischen den Extremismen und dem demokratischen, durch die freiheitliche demokratische Grundordnung geschützten Bereich markiert sein, wobei der Rechts- bzw. Linksradikalismus noch dem verfassungskonformen Spektrum zuzurechnen ist. Als verfassungsfeindlich und damit extremistisch werden hingegen Bestrebungen eingestuft, die darauf abzielen, mindestens ein Prinzip der freiheitlich demokratischen Grundordnung abzuschaffen. Nach einer Definition des Bundesverfassungsgerichts gehören zu diesen Grundprinzipien unabdingbar:

„Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit für alle politischen Parteien und Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“<sup>2</sup>

In den Fachpublikationen wird richtigerweise darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, Rechtsradikalismus bzw. Rechtsextremismus exakt zu definieren, da ihm, etwa im Unterschied zum Kommunismus, der auf einer geschlossenen politische Theorie basiert, keine wissenschaftlich entwickelte, systematisch kategorisierbare Ideologie zugrunde liegt. Dennoch lassen sich bei der Analyse rechtsextremistischer Bestrebungen stets wiederkehrende Schlagworte, Argumentationsmuster, Intentionen und Agitationsmethoden erfassen, die inhaltlich dicht miteinander verwoben sind<sup>3</sup>.

---

1 Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. - Bonn 1999, S. 18

2 Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke, Parteien, Organisationen, Ideologiezentren, Medien. - Hamburg 1994, S. 7

3 Vgl. beispielsweise Schwagerl, Joachim: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Metho-

Erschwerend kommt hinzu, daß hinsichtlich der Rechtsextremismus-Terminologie, also der Begriffsbestimmung sowie des bezeichneten Gegenstandsgebietes völlige Unübersichtlichkeit herrscht<sup>4</sup>. Dieser Mangel wird zwar seit Jahren nicht nur von Politikwissenschaftlern beklagt, behoben wurde er aber nicht. Nach wie vor sind konkurrierende Begrifflichkeiten wie Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Neonazismus, Alte und Neue Rechte im Gebrauch. Je nach Forscher werden damit mitunter erheblich divergierende Motivationen, Ziele und Bedeutungsebenen verknüpft. Ohne eine exakte Wissenschaftssprache aber ist eine Rechtsextremismusforschung als gemeinsame Forschungstätigkeit einer wissenschaftlichen Gemeinschaft an sich nicht existent. Und dies aus folgendem Grunde, wie Ulrich Druwe feststellt:

„Die dargestellten unterschiedlichen Begriffe, Bedeutungen und Referenzen führen dazu, daß es keine Übereinstimmung bezüglich des Forschungsgegenstandes und den Phänomenen und Aspekten gibt, die dann im einzelnen zu erforschen sind. Je nach Begriff wird man in der ‚Rechtsextremismusforschung‘ zu unterschiedlichen Phänomenen und Aspekten hingeführt.“

Entsprechend heterogen würden die zur Überprüfung der behaupteten Sachverhalte verwendeten Indikatoren, Methoden und Meßinstrumente ausfallen:

„Diese Heterogenität verhindert nicht nur das Zustandekommen einer sinnvollen wissenschaftlichen Diskussion über ‚die Sache‘, weil kein Konsens über die Begriffe und folglich auch nicht über den Forschungsstand besteht, sie verhindert darüber hinaus auch den Vergleich von Forschungsergebnissen (geht man gar von der Kontextabhängigkeit von Begriffen aus, wäre ein Vergleich prinzipiell ausgeschlossen). Ebenfalls ausgeschlossen ist daher der systematische Aufbau eines bewährten Aussagensystems, d.h. wissenschaftlicher Fortschritt.“

In einem strikten Sinne sei wissenschaftlicher Fortschritt so nachgerade prinzipiell unmöglich<sup>5</sup>.

Die deutsche Rechtsextremismusforschung stehe weder auf empirisch gesichertem Boden, pflichtet Christoph Butterwegge bei, noch verfüge sie über

---

den. - Frankfurt 1993, S. 17

4 Vgl. beispielsweise Backes, U. / E. Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. - Frankfurt 1993, S. 474 f.; Pfahl-Traughber, A.: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. - Bonn 1993, S. 18 - 23; Kowalsky, W. / W. Schroeder: Einleitung. Rechtsextremismus - Begriff, Methode, Analyse, in: Kowalsky/Schroeder, Rechtsextremismus, 1994, S. 9 - 13; Stöss, R.: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: ebd., S. 23 - 26; Druwe, Ulrich: „Rechtsextremismus“. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus, 1996, S. 66 - 80; Gärtner, Reinhold: Rechtsextreme Medien und deren Vernetzung mit Parteien und Institutionen, in: Kaufmann, Rüdiger / Franko, Petri / Helmut Reinalter (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. - Innsbruck, Wien 1998, S. 270; Gessenharter, W.: Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Gessenharter/Fröschling, Rechtsextremismus, 1998, S. 27 - 35; Plattner, Rechtsextremismus, 1998, S. 7 - 14

5 Druwe, „Rechtsextremismus“, in: Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus, 1996, S. 78

ein theoretisches Fundament, das tragfähig wäre<sup>6</sup>.

Marcus Neureiter ergänzt, an Analysen dessen, was als das Spezifische „des“ Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistischer Ideologien und/oder Einstellungen angesehen werden müsse, fehle es in der Literatur nicht. Gleichwohl gebe es keinen Konsens. Vielmehr könne man von einer „Situation ‘one man = one approach‘“ sprechen, d.h. nahezu jeder Rechtsextremismusforscher entwickle und vertrete seine eigenen Kriterien für das, was im Rahmen der jeweiligen Untersuchung als die Merkmale rechtsextremistischer Ideologie oder Einstellungen anzusehen sei<sup>7</sup>.

Von einem Minimalkonsens abgesehen, schließt sich Johann Hubert Plattner dem an, habe sich bislang eine allgemeinverbindliche Definition und Theorie des Rechtsextremismus nicht herausbilden können, so daß die Definitionen für Rechtsextremismus vom jeweiligen Forschungsansatz abhängig bleiben würden<sup>8</sup>.

Auch Richard Stöss macht darauf aufmerksam, daß der Begriff „Rechtsextremismus“ in den Sozialwissenschaften umstritten und unklar sei. Es existiere keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus<sup>9</sup>.

Ja, man könne beinahe so viele Definitionen zählen, wie Wissenschaftler auf den Plan träten, um dieses Phänomen zu erforschen versuchen, pflichtet Susanne Mantino bei<sup>10</sup>.

Eine konsensfähige theoretisch-exakte Definition des Begriffs Rechtsextremismus liegt demnach also nicht vor. Unverändert gilt, was Wolfgang Benz bereits 1990 feststellte:

„Es gibt nicht einmal eine Übereinkunft, ob ‘Extremismus’ oder ‘Radikalismus’ die richtige Kategorie ist, unter der Gesinnung und Aktivitäten der äußersten Rechten einzuordnen wären. Ebenso wenig ist festgelegt, wo rechtspopulistische und demagogische Strömungen in Rechtsextremismus übergehen.“<sup>11</sup>

Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke unterscheiden drei verschiedene Bereiche, in den der Begriff „Rechtsextremismus“ Verwendung findet: zum ersten als „verfassungsrechtlich-strafrechtlich kodifizierter Begriff“<sup>12</sup>, zum zweiten als

6 Butterwegge, Rechtsextremismus, 1996, S. 10

7 Neureiter, Marcus: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze. - Marburg 1996, S. 16

8 Plattner, Rechtsextremismus, 1998, S. 7 f.

9 Stöss, Rechtsextremismus, 1999, S. 13

10 Mantino, Susanne: Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungs-konzept. - Baden-Baden 1999, S. 15

11 Benz, Wolfgang: Gewalt und Ideologie, in: Kaufmann/Petri/Reinalter, Weltbild, 1998, S. 38

12 Zur Kritik an jener extremismustheoretischen Forschungsrichtung, die der alten Totalitarismustheorie, wie sie etwa von Backes und Jesse 1993 vertreten wurde (vgl. Backes/Jesse, Politischer Extremismus, 1993), am nächsten steht, vgl. Kowalsky/Schroeder, Rechtsextremismus, 1994, in: Kowalsky/Schroeder, Rechtsextremismus, 1994, S. 9 f. --- Bemängelt

„analytischer Begriff im wissenschaftlichen Diskurs“ und zum dritten als „politischer Kampfbegriff in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“<sup>13</sup>.

Analysiert man den extremismustheoretischen Bereich, nur um ihn, also den politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch, soll es in dieser Untersuchung näherliegenderweise gehen, läßt sich unschwer erkennen, daß der Rechtsextremismus in Deutschland über eine identitätsstiftende politische Stammkultur verfügt, die sich konkret in gemeinsamen Deutungsmustern und Interpretationsschemata manifestiert. Darauf weist auch Neureiter hin, der Wert legt auf den Befund, daß sich Rechtsextremismus nicht eindimensional bzw. durch ein einziges spezifisches Merkmal beschreiben lasse, sondern nur durch das Zusammenwirken verschiedener spezifischer Ideologie- bzw. Einstellungselemente, so daß Rechtsextremismus somit inhaltlich ein „(Einstellungs- bzw. Ideologie-) ‘Syndrom’“<sup>14</sup> darstelle. Mit welchen Inhalten wird nun ein so verstandener Extremismusbegriff gefüllt?

Nach Pfahl-Traugher habe er ganz allgemein als eine Sammelbezeichnung für antidemokratische Auffassungen und Bestrebungen mit traditionell politisch rechts einzuordnenden Ideologieelementen Eingang in die Forschung gefunden<sup>15</sup>.

Ähnlich vage äußert sich Stöss, demzufolge sich Rechtsextremismus als ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten, begreife<sup>16</sup>.

Abgestufter äußert sich Jaschke. Er versteht unter Rechtsextremismus die „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“.

Prägendstes Merkmal seien jene Zielsetzungen, die zum einen den Individualismus zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homo-

---

wird hier vor allem, daß sich dieser Forschungszweig bei seiner Definition des Begriffs „Rechtsextremismus“ auf die Deutung einer außerwissenschaftlichen Instanz, nämlich auf den Verfassungsschutz, stützt. Zudem stößt in diesem Zusammenhang die Übernahme der vom Verfassungsschutz vorgenommenen Unterscheidung zwischen einem „nicht-verfassungsfeindlichen Rechtsradikalismus“ und einem „verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus“ auf Ablehnung.

13 Dudek, Peter / H.-G. Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Band 1. - Opladen 1984, S. 23

14 Neureiter, Rechtsextremismus, 1996, S. 16

15 Pfahl-Traugher, Rechtsextremismus, 1993, S. 18 --- Vgl. Plattner, Rechtsextremismus, 1998, S. 7

16 Stöss, Rechtsextremismus, 1999, S. 21



genen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat aufheben wollten, und die zum anderen in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen würden<sup>17</sup>.

Arno Klönne betont ebenfalls, daß das nicht notwendigerweise in sich geschlossene Weltbild Rechtsextremer aus einem ganzen Bündel von Einstellungen bestehe: so werde das „Interesse der Nation“ höher gestellt als das „Prinzip der egalitär gedachten Menschenrechte“; ein „starker“, autoritärer Staat habe Vorrang gegenüber einer liberalen und pluralistischen Politikverfassung; die „kollektive Identität‘ (in diesem Fall: deutsche)“ würde sich „politisch-biologisch definieren, ‘völkisch‘ oder rassistisch“, und deshalb seien, nach dieser Lesart, „‘Fremde‘“ oder „‘Andersartige‘“ auszugrenzen; schlußendlich sähen Rechtsextreme die Geschichte und Politik als einen „Prozeß ‘natürlicher Auslese‘“ an, in dem das „Recht des Stärkeren“ zur Geltung kommen müsse<sup>18</sup>. Pfahl-Traugherber schreibt dem Rechtsextremismus vier Ideologieelemente zu, nämlich „Nationalismus, Autoritarismus, Antipluralismus und die Ideologie der Ungleichheit“<sup>19</sup>. Der Verfassungsschützer führt dazu weiter aus: Hierzu gehöre erstens ein Politikverständnis, das naturgegebene Zugehörigkeit zu einer „‘Nation‘“, einer „‘Rasse‘“ oder einer „‘Religion‘“ als höchsten Wert ansehe und diesen alle anderen Werte, so auch Menschen- und Bürgerrechte, unterordne. Im gegenwärtigen Rechtsextremismus artikuliere sich diese Einstellung primär im Nationalismus. Eng verknüpft sei damit zweitens die Ideologie der Ungleichheit verbunden mit der Ausgrenzung und Abwertung der nicht zur Eigengruppe gehörenden Menschen. Es gehe also keineswegs um die Feststellung natürlicher Unterschiede, sondern um die daraus abgeleitete Ablehnung bestimmter Rechte für Menschen, die sich durch ethnische Merkmale abheben würden. Drittens müsse man den Autoritarismus nennen, also eine Auffassung, die den Staat über die Gesellschaft stelle und diesen nicht als ihr Instrument, sondern als die Gesellschaft dominierend ansehe. Im Rechtsextremismus drücke sich dieser Autoritarismus als Forderung nach einem „‘Führer‘“ oder „‘starken Staat‘“ aus. In der Aufzählung dürften viertens schließlich Antipluralismus und identitäres Politikverständnis nicht fehlen, also Vorstellungen von der Identität von Regierung und Volk, der sich individuelle oder gruppenspezifische Interessen unterzuordnen hätten. Im Rechtsextremismus würden sich derartige Auffassungen in der Ideologie von der „(Volks-) Gemeinschaft“ ausdrücken, die betrachtet werde als natürliche Ordnung, in der

17 Jaschke, Rechtsextremismus, 1994, S. 31 --- Vgl. Falter, J. / H.-G. Jaschke / J. Winkler: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus, 1996, S. 26

18 Klönne, Arno: Kein Spuk von gestern oder: Rechtsextremismus und „Konservative Revolution“.- Münster 1996, S. 51

19 Pfahl-Traugherber, Brücken, in: Kowalsky/Schroeder, Rechtsextremismus, 1994, S. 160 --- Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz (Hg.): Die Intellektualisierung der „Neuen Rechten“. Die „Junge Freiheit“. - Berlin 1994, S. 7

Volk und Staat zu einer gleichsam organischen Einheit fänden. Alle diese vier ideologischen Merkmale könne man, wenn auch in unterschiedlicher Ausformung und Schwerpunktsetzung, bei den vielfältigen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus vorfinden<sup>20</sup>.

Unter „rechtsextremistisch“ verstehe man inhaltlich diejenigen Denkmuster, ergänzt Iris Weber, die dogmatisch und autoritär, statt freiheitlich-demokratisch, gegen Vielfalt und Pluralismus gerichtet seien, den Parlamentarismus mit seinen Kontroversen und Kompromissen diskreditieren, scharfe Zivilisationskritik formulieren und sich nationalistisch und meist auch rassistisch gegen Ausländer äußern würden<sup>21</sup>.

Benz bietet breit gefächert nachstehende Kriterien für die Ortsbestimmung rechtsextremen Denkens an: „Nationalismus in aggressiver Form, verbunden mit Feindschaft gegen Ausländer, Haß gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten; militant-deutschnationales, deutschvölkisches oder alldeutsches Gedankengut“; „Antisemitismus und Rassismus, biologistische und sozialdarwinistische Theorien und Überzeugungen“; „Intoleranz, Unfähigkeit und Unwille zum Kompromiß in der politischen Auseinandersetzung, elitär-unduldsames Sendungsbewußtsein und Diffamierung Andersdenkender“; „der Glaube an ein ‘Recht durch Stärke‘“; „Militarismus, das Streben nach einem System von ‘Führertum’ und bedingungsloser Unterordnung und nach einer entsprechenden autoritären oder diktatorischen Staatsform (‘Führertum’ und ‘Führerstaat’ unter Mißachtung oder Verweigerung demokratischer Normen)“; „Verherrlichung des NS-Staats als Vorbild und Negierung oder Verharmlosung der in seinem Namen begangenen Verbrechen“; „Neigung zu Konspirations-theorien“; „Verweigerung historischer, politischer, sozialer Realität“; „latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele“; „Anwendung der Methode des populistischen Appells an das Publikum, dem das Bewußtsein der Mehrheit und der richtigen Gesinnung vermittelt wird, bei gleichzeitiger Stigmatisierung von ‘Feinden’“; „ungezügelter Drang nach Macht und Geltung, der verantwortungslos ausgelebt wird.“<sup>22</sup>

Joachim Schwagerl bestimmt folgende Merkmale rechtsextremen Denkens:

„Antisemitismus, Abwertung des Parlamentarismus, ein rassenbiologisch determiniertes völkisches Menschenbild, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus, Volk und Nation als Integrationswert, Militarismus, und das Streben nach einem Führerstaat.“

Rechtsextreme politische Strategien beständen im Schüren einer Krisenstimmung durch Verstärkung und Ausnutzung von Angst vor Statusverlust, vor Kommunismus und vor Kriminalität, sowie in der Förderung von Bedingungen, die zu einer Volksgemeinschaft bzw. einem Führerstaat mit absoluter Staatsautorität führen. Dazu würden insbesondere Feindmarkierungen,

---

20 Pfahl-Traugher, A.: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa. - Bonn 1994, S. 14 f.

21 Weber, Iris: Nation, Staat und Elite. Die Ideologie der Neuen Rechten. - Köln 1997, S. 91

22 Benz, Gewalt, in: Kaufmann/Petri/Reinalter, Weltbild, 1998, S. 40

verfälschende Darstellungen der Geschichte, aber auch der Versuch, die nationale Opposition zu sammeln, gehören<sup>23</sup>.

Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schroeder weisen darauf hin, daß es nicht sinnvoll sei, Rechtsextremismus auf einzelne Elemente bzw. Komponenten zu reduzieren, da er sich aus einem komplexen Wirkungszusammenhang zusammensetze: „Rechtsextremismus ist nicht gleichzusetzen mit Rassismus, Nationalismus, Xenophobie, Autoritarismus, Antipluralismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus, Verfassungsfeindschaft oder der Ideologie der Ungleichheit.“ Nur mit einem Denken in Zusammenhängen ließe sich Rechtsextremismus vielmehr begreifen, und zwar indem man die einzelnen Elemente miteinander in Beziehung setze, und so zu einem (Bezugs-)System verdichte. Vor diesem Hintergrund sprechen sich die beiden Autoren für die Verwendung eines Rechtsextremismusbegriffes aus, der sowohl deskriptiv als auch analytisch der Komplexität des Phänomens im umfassenden Sinne gerecht werde. Bei einer konkreten Analyse habe das Bemühen im Vordergrund zu stehen, eine Korrelation zwischen scheinbar disparaten Phänomenen herzustellen und diese sodann in das ideologische Weltbild einzufügen<sup>24</sup>.

Wie sich an den zahlreichen Definitionsversuchen ablesen läßt, folgt der Rechtsextremismus also keiner einheitlichen Ideologie<sup>25</sup>, sondern setzt sich aus einem heterogenen Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen zusammen. Mit dieser auf der Vielfalt seiner weltanschaulichen Versatzstücke und politischen Zielsetzungen fußenden Komplexität korrelieren unterschiedlichste Erscheinungsformen im (gesellschafts-) politischen Alltag<sup>26</sup>. Eine exakte Abgrenzung zu konservativen oder neokonservativen Strömungen ist aufgrund fließender Übergänge zwischen den beiden gemeinten Lagern nicht möglich, treten doch hier wie dort radikale, konservative oder rechtsextreme Elemente zutage.

Als vergleichsweise moderne ideologische Variante des Rechtsextremismus stellt sich die sog. Neue Rechte dar, ein

„ideologisches und organisatorisches Beziehungsgeflecht [...], das in einer großen Anzahl regelmäßig erscheinender Zeitungen und Zeitschriften an die Öffentlichkeit tritt, in denen auch bekannte Professoren, Publizisten und Politiker als Multiplikatoren der neurechten Ideologie fungieren“<sup>27</sup>.

23 Druwe, „Rechtsextremismus“, in: Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus, 1996, S. 70 --- Vgl. Fascher, Eckhard: Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren. - Berlin 1994, S. 10 f.

24 Kowalsky/Schroeder, Rechtsextremismus, 1994, in: Kowalsky/Schroeder, Rechts- extremismus, 1994, S. 12 f.

25 Vgl. Venner, Michael: Nationale Identität. Die Neue Rechte und die Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. - Köln 1994, S. 11, 20

26 Vgl. Stöss, Rechtsextremismus, 1999, S. 22

27 Gessenharter, W.: Das Freund-Feind-Denken der Neuen Rechten, in: Butterwegge, C. / H. (?) Isola (Hg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Ge-

Auch dieses Geflecht läßt sich aufgrund seiner Inhomogenität, d.h. seiner unübersichtlichen Zahl von Kleingruppen, Zirkeln und Zeitschriftenprojekten nur bedingt trennscharf umfassen<sup>28</sup>, was insgesamt eine Grenzziehung zwischen Alter Rechter und Neuer Rechter beträchtlich erschwert.

Hinzu kommt, daß der Begriff „Neue Rechte“ in den 70er, 80er und frühen 90er Jahren in den öffentlichen Diskursen durchaus auf ganz unterschiedliche Phänomene angewandt wurde. Günter Bartsch beispielsweise kennzeichnete 1975 damit eine sog. „nationalrevolutionäre“ Strömung<sup>29</sup> innerhalb des rechten Lagers, der er folgende Ideologeme zuschrieb: den „Bio-Humanismus“, die „okzidentale Erkenntnistheorie“, das „biologische Menschenbild“, den „Ethnopluralismus“, den „Befreiungsnationalismus“ sowie das Streben nach einem „europäischen Sozialismus“<sup>30</sup>. Andere wiederum meinten mit dem Begriff „Neue Rechte“ später Rechtsaußen-Parteien wie die Republikaner bzw. die DVU oder aber die jüngeren intellektuellen Rechten, die sich um die Zeitschrift „Junge Freiheit“ gruppieren<sup>31</sup>. Heute herrscht wenigstens in diesem einen Falle weitgehend Konsens darüber, daß der Begriff „Neue Rechte“ sinnvollerweise nur dann Verwendung finden sollte, wenn man damit jene intellektuellen Zirkel der Nachkriegsgeneration meint, denen man gemeinhin zweierlei beordnet: einerseits, daß sie sich auf die Theoretiker der Konservativen Revolution<sup>32</sup>

---

fahr für die Demokratie? - Bremen/Berlin 1991, S. 57, zitiert nach Weber, Nation, 1997, S. 16  
28 Vgl. Schönekäs, Klaus: Bundesrepublik Deutschland, in: Greß, Franz / H.-G. Jaschke / K. Schönekäs: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. - Opladen 1990, S. 236 ff.; Mantino, S.: Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte“. - Frankfurt et al. 1992, S. 36 ff.; Venner, Nationale Identität, 1994, S. 20 f.; Wehler, Hans-Ulrich: Angst vor der Macht? Die Machtlust der Neuen Rechten. - Bonn 1995, S. 3; Weber, Nation, 1997, S. 91 ff.; Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“, 1998, S. 161 ff.

29 Vgl. Pröhuber, Karl-Heinz: Die nationalrevolutionäre Bewegung in Westdeutschland. - Hamburg 1980

30 Bartsch, Günther: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten. - Freiburg et. al. 1975 --- Vgl. Koelschky, Martina: Die Stimme ihrer Herren. Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik. - Köln 1986; Feit, „Neue Rechte“, 1987

31 Vgl. Backes/Jesse, Politischer Extremismus, 1993, S. 472; Jaschke, Rechtsextremismus, 1994, S. 43

32 Zu diesem Definitionsmerkmal führt Weber weiter aus: „Mit dem Sammelbegriff ‘Konservative Revolution’ wurde schon Ende der zwanziger Jahre eine geistig-politische Strömung der deutschen Rechten bezeichnet, die sich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918/19 in Abgrenzung zu den als reaktionär verachteten Monarchisten entwickelte und deren Vertreter den ideologischen Gegenangriff auf das verhaßte Weimarer ‘System’ starteten. Zu den Vertretern der ‘konservativen Revolution’ in Deutschland werden im allgemeinen Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Oswald Spengler, Edgar Julius Jung, Hans Freyer, Othmar Spann, Otto Strasser, Ernst Niekisch und Ernst Jünger gezählt. [...] Gemeinsames Merkmal dieser ‘konservativen Revolutionäre’ war

berufen, also auf jene Intellektuellen, die nach Kurt Sontheimer als Vertreter eines „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“<sup>33</sup> gelten; andererseits, daß sie, in Anlehnung an den bereits erwähnten Gramsci und dessen Konzept von einer Metapolitik, als Zielvorgabe die Erlangung der kulturellen Hegemonie ausgegeben haben<sup>34</sup>.

Pfahl-Traughber, der mit Backes und Jesse<sup>35</sup> in der Neuen Rechten eine „intellektuell vergleichsweise anspruchsvolle Strömung des Rechtsextremismus“<sup>36</sup> erkennt, meint, es handle sich hierbei um eine geistige Strömung, die sich primär am Gedankengut der Jungkonservativen, also der Konservativen Revolution orientiere. Darüber hinaus würden die Ideen von intellektuellen Sympathisanten und Wegbereitern des italienischen Faschismus, aber auch der französischen Neuen Rechten die ideologischen und strategischen Leitlinien der Neuen Rechten bilden<sup>36</sup>. Insofern habe man bei der Anwendung dieser Definition auf konkrete Objekte unter Berücksichtigung extremismus- wie ideologietheoretischer Überlegungen zweierlei zu untersuchen: Zum einen sei der Nachweis zu führen, daß sich die jeweiligen Akteure als Anhänger der erwähnten Ideologien der Zwischenkriegszeit zu erkennen geben würden, zum zweiten müsse belegt werden, inwieweit sich der jeweilige Diskurs gegen die Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates richte. Nur nach Klärung beider Fragen könnten eindeutige und trennscharfe Aussagen über Gruppen, Personen oder Publikationsorgane bezüglich der Zugehörigkeit zur Neuen Rechten gemacht werden. Im Vordergrund ihrer Anstrengungen ständen weder Parteipolitik noch gar militante Aktionen, sondern das Bemühen, auf den politischen Meinungsbildungsprozeß Einfluß zu gewinnen. Ganz im Sinne der kulturrevolutionären Strategie gehe es der Neuen Rechten „um einen ‘Kampf um die Köpfe’ und um die Erlangung einer ‘kulturellen Hegemonie’, d.h. die Einmischung in intellektuelle Diskurse, um letztendlich die eigenen Auffassungen zu den vorherrschenden zu machen“<sup>37</sup>. Mit den Mitteln der Diffamierung bzw. Umdeutung bestehender Werte solle der Boden bereitet werden für eine solche „Kulturrevolution von rechts“, die als unabdingbare Voraussetzung für einen schlußendlichen politischen Systemwandel anzusehen

---

ihre Gegnerschaft zum politischen Liberalismus, der als Wurzel aller Übel wie Parlamentarismus, Parteienstaat, Toleranz und Kompromißbereitschaft, Entscheidungsflucht und Pazifismus, Individualismus und Materialismus betrachtet wurde.“ (Weber, Nation, 1997, S. 18 f. )

33 Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 4. Aufl. - München 1994

34 Vgl. Weber, Nation, 1997, S. 31 - 37; Gessenharter, Neue radikale Rechte, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 33 f.

35 Backes, U./ E. Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd.I: Literatur. - Köln 1989, S. 136

36 Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“, 1998, S. 20

37 Ders. „Konservative Revolution“, 1998, S. 162

sei. Aus Sicht des Verfassungsschutzes steht zweifelsfrei fest:

„Da es ihr um eine mittels der Diffamierung oder Umwertung demokratischer Begriffe beabsichtigte Delegitimation des demokratischen Verfassungsstaates mit dem letztendlichen Ziel der geistigen Wegbereitung seiner Aufhebung geht, kann auch diese geistige Strömung als rechtsextremistisch eingeschätzt werden.“<sup>38</sup>

Daher distanzieren sich diese Definition von Gessenharters Auffassung, die Neue Rechte sei einem Scharnier ähnlich, das Rechtsextremismus und Konservatismus zugleich trenne und verbinde<sup>39</sup>. Von einer „Art ‘Zwischenstück’“ mit „Scharnierfunktion“ im Gessenharter’schen Sinne könne bei der Neuen Rechten nicht die Rede sein. Pfahl-Traughber schlägt statt dessen vor:

„Damit angesprochen wird die Problematik einer möglichst genauen Unterscheidung von Konservatismus und Rechtsextremismus, die durch ein Verschwimmen der Grenzen und einen gewissen Annäherungsprozeß auf intellektueller Ebene nicht in jedem Fall eindeutig zu treffen ist. Hier sollte man aber eher von einem ‘Brückenbereich’ oder ‘Brückenspektrum’ sprechen [...]“<sup>40</sup>

Dieses kennzeichne treffender das „Phänomen der Erosion der Abgrenzung von Konservatismus und Rechtsextremismus“ und erfasse begrifflich die Bereiche, wo sich eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit zwischen Vertretern dieser beiden Lager abzeichne. Ein solches Verständnis unterscheide sich zweifach von Gessenharters Auslegung: Damit sei lediglich ein bestimmter Ort von politischer Kooperation gemeint. Es werde somit weder das Aufkommen einer neuen, eigenständig zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus stehenden politischen Strömung behauptet, noch von einer einheitlichen Ideologie in dieser Sphäre ausgegangen<sup>41</sup>. Ergänzend fügt Pfahl-Traughber einige Jahre später hinzu:

„In dem so verstandenen ‘Brückenspektrum’ bewegen sich Akteure beider demokratietheoretisch eigentlich notwendigerweise getrennter politischer Bereiche, die sich allerdings nicht alle als heutige Anhänger der Konservativen Revolution der Weimarer Republik verstehen. Vielmehr handelt es sich um die Anhänger unterschiedlichster Ideologievarianten. Die [...] Neue Rechte bildet lediglich ein im Brückenspektrum aktives Segment.“<sup>42</sup>

Die Kontroverse darüber, ob die Neue Rechte eine gewisse Eigenständigkeit im Bereich zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus besitze oder aber als integraler Bestandteil des letzteren gelten solle, gerate in den Hintergrund, flücht Gessenharter ein, wenn man im Rahmen „bewegungstheoretischer“ Argumentation diese „intellektuelle Neue Rechte“ als einen Teil der „Neuen radikalen Rechten“ verstehe, nämlich als sog. „Bewegungseliten“<sup>43</sup>. Unstrittig

38 Ebd., S. 20

39 Gessenharter, *Kippt die Republik*, 1994, S. 65 f.

40 Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus*, 1993, S. 28

41 Ders., *Brücken*, in: Kowalsky/Schroeder, *Rechtsextremismus*, 1994, S. 163

42 Pfahl-Traughber, „*Konservative Revolution*“, 1998, S. 161

43 Gessenharter, *Neue radikale Rechte*, in: Gessenharter/Fröchling, *Rechtsextremismus*, 1998, S. 34 --- Ausgehend von der Frage, ob es sich beim Rechtsextremismus um eine „soziale Bewegung“ handle, könne man, so Gessenharter, auf der strukturellen Ebene nach dem

sei, daß es sich bei den Neuen Rechten um von der NS-Zeit nicht mehr persönlich-lebensgeschichtlich tangierte, meist männliche Intellektuelle handle, die sich selbst gerne in ihren Publikationen neurechte Demokraten, konservative Demokraten, Nationalkonservative o.ä. nennen würden. Da es keinen eindeutigen Struktur- oder gar Organisationszusammenhang, z.B. einen Verband oder eine Partei, als Sammelbecken dieser Personen gebe, gestalte sich die Abgrenzung dieser intellektuellen Neuen Rechten schwierig und kontrovers: „Ich selbst habe dafür den Inhalt ihrer Aussagen und bestimmte Kommunikationszusammenhänge herangezogen und hierfür das Bild des Scharniers verwendet [...]“. Gessenharter verdeutlicht seine Position:

„Sowohl inhaltlich als auch im Feld öffentlich-kommunikativer politischer Auseinandersetzung politischer Auseinandersetzung stellt die intellektuelle Neue Rechte gegenüber der Alten Rechten, dem ‘orthodoxen’ Rechtsextremismus, etwas anderes, in gewisser Beziehung eigenständiges, dar – und dies in gleicher Weise auch gegenüber dem Konservativismus. Gleichzeitig aber gibt es auch eine Verbindung zu beiden.“

Und mit Blick auf seinen Kollegen vom Verfassungsschutz fügt der Politologe hinzu, dieser habe diese Scharnier-Metapher kritisiert und spreche seinerseits von einer Neuen Rechten, die er jedoch ganz dem Rechtsextremismus zuschlage. Zudem aber gebe es für ihn noch ein sog. Brückenspektrum zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus<sup>44</sup>.

Eines werde an dieser Kontroverse jedenfalls überdeutlich, so wiederum Pfahl-Traughber, nämlich die Notwendigkeit einer Begriffsbestimmung, die sowohl demokratie- als auch ideologietheoretisch trennscharf genug ist, um ein klares Raster zur Erfassung eines politischen Phänomens zu liefern. Er betont ausdrücklich, daß bei der Verortung durchaus auch das politische Selbstverständnis der sich selbst als „Neue Rechte“<sup>44</sup> verstehenden „Rechtsextremisten“ ernstgenommen werden müsse. Diese würden sich als gegenwärtige Anhänger der „Konservativen Revolution“<sup>44</sup> der Weimarer Republik verstehen. Damit sei eine geistige und strategische Bezugsgröße genannt, die sowohl eine demokratietheoretische Einschätzung als auch die Unterscheidung von anderen Ideologievarianten der extremistischen Rechten erlaube<sup>45</sup>.

Neureiter schlägt sich auf die Seite Pfahl-Traughbers und befindet, ganz überwiegend werde der Begriff „Neue Rechte“<sup>44</sup> als Bezeichnung für gemeinhin organisatorisch wenig verfestigte „Theoriezirkel“<sup>44</sup> rechter Intellektueller verwendet, die sich an den Ideen der „Konservativen Revolution“<sup>44</sup> aus der Weimarer Zeit orientieren würden. Dementsprechend seien sie um eine Veränderung des „politischen Klimas“<sup>44</sup> in der Bundesrepublik durch die Verbreitung antiliberalen Gedankengutes vor allem in der Tradition der Zivilisationskritik Friedrich Nietzsches und der Liberalismus- und Parlamenta-

---

Modell konzentrischer Kreise zwischen „Bewegungseliten“, Basisaktivisten, Unterstützern und Sympathisanten unterscheiden. (Vgl. ebd., S. 36)

44 Ebd., S. 48

45 Pfahl-Traughber, Erben, in: ebd., S. 81

rismuskritik Schmitts bemüht. Nach Gessenharter komme der Neuen Rechten dabei die Funktion eines ideologischen und organisatorischen „Scharniers zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus“<sup>46</sup> zu, wobei es diesem aber, kritisiert der Autor, weder gelinge, diese zweifache Verbindungsfunktion gedanklich zu präzisieren, noch die behauptete Funktionalität empirisch zu belegen<sup>46</sup>.

Dem schließt sich Weber an. Sie ist ebenfalls der Meinung, daß die Ideologie der Neuen Rechten als rechtsextrem bezeichnet werden könne. Übereinstimmungen mit dem traditionellen Rechtsextremismus beständen vor allem in der Ablehnung der Menschenrechte, der Forderung einer autoritären Gesellschafts- und Staatsstruktur und der damit verbundenen Ablehnung einer freiheitlichen pluralistischen Demokratie. Bei beiden Richtungen sei der absolute Vorrang des Kollektivs vor dem Individuum das bestimmende ideologische Element. Propagiert werde die fundamentale Verschiedenheit der Menschen, die man im wesentlichen, je nach ideologischem Schwerpunkt, mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen Völkern, Rassen, Nationen oder Kulturen begründe. Unabhängig davon gäbe es aber auch zunehmend Bemühungen, auf die konservativen Strömungen in Deutschland Einfluß zu nehmen. Tendenziell antidemokratische Grundideen, die Berührungspunkte für neurechte Politikkonzeptionen bieten, ließen sich neben dem Rechtskonservatismus vor allem beim sog. „Neokonservatismus“ finden. Letzterer könne dadurch gekennzeichnet werden, daß er zur Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme vermehrt auf staatliche Eingriffe im Kultur-, Sinn- und Moralbereich setze, während im ökonomisch-wirtschaftlich-technischen Bereich weiterhin größtmögliche Liberalität gelten solle. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis: „Die ideologischen Verbindungen der Neuen Rechten zum Konservatismus sind [...] insgesamt fließend.“<sup>47</sup>

Auch Plattner neigt eher der Auffassung Pfahl-Traughbers zu. Die Tatsache, daß es sich bei der „Neuen Rechten“ nicht um eine Vereinigung, Partei oder Gruppierung mit festem organisatorischem Aufbau und satzungsgemäß festgeschriebenem Zwecke handle, sondern um ein virtuelles Projekt, getragen von einem nicht definierten, wechselnden Personenkreis mit dem Ziel, kulturelle Vorherrschaft zu gewinnen, gibt er vorsichtig zu bedenken, erschwere die Verortung im Rahmen einer rechts-links Dichotomie. Gleichwohl dürften, fährt Plattner fort, unter Berücksichtigung der extremismustheoretischen Definition des Begriffs „Rechtsextremismus“ bei der festgestellten ideologischen Ausrichtung der „Neuen Rechten“

„gegen eine entsprechende Verortung als rechtsextrem im Grunde keine Einwände bestehen, nachdem wesentliche qualifizierende Tatbestandsmerkmale wie z.B. eine anti-egalitäre Konzeption in Form des Ethnopluralismus erfüllt werden und mit der Berufung

---

46 Neureiter, Rechtsextremismus, 1996, S. 24

47 Weber, Nation, 1997, S. 92, 94 f.



auf Carl Schmitt auch die grundgesetzlich garantierten Menschenrechte in Frage gestellt werden<sup>48</sup>.

Konservatismus sehe sich in aller Regel antithetisch zum antikonstitutionellen, antidemokratischen Rechtsextremismus als demokratischer Konservatismus definiert, wie er durch demokratisch legitimierte Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung trete: „Die ‘Neue Rechte’ wird hingegen [...] hier eindeutig dem rechtsextremen Lager zugeordnet.“<sup>49</sup>

Michael Minkenberg, der es in diesem Zusammenhang vorzieht, den Begriff „Rechtsextremismus“ durch den Begriff „Rechtsradikalismus“ zu ersetzen<sup>50</sup>, vermögen offenkundig eher die Ausführungen Gessenharters zu überzeugen. Er will die Neue Rechte als einen „Ausdruck von Rechtsradikalismus in westlichen Demokratien“ verstanden wissen, der im Kontext rapiden sozialen und kulturellen Wandels einen neuen Diskurs um nationale Identität in Abwehr linker bzw. liberaler Konzepte und Themen entfachte sowie nach rechts radikalisiere und dabei die Öffentlichkeit gegen die etablierten Parteien und Institutionen zu mobilisieren versuche: „Als solcher nimmt die Neue Rechte eine Scharnierfunktion zwischen dem etablierten Konservatismus und einem militanten antidemokratischen Rechtsextremismus ein [...]“.<sup>51</sup>

Um einen Ausgleich bemüht scheint Brauner-Orthen. Die Neue Rechte, befindet sie, unterscheide sich insofern von anderen Strömungen des Rechtsextremismus, als ihre Vertreter ideologisch das Gedankengut der Konservativen Revolution reproduzieren würden. Dabei verbinde man rechtsextremistische und konservative Elemente miteinander. Insofern bilde die Neue Rechte eine Art Bindeglied zwischen beiden politischen Traditionslinien. Sie verbinde Elemente des einen mit dem anderen und formiere so ein ideologisch-organisatorisches Netzwerk<sup>52</sup>.

Eine Bewertung unter verfassungsschützerischen Gesichtspunkten könne aufgrund der ausstehenden Einigung auf eine einheitliche Begrifflichkeit nicht eben leicht vorgenommen werden, merkt Wolfgang Cremer an. Nach einer Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das aus naheliegenden Gründen auf eine trennscharfe Abgrenzung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht verzichten kann, seien wesentliche Merkmale der „‘Neuen Rechten’“: Erstens handle es sich um eine geistige Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Ideologie, die ganz oder teilweise die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abschaffen wolle. Zweitens berufe sie sich auf Ideologieelemente der „‘Konservativen Revolution’“, einer intellektuellen Strömung des antidemokratischen Denkens in der Weimarer

---

48 Plattner, Rechtsextremismus, 1998, S. 88

49 Ebd., S. 90

50 Mehr dazu in Kapitel I.4.

51 Minkenberg, Michael: Die Neue Rechte in den USA. Kulturelle Dimension und politischer Prozeß, in: Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus, 1996, S. 445

52 Brauner-Orthen, Neue Rechte, 2001, S. 33

Republik. Drittens sei ihr strategisches Ziel die kulturelle Hegemonie als Voraussetzung politischer Macht. Viertens bestehe ihre Taktik in der intellektuellen Delegitimation des demokratischen Verfassungsstaates<sup>53</sup>.

Mit Blick auf den „völkischen Nationalismus“ bei der Neuen Rechten, wie er sich in der JF ausdrücke, listet Kellershohn detaillierter deren verfassungsrechtlich bedenklichen Kernideologeme auf: die Gleichsetzung von Volk und Nation, also die Idee einer nach völkisch/rassistischen Kriterien „homogenisierten“ Nation“; die „Überhöhung des Volkes“ zu einem Kollektiv-Subjekt und daraus folgend die Relativierung besonderer gesellschaftlicher Interessen an der Vorrangstellung der „Volksgemeinschaft“; die Rechtfertigung eines „starken“ Staates“, der die Durchsetzung des Ideals der Volksgemeinschaft mit Hilfe national gesonnener Eliten und/oder eines „charismatischen Führers“ inszeniere und organisiere; die „Heroisierung des Volksgenossen“, des „anständigen Deutschen“, der sich den Geboten der staatlich garantierten „Volksgemeinschaft“ freiwillig unterwerfe und als „loyaler Bürger““ opferbereit seinen Beitrag zur „nationalen Identität“ leiste; in Anlehnung an Schmitts „innerstaatliche Feinderklärung“ die „völkisch/rassistische Konstruktion eines inneren Feindes“, um zu erklären, wer die Schuld an der bis *dato* noch mangelhaften Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ trage, und warum sich die freiwillige Unterwerfung unter das „Volksganze“ aus identitätsstiftender Sicht auch lohne; als Objekte der Feinderklärung würden zum einen „Nicht-Deutsche“ (Ausländer)“, zum anderen „illoyale Bürger“ (‘unanständige Deutsche’)“ dienen; ein „biopolitisches Verständnis des ‘Volkskörpers’“, das alle „bevölkerungspolitisch“ relevanten Maßnahmen unter den Primat der quantitativen Vermehrung und qualitativen „Substanz“-Erhaltung der (deutschen) Bevölkerung stelle und mit einer rückwärtsgewandten Familien-, Frauen- und Bildungspolitik verknüpfe; ein „chauvinistisches Machtstaatsdenken“, das die Formierung der Gesellschaft im Sinne einer „Volksgemeinschaft“ als Voraussetzung und als Folge dessen betrachte, daß der Staat „nationale Interessen“ nach außen hin mächtig zur Geltung bringen könne. Der Primat der Außenpolitik beinhalte darüber hinaus die Fixierung auf mindestens einen äußeren Feind, der, in welcher Form auch immer, mit dem inneren Feind verknüpft werde<sup>54</sup>.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Rolf Seeliger, der das Denken der Neuen Rechten vornehmlich durch einen Antiliberalismus, also eine Absage an den liberalen Rechtsstaat mit dessen Betonung der Grund- und Freiheitsrechte des einzelnen gegenüber vor allem staatlichen Institutionen, gekennzeichnet sieht. Er macht deutlich, daß dieser Antiliberalismus Schmittscher Ausformung, der

---

53 Cremer, Wolfgang: Aspekte des verfassungsschützerischen Umgangs mit der Neuen Rechten, in: Gessenharter/ Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 71

54 Kellershohn, H.: Das Projekt *Junge Freiheit*, in: Kellershohn, Plagiat, 1994, S. 27 f. --- Vgl. Minkenberg, M.: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. - Opladen 1998, S. 160 ff.

folgerichtig einen Antipluralismus nach sich zöge, auf einem „pessimistischen“, einem biologistischen Menschenbild fuße. In Anlehnung an Arnold Gehlen, der den Menschen als „Mängelwesen“ begreift, könne daher gemäß neurechter Diktion der Einzelne nur durch ihn stützende Institutionen vor seinem selbstzerstörerischen Egoismus bewahrt werden. Voraussetzung für die Bildung von Gemeinschaft sei aus Sicht der Rechtsintellektuellen ferner eine eindeutige moralisch-kulturelle Identität. Aus diesen Gedankengängen heraus werde einer „multikulturellen Gesellschaft“ ebenso eine Absage erteilt, wie man andererseits dadurch wieder zu einer historisch-moralisch „aufrechten“ Identität gelangen wolle, daß man endlich „aus dem Schatten Hitlers“ heraustrete<sup>55</sup>.

Um die beabsichtigte Erlangung der Meinungsführerschaft in zentralen theoretischen Politikbereichen auf den Weg zu bringen bedient sich die Neue Rechte, darin sind sich die Politologen einig, der Zeitschrift „Junge Freiheit“. Sie stellt einen solchen von Pfahl-Traughber gemeinten Ort von politischer Kooperation zwischen Vertretern des Konservatismus und Rechtsextremismus dar. Mit Blick auf die Publikation notiert Gessenharter 1994:

„Ausgehend von der Konservativen Revolution der Weimarer Zeit, vor allem aber von deren prominentestem Mitglied, Carl Schmitt, der in fast jeder Ausgabe Erwähnung findet, versucht sie in typischer Scharnierfunktion ihre Ideologie zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu plazieren.“<sup>56</sup>

Auch der Verfassungsschutz, der die JF im selben Jahr auf der „Ideologie-Skala“ in einer „publizistischen Grauzone“ verortet, stellt unmißverständlich fest: „Die ‘Junge Freiheit’ ist Sprachrohr und ideologische Speerspitze einer politischen Bewegung, [...] die unter dem Begriff ‘Neue Rechte’ subsummiert [sic] werden kann.“<sup>57</sup>

Minkenberg schlägt die JF 1998 ebenfalls zur Gänze der Neuen Rechten zu, behauptet er doch, es habe sich ein „mainstream-Verständnis“ durchgesetzt, demzufolge als Neue Rechte in Deutschland jene intellektuellen Gruppen, Zirkel und Medienprojekte, vor allem „Criticon“ und „Junge Freiheit“, gemeint seien,

„die ab Anfang der siebziger Jahre in einer ‘Grauzone’, einem ‘Brückenspektrum’ oder als ‘Scharnier’ zwischen etabliertem (parteilichem) Konservatismus und organisiertem Rechtsextremismus und der Abgrenzung zu älteren Gruppen der radikalen Rechten aufgetreten sind“<sup>58</sup>.

Pfahl-Traughber merkt demgegenüber an, man müsse beachten, daß es sich bei der Zeitschrift JF nicht um eine solche handle, die ausschließlich Beiträge im Sinne der beschriebenen geistigen Strömung veröffentliche, sondern darüber

---

55 Seeliger, Rolf: Grauzone zwischen Union und der Neuen Rechten. Personen, Institutionen, Identifikationen. - München 1990, S. 67

56 Gessenharter, Kippt die Republik, 1994, S. 187 f. --- Vgl. Gärtner, Rechtsextreme Medien, in: Kaufmann/Petri/Reinalter, Weltbild, 1998, S. 272

57 Landesamt für Verfassungsschutz, Intellektualisierung, 1994, S. 13

58 Minkenberg, Die neue radikale Rechte, 1998, S. 141

hinaus in unterschiedlicher Gewichtung auch Beiträge von anderen, teils demokratischen, teils extremistischen Autoren. Vielmehr fungiere das Blatt also als Sammelorgan für die intellektuelle Rechte, in dem Altkonservative, Unionsrechte, Vertreter der Neuen Rechten, Nationalrevolutionäre und Nationalisten unterschiedlicher Couleur schrieben. Insofern sei es eben kein reines Forum der Neuen Rechten<sup>59</sup>.

Alexander Ruoff kommt unter Abwägung der sich darin äussernden Weltanschauung zu folgender Einschätzung:

„Das neue an der ‘neuen Rechten’, wie sie sich in ihrem Organ Junge Freiheit darstellt, besteht gerade darin, die Kernbegriffe rechter Ideologie, ‘Volk’, ‘Staat’, ‘Nation’ und ‘Geschichtsbewusstsein’ so zusammenzuführen, dass unter dem Leitbegriff der ‘selbstbewussten Nation’ die Affirmation der deutschen Nation und ihrer Geschichte für alle Deutschen möglich werden soll. Und das heißt, auf die blanke Leugnung der Verbrechen verzichten zu müssen, da mit ihr keine gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen ist.“

Mit dem Konzept der „Hegemonialpolitik“ unternehme die Neue Rechte den Versuch, gesellschaftliche Akzeptanz für eine völkische Fassung nationaler Selbstvergewisserung zu erreichen, die zum einen von parteiförmigen Organisationsformen absehe, und zum anderen darauf verzichte, die Vernichtung der europäischen Juden zu leugnen<sup>60</sup>.

---

59 Pfahl-Traughber, Erben, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 89

60 Ruoff, Alexander: Verbiegen Verdrängen Beschweigen. Die Nationalgeschichte der „Jungen Freiheit“. Auschwitz im Diskurs des völkischen Nationalismus. - Münster 2001, S. 7

## **II. Das Weltbild der INTELLEKTUELLEN RECHTEN in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT.**

Parlamentarische Demokratien sind innerhalb eines verfassungsmäßigen Rahmens als „offene Gesellschaften“ konzipiert, in denen man divergierende Interessen notwendigerweise so zu verhandeln hat, daß sie in eine Kompromißlösung einmünden. Konfliktlösungsvorschläge werden von jedem politischen Standpunkt aus angeboten, so auch von rechter bzw. rechtsradikaler Seite.

### **1. Zur Bestandsaufnahme – die „Bilanz ist verheerend“**

Um die Berichterstattung sowie die Kommentare zum aktuellen politischen bzw. zeitgeschichtlichen Geschehen nachvollziehen zu können, ist es erforderlich zu untersuchen, wie die JF über die Jahre bundesrepublikanische Wirklichkeit wahrnimmt und ob sich daraus immer wiederkehrende Topoi ablesen lassen. In komprimierter Form legt erstmals in der Januar-Ausgabe 1986 Götz Meidinger<sup>1</sup>, den Standpunkt des Blattes dar. Mit Blick auf die 1982/83 von CDU/CSU und FDP versprochene „Wende“<sup>2</sup> bilanziert er, zum obersten Prinzip der Regierung sei die „politische Feigheit“ erkoren worden:

„Dem Wendeversprechen folgte das Milliardengeschenk an das kommunistische Mauermörderregime von Pankow, die Affaire [sic] Wörner/Kießling, der Verrat der Regierung an den deutschen Landwirten in Brüssel, das gescheiterte Amnestiegesetz für Steuerhinterzieher, die Affaire Barzel, der Streit um das Motto des Schlesiertreffens und die peinlichen Pannen anlässlich des Besuches von Ronald Reagan in Bitburg.“

Stück für Stück hätte sich also die „Wende-Regierung“ durch Pannen und Affären selbst demontiert. Was sei das nur für eine Bundesregierung, die nichts gegen die ansteigende Kriminalität unternehme, die den „hunderttausendfachen Abtreibungsmord“ dulde, von Menschenrechten rede und gleichzeitig den Machthabern in der DDR „Milliardengeschenke“ mache, die angeblich die Arbeitslosenzahlen abbauen wolle, gleichzeitig aber 4,5 Millionen Ausländer im Lande dulde, von denen bisweilen fast schon jeder Dritte Arbeitslosenunterstützung bezöge?

Dem „geplanten multikulturellen Genozid am deutschen Volk“, hervorgerufen nicht zuletzt durch „Millionen fortpflanzungsfreudiger Türken und anderer ‘moslemischer Mitchristen’“, entspreche im politischen Bereich die „eingeleitete Entmündigung und Unterstellung unter die Brüsseler Demokratie“, ereifert sich Klaus Kunze<sup>2</sup> in der Januar/Februar-Ausgabe 1992:

„Was da täglich an One-World-Romantik, an Ausländertümelei und Begriffsverdrehung

---

1 Meidinger, Götz: Weiter so, Deutschland, in: JF 1/1987, S. 1 f., 4, hier S. 1 --- Fünf Jahre später, in der Mai-Ausgabe 1992, zählt Meidinger u.a. folgende, die JF bedrängende „Probleme“ auf: „Asylmißbrauch, Überfremdung, die Lasten der deutschen Teilvereinigung [!], die wuchernde Kriminalität, [...] die gigantische Staatsverschuldung [...].“ (ders.: Die Koalition der Verlierer, in: JF 5/1992, S. 2)

2 Kunze, K.: Der totale Parteienstaat, in: JF 1/2 1992, S. 11

auf uns niedergeht, ist seit Goebbels Zeiten [!] an staatlicher Meinungsdictatur nicht dagewesen und wurde nicht einmal von den stumpfsinnigen Parolen zum x-ten Parteitag der SED erreicht.“

Diese gefährliche „Gehirnwäsche“ ersticke jeden öffentlichen Widerspruch und verteufle mit den ihr zur Verfügung stehenden „Machtmitteln des totalen Parteienstaates“ jeden demokratisch organisierten Widerstand gegen „Brüssel“ und „Multikultopia“.

Umfragen hätten ergeben, schreibt Kunze<sup>3</sup> in der Oktober-Ausgabe 1992, daß sich die Mehrheit der Bürger verdrossen abwende von den Parteipolitikern, die ein Finanzdebakel ohnegleichen angerichtet hätten, blind seien für die existentiellen Ängste der Deutschen angesichts der Masseneinwanderung und nur noch an ihrem eigenen Machterhalt interessiert wären. Die allgemeine „Krise der Bonner Republik“ werde verstärkt von parteipolitisch beherrschten Medien, die aus ein paar tausend glatzköpfigen Halbstarcken, für deren Lebenschancen sich bisher niemand interessierte, einen „Nazi-Popanz“ machen, der die Wähler gleich wieder in die offenen Arme der Bonner Parteien treiben solle. Mit jeder Steuererhöhung, jeder „Diätenanpassung“ und jedem „Asylheim gleich nebenan“ dämmere es mehr Bürgern, welche Kluft sich zwischen Volkes Meinung und den „feinen Herrchen“ aufgetan habe, die ihre Kinder in Bonn in garantiert „asylantenfreie“ Schulen schicken würden.

Das „alpträumerhafte Szenario eines Bürgerkrieges“ sei in Deutschland wieder denkbar geworden, fährt Kunze<sup>4</sup> in der Dezember/Januar-Ausgabe 1992/93 fort. Die absehbare Wahl zwischen Staatsbankrott und konfiskatorischer Besteuerung der bisher staatstragenden Schichten bei gleichzeitiger Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Milliardenausgaben zur Linderung der Not in anderen Ländern und Versorgung von Millionen von Asylanten zeige den schmalen Grat zwischen bürgerlicher Ordnung und Chaos auf. Das herrschende linksliberale Spektrum sei unfähig, die existentiellen Sorgen der Bevölkerung als solche wahrzunehmen. In ihrem „gesinnungsethischen Delirium“ (Eckehard Fuhr) hätte es den fundamentalen Paradigmenwechsel verschlafen. Man stelle sich bloß vor: Da entschuldige sich ein Bundesinnenminister in Israel, er würde sich für das von ihm vertretene Volk schämen, während daheim ein deutscher Arbeiter fallweise weniger Lohn nach Hause trage, als sein Nachbar, „der Asylant“, Sozialhilfe bekomme. Da gedenke ein Bundespräsident in Berlin am Volkstrauertag der Opfer der Kriege und der NS-Gewalt und vergesse die Todesopfer sowjetischer und sozialistischer Willkürherrschaft nach 1945.

---

3 Ders.: Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat, in: JF 10/1992, S. 23 --- Vgl. Bubik, Roland: Aufstand gegen die Sinnlosigkeit, in: ebd., S. 1

4 Ders.: Sorge um Deutschland, in: JF 12/1 1992/93, S. 1--- Vgl. Bubik, R.: Die Kultur als Machtfrage, in: JF 10/1993, S. 23; Meyerson, Carl: Wahljahr 1994: Weiter so - Standort Deutschland, in: JF 21.1.1994, S. 9; Oelmann, Michael: Der Bart ist ab: 4 Millionen ohne Arbeit, in: JF 25.2.1994, S. 1; Wiesberg, Michael.: Grenzen der Wohlfahrtsspirale, in: JF 10.6.1994, S. 2

Unerträglich findet am 22.4.94 Otto Lask<sup>5</sup> das politische Klima in der Bundesrepublik. Keiner wage mehr zu sagen, was er wirklich denke: „Er könnte ja morgen als XYZ-‘feindlich’ stigmatisiert werden [...]. Das Lagerdenken feiert Urständ, die Polarisierung wächst, Verbote, Tabus, Angst, Deutschland – einig Heuchelland.“ Jene, die dafür verantwortlich sein sollen, verortet der Autor vor allem in den Medien:

„Die Bewußtseinsindustriellen des linksliberalen Tabugürtels setzen voll auf das Gelingen des Projekts, jenes entwicklungslogisch wie konzeptionell überlebte Rechts-Links-Koordinatenkreuz zu restituieren, das die Möglichkeit jeder antifaschistischen Spiegelfechtereie ist. Noch vermögen die Kanäle, den Hörigen zu suggerieren, selbst das korrupteste Parteiensystem sei das kleinere Übel gegenüber ‘Hitler’ oder ‘Stalin’ oder ‘Mao’ oder ‘Pinochet’ oder ‘Ayatollah’ oder ‘Ghaddafi’ oder ‘Saddam’ oder ‘Schirinowskij’ oder ‘Schönhuber’ oder ‘Haider’ oder ‘Berlusconi’ oder den ‘Neonazis’ oder den ‘Rechten’.“

Obwohl die Mehrheit der Deutschen den Umstand, daß sich die Schere zwischen einem sinkenden deutschen Bevölkerungsanteil und einem wachsenden ausländischen immer weiter öffne, bekanntermaßen sorgenvoll betrachte, würden die Zusammenhänge zwischen den bevölkerungspolitischen Ursachen, man denke nur an die Entwicklung von „Ghettos“ in den Großstädten, die Überalterung, die Überlastung der Sozialhaushalte durch „Scheinasylanten“ und Ausländer, und den sozial- und gesellschaftspolitischen Folgen kaum oder überhaupt nicht thematisiert, kritisiert Hans-Peter Reißmann<sup>6</sup> am 15.8.97:

„Das deutsche Sozialsystem ächzt und stöhnt und Politiker haben immer größere Schwierigkeiten, erfolgreich an die Solidarität von Menschen zu appellieren, die das demokratisch nicht legitimierte [sic] Großexperiment einer Multikulturellen Gesellschaft nie wollten und nun die Zeche für eine abenteuerliche Einwanderungspolitik bezahlen sollen.“

Ein Panorama der Versäumnisse zeichnet am 12.12.97 ebenfalls Wolfgang R. Grunwald<sup>7</sup>: Deutschland zähle 1997 sieben Millionen offiziell ausgewiesene Arbeitslose. 1995 hätten 2,52 Millionen Menschen Sozialhilfe bezogen, davon 500.000 Ausländer. Die totale Verschuldung liege bei 2,5 Billionen D-Mark und wachse exponentiell. Schlecht sei es aber auch um die Respektierung und Pflege von Grundwerten und Grundrechten bestellt. Die vierte Gewalt der Medien funktioniere nicht mehr, da selbige selbstherrlich nur noch entscheiden würden, ob etwas „volkspädagogisch gut oder böse“ sei. In den letzten vier Jahrzehnten habe sich die Verbrechensrate um das Vierfache erhöht. Ein Drittel aller Verbrechen seien auf ausländische Täter zurückzuführen. Wegen des Geburtendefizits stehe das Rentensystem vor dem Offenbarungseid. Die massive Verschlechterung des Stellenwerts der Familie und damit langfristig der Grundlagen dieses Staates werde mit Hochdruck betrieben: „Schließlich wurden in den letzten 25 Jahren unter sozial- und christdemokratischer Regierungs-

5 Lask, Otto: Die BRD als Neo-DDR, in: JF 22.4.1994, S. 2

6 Reißmann, H.-P.: Volk auf dem Rückzug, in: JF 15.8.1997, S. 1

7 Grunwald, Wolfgang R.: Das Prinzip Verantwortungslosigkeit, in: JF 12.12.1997, S. 10

führung 6 Millionen ungeborene deutsche Kinder getötet.“ Am unbegreiflichsten aber bleibe, daß heute mehr als acht Millionen Ausländer legal oder illegal in Deutschland leben würden. Dieses Einwanderungskonzept wie auch die „Abgabe der totalen Souveränität und der D-Mark“ in Brüssel seien nicht vom deutschen Volk legitimiert worden. Grunwald schließt: „Die Bilanz ist verheerend.“

Das Jahr 1998 werde zum Jahr der Konflikte, nimmt D. Stein<sup>8</sup> am 19.12.97 an. Gelähmt durch sich gegenseitig blockierende Interessengruppen und Parteien halte sich Deutschland dilettantisch mit Scheinkontroversen auf, anstatt offenkundig notwendige Entscheidungen zu treffen:

„Man versucht die Besucher des Bonner Schauspiels mit Bundeswehrskandalchen und einem Staatsbürgerschafts-Pas-de-deux bei Laune zu halten, da kreuzen Kultusminister mit Eltern schulpflichtiger Kinder vor Richtern die Klagen – wegen einer Rechtschreibreform, die Milliarden verschlingt ohne den Bildungsstandort Deutschland ‘attraktiver’ und junge Leute ‘fitter’ für das nächste Jahrtausend zu machen.“

Da würden die Sozialpolitiker mit einer Mehrwertsteuererhöhung rentenpolitisch das Blaue vom Himmel herunter lügen und sich so bis zum nächsten Milliardenloch in der Rentenkasse retten. Zu den existentiellen Fragen werde hingegen geschwiegen: Wie gelange Deutschland aus der demographischen Sackgasse heraus? Wie komme Deutschland vom Millionenheer an Arbeitslosen herunter? Wie sichere Deutschland seine Geldwertstabilität und die Sparguthaben, wenn der Euro komme? „Ein Euro, der eingeführt wird, weil sich Kohl 1990 von Frankreich hat erpressen lassen!“

Am 30.1.98 legt der Chefredakteur<sup>9</sup> nach und behauptet, nicht mehr sanierbare öffentliche Haushalte könnten nur auf die durch die Einführung des Euro erzwungene Geldentwertung hoffen, um sich auf Kosten der Sparguthaben zu entschulden. Die Arbeitslosigkeit drohe bald die Fünf-Millionen-Grenze zu überschreiten. Eine keuchende Konjunkturlokomotive müsse ein Millionenheer an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ernähren. Hinzu komme der tägliche Andrang neuer Zuwanderer, die mit dem „Zauberwort ‘Asyl’“ den „Genuß paradiesischer Leistungen“ des deutschen Sozialstaats erzwingen könnten. Die Verunsicherung durch alltägliche Gewalt und Kriminalität steige, die Bürger könnten nicht erkennen, wohin die Reise gehen solle: „zum souveränen liberalen Nationalstaat oder zum aus Brüssel fremdbestimmten – multikulturellen Polizeistaat?“

Nach den eigentlichen Ursachen für den Systemüberdruß vieler Bürger werde jedenfalls immer weniger gefragt, behauptet am 28.8.98 auch Klaus Hornung<sup>10</sup>:

„Ohne Faschismuskeule und Political Correctness würde man bald erkennen, daß die Verdrossenheit sich weniger gegen Demokratie und Grundgesetz richtet (das ist

---

8 Stein, D.: Das Jahr der Konflikte, in: JF 19.12.1997, S. 1

9 Ders.: Erosion der Mitte, in: JF 30.1.1998, S. 1 --- Vgl. Beusch, Georg: Kredit verspielt, in: JF 17.4.1998, S. 2; Thaler, T.: Sichtbare Risse in den Betonplatten, in: JF 3.7.1998, S. 3

10 Hornung, K.: Systemverdruß, in: JF 28.8.1998, S. 1



zumindest der Irrtum oder Vorwand der Verfassungsschutzämter) als gegen die Art und Weise, wie jene von Regierenden und Medien praktiziert werden.“

Im Brennpunkt der Kritik stehe vielmehr die gewachsene Kluft zwischen dieser Praxis und den Interessen, Sorgen und Wünschen der real existierenden Bevölkerung, als da wären:

„die gegenüber den Eigenen (Botho Strauß) längst unzumutbare Asylpolitik oder in der Inneren Sicherheit [...] die Praktizierung von Täterschutz vor Opferschutz durch Politik, Gesetze und Rechtsprechung, ganz zu schweigen von der oft instinktlosen Neigung zur Selbstbedienung in der politischen und medialen Klasse.“

Wo man auch hinhöre, macht Pankraz<sup>11</sup> am 2.10.98 geltend, überall artikuliere sich „Verachtung gegenüber Ausschußkungelei und Parteien-Übermacht, finanzieller Ausplünderung, ungebremsten Ausländerzuzug, kriecherischer Sklavenmentalität“. Das Angewidertsein bündle sich in dem, was „harmlose Analysierer“ „wachsende Politikverdrossenheit“ oder auch „Politikerverdrossenheit“ nennen würden<sup>12</sup>.

Zwei Wochen später beklagt sich Pankraz<sup>13</sup> darüber, welche ungeheure Ranküne tagtäglich im öffentlichen „Diskurs“ gegen das Ganze, gegen die Polis, gegen den Volkssouverän mobilisiert werde, wie man diese Kräfte höhnisch verreiße oder zum Objekt „öliger präsidialer Sonntagsreden“ mache, um die sich niemand kümmere:

„Einerseits bringt sich der freche Hedonismus der sogenannten Spaßgesellschaft gegen die Polis in Stellung, andererseits das aggressive Gegreine derer, die den Volkssouverän, zumal den deutschen, auf eine bloße ‘Schuldgemeinschaft’ reduzieren möchten, welche gar kein Recht auf Souveränität habe, sondern vorzugsweise (oder gar ausschließlich) fremde Interessen zu bedienen habe.“

Ohne jede Beweiskraft werde das „anarchische Weltganze“ als „globaler Souverän“ hingestellt, der angeblich jeder begrenzten Polis überlegen sei. In die Zukunft weisende Frontlinien ständen also bereits fest: „Spaßgesellschaft/Schuldgemeinschaft contra Polis/Bürgerliches Lager [...]“

In den Mittelpunkt ihres Weltbildes habe die Moderne mit ihrer Entwertung alles Traditionellen ein völlig bindungsloses Individuum gerückt, schimpft de Benoist<sup>14</sup> am 29.1.99: „Sie hat zur Erosion aller organisch gewachsenen Strukturen geführt, die die Menschen schützten und ihr Verhalten lenkten.“

Das „Prinzip Überdruß“ thematisiert Pankraz<sup>15</sup> erneut am 8.10.99. Nicht nur „Geschichte und Standort-Kungeleien“<sup>16</sup> seien schier unerträglich geworden, sondern im Grunde schon das ganze politische Panorama, das den Wählern Tag

11 Pankraz: Pankraz, Friedrich Rückert und die Weltklasse im Kehraus, in: JF 2.10.1998, S. 15

12 Vgl. Ramb, Bernd-Thomas: Der schöne Schein trägt. Wohlstand, in: JF 26.2.1999, S. 9; Wiesberg, M.: Die deutsche Krankheit, in: JF 15.10.1999, S. 1

13 Ders.: Pankraz, Cicero und die Schlappe des bürgerlichen Lagers, in: JF 16.10.1998, S. 11

14 Benoist, A. de: Urbane Gewalt, in: JF 29.1.1999, S. 2

15 Pankraz: Pankraz, Mephisto, Jörg Haider und das Prinzip Überdruß, in: JF 8.10.1999, S. 15

16 Vgl. Stein, D.: Das System Kohl kippt, in: JF 3.12.1999, S. 1

für Tag vor Augen geführt werde,

„die fruchtlose Alternative ‘Hie Neoliberalismus, da Staatssozialismus’, die penetrante Erhebung des demokratischen Regierungssystems zur ‘Zivilreligion’ (Rüdiger Safranski), die abgebrauchten Horrifizierungs-Rituale der PC-Ideologen, das Gespenster-Ballett der Brüsseler EU-Kommissare“.

Mit Blick auf die sog. „Spendenaffäre“ um Kohl fügt Mina Buts<sup>17</sup> am 24.12.99 hinzu, die neuesten Enthüllungen über Gesetzesverstöße und private Vorteilmnahmen der „politischen Klasse“ in Deutschland würden die Wähler zwar in ihrem Ausmaß und ihrer Dreistigkeit erstaunen, sie gleichwohl aber nicht wirklich empören: „Niemand hätte es ausgerechnet unseren Politikern zugetraut, Hüter von Recht und Moral zu sein.“

Weiter hinten im Blatt mahnt Eberhard Hamer<sup>18</sup> dringende Veränderungen an:

„Eine Reform der Parteien und ihres Machtmonopols, eine Reform unserer Demokratiestrukturen (zum Beispiel Ämter und Mandate nur für zwei Wahlperioden) und eine geistig-ethische Wende im Volk wären notwendig, um die verfahrenere Situation von verfälschter Bürokratie und Machthierarchie wieder zu durchbrechen.“

### **Kommentierte Zusammenfassung**

Ausgangspunkt der Wirklichkeitskonstruktion aus rechter intellektueller Sicht ist stets eine Krisenwahrnehmung der Moderne, die selektiven Kriterien folgt. Reale Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, wie etwa den Werteverfall, die Wirtschaftskrise oder die Politikverdrossenheit, durchaus nicht ungeschickt aufgreifend, besteht demnach die parlamentarische Demokratie in Deutschland, schlimmer noch, die Gesellschaft als ganzes, vornehmlich aus einer Summe von behaupteten Funktionsdefiziten. Während des Untersuchungszeitraumes, also von 1986-1999, ist diese Aneinanderreihung von angeblichen Fehlleistungen der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Regulationssysteme u.a. durch folgende, sich zum Teil wiederholende Schlagworte charakterisiert: dem „Milliardengeschenk an das kommunistische Mauermörderregime von Pankow“, einer ansteigenden Kriminalität, dem „hunderttausendfachen Abtreibungsmord“, dem „geplanten multikulturellen Genozid am deutschen Volk“, einer „One-World-Romantik“ und „Ausländertümelei“, ganz allgemein von Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Milliardenausgaben zur Linderung der Not in anderen Ländern, der Entwicklung von „Ghettos“ in den Großstädten, der „Überlastung der Sozialhaushalte durch Scheinasylanten und Ausländer“, einer „Verachtung gegenüber Ausschlußkungelei und Parteien-Übermacht, finanzieller Ausplünderung, ungebremsten Ausländerzugug, kriecherischer Sklavenmentalität“ gegenüber dem Ausland, oder der sog. Parteispendenaffäre um Kohl.

Die Autoren in der JF versuchen also mehr oder minder geschickt, die sich an diesen realen oder auch nur vermeintlichen Problemen sich entzündende diffuse

---

17 Buts, Mina: Dreistigkeit, in: JF 24.12.1999, S. 2

18 Hamer, E.: Schröder büßt für Kohl, in: ebd., S. 5

politische Unzufriedenheit der Leser aufzugreifen und sich als Transmissionsriemen für deren Befürchtungen, Wertvorstellungen und Interessen anzubieten. Bemüht deklarieren sie alle diese Mißstände als Folgeerscheinungen eines vermeintlich ausufernden Liberalismus und setzen dagegen eine keineswegs in sich geschlossene Weltanschauung, die auf einem rückwärtsgewandten Nationalismus fußt. Damit diskreditieren sie gezielt die parlamentarische Demokratie, ihre Einrichtungen sowie die in ihr wirkenden Volksvertreter. Inwieweit sich hinter dieser Kritik ein fundamentaler Angriff auf die Existenz dieser Staats- und Lebensform, deren Entscheidungs- und Leistungsfähigkeit sowie auf die ihr zugrunde liegenden Art und Weise der politischen Willensbildung verbirgt, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Ein Bemühen, den demokratischen Verfassungsstaat an sich und deren gültige Wertvorstellungen und Legitimität in Frage zu stellen<sup>19</sup>, wie Pfahl-Traughber behauptet, läßt sich freilich, mit allem Vorbehalt, so ohne weiteres nur in Ausnahmefällen, die mit den Jahren abnehmen, erkennen.

Obwohl eine thematische Modernisierung angestrebt wird, sind jedenfalls, folgt man jener ideologischen Konzeption, keine Problemlösungskapazitäten erkennbar. Wie man beispielsweise den Krisenängsten und Existenzsorgen breiter Teile der Bevölkerung am Ende des 20. Jahrhunderts ganz konkret begegnen könne, darüber schweigt man sich aus<sup>20</sup>. Statt dessen wird in diesem Kontext keineswegs zufällig das Thema Ausländer und Asyl auffallend häufig in den Vordergrund gerückt und zur alles dominierenden Konstante innerhalb der Berichterstattung und Kommentierung.

---

19 Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“, 1998, S. 13

20 Vgl. Schwagerl, Rechtsextremes Denken, 1993, S. 37 ff.

## 2. Die Kernideologeme der Intellektuellen Rechten – aus dem Theorie-Baukasten der Neuen Rechten?

### 2.1. Zu Vertretern der Konservativen Revolution – „die modernste Form, rechts zu sein“

Aus dem geliehenen Blickwinkel einer Neuen Rechten, die in die Verantwortung dränge, nimmt sich die JF auch der sog. Konservativen Revolution an. Sie tut dies wohlgerne nur in einem scharf abgegrenzten Zeitraum, genauer gesagt während des zweiten Halbjahres 1995. Vorher und nachher findet keine Thematisierung statt.

Die Reihe „Porträts der Konservativen Revolution“ eröffnet am 23.6.95 W. Fenske<sup>1</sup>. Damit solle ein erster, praxisbezogener Zugang zu einem „zeitgemäßen Verständnis dieses Denkens“ eröffnet werden, schreibt er in seiner Einführung. Für ihn ist in Anlehnung an Armin Mohler die Konservative Revolution „die modernste Form, rechts zu sein“. Zu lange schon habe sich „‘rechte’ Politik“ in einer losgelöst existierenden politischen Vorstellungswelt mit „intellektueller Prothetik [sic]“ begnügt. Im Unterschied zu „zahllosen konservativen und (alt-) rechten Gedankengängern“ beziehe die Konservative Revolution eine „strukturell pluralistische Wirklichkeit“ in ihr politisches Denken mit ein. Wenn Weltanschauung in eine praktische „Weltverantwortung“ (Hervorhebungen W.F.) einmünden solle, dann gehe es darum, Antworten auf folgende Fragen zu finden:

„Können – und wenn ja, wie – transsubjektive Verbindlichkeiten geschaffen werden, wie sie die Alten im Reichsbegriff verwirklicht sahen? Können – und wenn ja, wie – Freund und Feind unterschieden werden, wenn selbst der Partisan Waffenrock trägt? Können wir uns, und wenn ja, wie – der meinungsbildenden Konsenssprache der Medien entziehen, ohne für unsere Umwelt schlechthin unverständlich zu werden? [...] Was tragen vor diesem Hintergrund Begriffe wie Individuum, Gesellschaft und Masse noch aus?“

Auf der gleichen Seite stellt Thorsten Hinz<sup>2</sup> in Folge 1 Stefan George vor. Dessen tiefe Abneigung habe der modernen Massengesellschaft gegolten. Daraus hätte sein elitärer „Wunsch nach Durchästhetisierung der als ‘häßlich’ empfundenen Gesellschaft“ resultiert.

In Folge 2 widmet sich K. Kunze<sup>3</sup> am 7.7.95 dem Staatsrechtler C. Schmitt. Dieser apologetische Artikel wird in dem Unterkapitel über eben jenen einer genaueren inhaltlichen Analyse unterzogen.

Das, nach Mohler, durchgearbeitetste Denksystem biete der von Friedrich Romig<sup>4</sup> in Folge 3 am 21.7.95 vorgestellte Othmar Spann. Primär gehe es bei ihm um die zentrale Frage, wie sich eine Gesellschaft an sich eigentlich

1 Fenske, Wolfgang: Zur Einführung, in: JF 23.6.1995, S. 14

2 Hinz, Thorsten: Der unlebbarer Traum vom Neuen Reich, in: ebd.

3 Kunze, K.: Für Idealisten hatte er nur Spott übrig, in: JF 7.7.1995, S. 14

4 Romig, Friedrich: Gemeinschaft, aber nicht völkisch, in: JF 21.7.1995, S. 14

gestalte. Stelle sie nur ein Beziehungsgeflecht von Individuen mit Institutionen, die auf Kontrakte und Nutzenkalküle zurückgeführt und jederzeit wieder aufgelöst werden könnten, dar? Oder seien gesellschaftliche Gebilde wie Ehe, Familie, Stamm, Gemeinde, Stände, Volk, Staat, Kirche und Völkergemeinschaft „Entitäten“ mit eigener Substanz, Würde, Rangstellung und „überindividueller (Gesamt-) Persönlichkeit“ und als solche Träger von Rechten, Freiheit und Verantwortung? Wolle man Herrschaft und Macht ganzheitlich gesehen kraft „geistiger Gültigkeit“ und nicht aufgrund ökonomischer Interessen ausüben, so müsse an die Stelle der „freien Marktwirtschaft“ die an die „Gemeinschaftserfordernisse ‘gebundene Wirtschaft’ mit ständisch-organischem Aufbau“ treten. Von daher würde sich der wahre Staat als politischer „Stand“ (heute würden wir sagen: ‘classe politique’)“ definieren, der die Aufgabe habe, die „geistig-sittliche Gemeinschaft des Volkes“ zu festigen und die Bedingungen für die freie Entfaltung der „geistursprünglichen“ Teilinhalte der Gesellschaft, ihrer Lebenskreise, Stände und Verbände zu schaffen, vor allem durch die Abwehr der inneren und äußeren Feinde und die Sorge für Recht und Ordnung.

Einen eher unbekanntem Arbeiterführer und „Elitedenker“, den ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten August Winnig, behandelt Hannspeter Scheide<sup>5</sup> in Folge 4 am 18.8.95. In seinem 1928 erschienenen Buch „Das Reich als Republik“ habe der Politiker eine Entfremdung von Staat und Nation konstatiert sowie eine konservative Haltung des Widerstandes gegen Auflösung und Verfall der Gemeinschaft, gegen den Geist der Zivilisation und der „Entseelung des Lebens“ proklamiert. Unter konservativ verstehe er dabei das „innere Verbundenbleiben mit dem volkhafte Lebensgrund“, die „Bewahrung der seelischen Form“.

Oswald Spengler<sup>6</sup> bringt Arnold Hammer<sup>7</sup> in Folge 5 am 8.9.95 den Lesern näher. Er notiert, in dessen Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“, erschienen 1918, behandle dieser die Weltgeschichte als „Gesamtbiographie“, in der jede Kultur die Altersstufen des einzelnen Menschen durchlaufe und dabei an der Verwirklichung der ihr aufgegebenen „Kulturseele“ wachse. Seine Bedeutung für die Konservative Revolution läge in dem von ihm formulierten „elitär strukturierten Anspruch auf die Formkräfte der Treue und Ritterlichkeit“. Mit Gabriele d’Annunzio setzt sich in Folge 6 am 22.9.95 H. Scheide<sup>8</sup> auseinander. Obwohl als Künstler mit seinen politischen Eskapaden gescheitert<sup>9</sup>,

5 Scheide, Hannspeter: Vom Arbeiterführer zum Elitedenker, in: JF 18.8.1995, S. 16

6 Zu Spengler vgl. Nafziger, Rudolf: Kluger Blick aus überzeitlicher Höhe, in: JF 3.5.1996, S. 16; Sob, Brigitte: Europa - unter anderem, in: JF 2.1.1998, S. 15; Lisson, Frank: Aktualität eines Vergessenen, in: JF 28.8.1998, S. 13

7 Hammer, Arnold: Kulturen haben Jugend, Blüte und Alter, in: JF 8.9.1995, S. 16

8 Scheide, H.: Als Intellektueller immer für das Leben, in: JF 22.9.1995, S. 14

9 Gemeint ist beispielsweise d’Annunzios „ehrgeiziger und theatralischer Versuch in Fiume, nicht nur den Anschluß der Hafenstadt an Italien zu erzwingen, sondern hier einen neuartigen

hätten viele seiner Ideen und revolutionären Ziele überdauert, so der Autor: „Die Ästhetisierung der Massen, der Kult der Gemeinschaft, die Renaissance des Mythos und der Wille zur Form, kurz: das, was Armin Mohler den ‘faschistischen Stil’ genannt hat.“

Götz Kubitschek<sup>10</sup> erzählt am 27.10.95 in Folge 7 aus der Biographie von Ernst von Salomon. Bekannt geworden in der Weimarer Republik sei der vor allem wegen seiner Beihilfe an dem antisemitisch motivierten Mord an dem als “Erfüllungspolitiker“ der Siegermächte geschmähten Walter Rathenau. Im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg habe von Salomon mit seinem 1951 erschienenen Bestseller „Der Fragebogen“, einer fünfhundertseitigen „Antwort auf den Entnazifizierungsbogen der Amerikaner“ auf sich aufmerksam gemacht.

In Folge 8 am 3.11.95 nimmt Jürgen Hatzenbichler<sup>11</sup> mit Edgar Julius Jung eine „tragische Figur“ der Konservativen Revolution in den Blick. Diesen habe man im Zuge der „Säuberungsaktionen“ des 30. Juni 1934, in denen mit der “revolutionär-nationalsozialistischen“ SA-Führung ebenso abgerechnet wurde wie mit konservativen Kritikern, sozusagen auf der Flucht erschossen, weil man damit einen geistigen Kopf der z.T. um v. Papen gesammelten nationalkonservativen Opposition zum NS-Regime beseitigen wollte. Für eben jenen hätte Jung die sog. „Marburger Rede“ vom 17. Juni 1934 geschrieben. Darin wären geschickt verpackt ausnahmslos alle Kernprobleme des NS-Staates angesprochen worden:

„die Problematik eines Umschwungs durch eine Massenpartei; den Anspruch einer Gruppe auf das nationale Monopol; den Kollektivismus als Individualismus der Masse, die nicht mehr das Ganze will; die halbherzig angepackte Aufgabe, Masse in Volk zurückzuverwandeln; die mißachtete Bedeutung der Volkstümer bei der Errichtung eines Großraumes; die politische Führerauslese durch Bekenntnis statt durch Bewährung und Leistung; die Grenzüberschreitung der Politik in das Leben.“

Sogar vor „Kritik am sonst sakrosankten Führer“ habe man keineswegs zurückgeschaut<sup>12</sup>.

### **Kommentierte Zusammenfassung**

Zweifellos wurde in der JF bis etwa Mitte der 90er Jahre sporadisch und in unregelmäßigen Abständen das „primäre geistige Bezugsfeld in die Weimarer Republik zurückverlegt“, wie Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz zutreffend feststellen. Zur intellektuellen „Bezugsquelle“<sup>13</sup> gerieten die antidemokra-

Staat mit einer eigenen Verfassung, den Kern einer neuen Gesellschaft, die Initialzündung für ein erneuertes und sozial versöhntes Italien zu schaffen“. (ebd.)

10 Kubitschek, Götz: Das Freikorps ließ ihn nie los, in: JF 27.10.1995, S. 14

11 Hatzenbichler, Jürgen: Wir sind Politiker aus Weltanschauung, in: JF 3.11.1995, S. 16

12 Darauf weist auch Werner Olles hin, der am 16.4.1999 die der Konservativen Revolution nahegestanden habende Zeitschrift „Die Tat“ vorstellt. (Vgl. Olles, W.: Revolution von oben, in: JF 16.4.1999, S. 13)

13 Assheuer/Sarkowicz, Rechtsradikale, 1992, S. 140 --- Vgl. Lenk/Meuter/Otten, Vordenker, 1997, S. 11 - 17; Weber, Nation, 1997, S. 18 - 37

tischen, antiliberalen, antiparlamentarischen, antiwestlichen und antiindividualistischen Gegenauflärer der Konservativen Revolution mit ihren angeblich von den Nationalsozialisten mißbrauchten Idealen, die es seinerzeit nicht ohne Breitenwirkung verstanden hatten, rechtsextremistische und konservative Politikelemente miteinander in Einklang zu bringen. Dies sollte freilich manche von ihnen nicht davor schützen, wie in der JF gerne betont wird, dem Nationalsozialismus selbst zum Opfer zu fallen. Von den prominenteren unter den Autoren der KR, insbesondere von Schmitt, der als Kronjurist des Dritten Reiches eindeutig nicht in die angedeutete Kategorie fällt, und seinem berühmterbüchtigten Freund-Feind-Theorem, versprach man sich ein Hoffähigmachen der eigenen politischen Positionen<sup>14</sup>, stelle doch die Konservative Revolution nach Ansicht der JF immer noch „die modernste Form, rechts zu sein“, dar. In diesem Sinne gehe es um nicht weniger als um eine inhaltliche Aufarbeitung und zeitgemäße Umsetzung von Weltanschauung in „Weltverantwortung“. Völlig außer acht gelassen wird dabei, Pfahl-Traughber betont es zurecht, daß manche Vertreter der Konservativen Revolution zwar am aktiven Widerstand gegen Hitler beteiligt waren, daß sie dieser vermeintlich exkulpierte Umstand allein aber deswegen noch keineswegs zu Verfechtern eines demokratischen Verfassungsstaates<sup>15</sup> macht. Das Gegenteil trifft vielmehr zu. Es ist unumstritten, darauf macht Weber aufmerksam, daß sie mit ihrem antidemokratischen Denken und ihren autoritären Staatskonzeptionen das Scheitern der Weimarer Republik mit herbeigeführt haben<sup>16</sup>. Dazu schweigt sich die JF aus. Eine inhaltliche Distanzierung unterbleibt.

Allerdings findet eben auch, und das wird in den Betrachtungen hierüber nicht angemessen berücksichtigt, die explizite und systematische affirmative Auseinandersetzung mit den Autoren der KR, die (auch) antidemokratische Positionen vertreten haben, hauptsächlich nur in einem eng umrissenen Zeitraum statt, dem zweiten Halbjahr 1995. Der überragende Einfluß, der diesen zeitgenössischen Autoren, zu nennen sind hier vor allem die in der JF nur teilweise vorgestellten Jünger, Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Schmitt, Spann, Spengler und Otto Strasser, auf den sich in der Zeitschrift widerspiegelnden tagesaktuellen Diskurs in den Fachpublikationen zugemessen wird<sup>17</sup>, erscheint daher zumindest fraglich, läßt er sich doch nur

---

14 Vgl. Brauner-Orthen, Neue Rechte, 2001, S. 33 - 43

15 Vgl. Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“, 1998, S. 103

16 Vgl. Weber, Nation, 1997, S. 18

17 Weber notiert beispielsweise: „Als zentrale geistige und strategische Bezugsgröße der Neuen Rechten [und damit also der JF-Autoren] kann die sogenannte ‘Konservative Revolution’ in der Weimarer Republik gesehen werden.“ (Weber, Nation, 1997, S. 18) --- Pfahl-Traughber schreibt dazu, die achtteilige Mini-Porträtserie sei „der Versuch, das antidemokratische Gedankengut der Konservativen Revolution diskursfähig zu machen“. (Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“, 1998, S. 189) Da der Verfassungsschützer davon ausgeht, daß große Teile der Redaktion ohnehin bereits geschlossen hinter jenem – im übrigen

vornehmlich für ein bestimmtes Zeitfenster ermitteln. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die JF eine zeitlang unter der Überschrift „Eine konservative Revolution“ die Werbetrommel für Jahresabonnements rührte.

---

völlig heterogenen und bisweilen diffusen – Gedankengut ständen, kann sich eine solche Einschätzung nur auf einen möglichen Diskurs außerhalb der JF beziehen. Zu den Erfolgsaussichten dieses unterstellten Vorhabens äußert sich Pfahl-Traugher wohlweislich nicht, obwohl doch die äußerst beschränkten Möglichkeiten des Blattes in einem geradezu grotesk anmutenden Mißverhältnis zu den ihm von Pfahl-Traugher eingeräumten Intentionen stehen.



## 2.1.1. Die Leitbilder – „Mentoren, Seelenführer, Vordenker“

### 2.1.1.1. Ernst Jünger – der „Titan“ von Wilflingen

Einen hohen Grad der Verehrung genießt in der JF zumeist ebenfalls E. Jünger<sup>1</sup>. Zu dessen 95. Geburtstag schreibt in der Juni-Ausgabe 1990 Jochen Böhme<sup>2</sup>, unzweifelhaft könne sein Werk als Spiegel der politischen und geistigen Entwicklung der konservativ-bürgerlichen Elite in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg angesehen werden:

„Zu seiner späteren Wertung als angeblicher [!] Kriegsverherrlicher führten seine unter dem Eindruck als Frontoffizier, der mit dem Orden ‘Pour le merite’ ausgezeichnet wurde, verfaßten Schriften ‘In Stahlgewittern’ (1920), ‘Der Kampf als inneres Erlebnis’ (1922) und ‘Feuer und Blut’ (1925).“

Der Dichter hätte mit seiner Mischung aus rauschhafter Entfesselung, Todesverachtung und Disziplin im „Krieger und Arbeiter“ eine Art Mythos des neuen unbürgerlichen Menschen geschaffen. Vergleichbar Nietzsches<sup>3</sup> Übermenschen sei Jüngers „Arbeiter“ die Konsequenz des Kriegererlebnisses und der bedingten Abkehr vom bürgerlich-liberalen Idealismus, der ihm als verbraucht gelte. Auf sich aufmerksam gemacht habe der „Solitär“ (Peter Glotz) vor allem mit seinem vielleicht bekanntesten Buch „Auf den Marmorklippen“ (1939), das in symbolischer Form das nationalsozialistische Regime angreife.

Man sollte es den noch national empfindenden Deutschen nicht verübeln, fügt Gustav Sichelschmidt<sup>4</sup> am 1.4.94 hinzu, wenn sie im Gegensatz zu ihren „bis auf die Knochen umerzogenen“ und „seelisch verkrüppelten“ Landsleuten sowie der „abgewirtschafteten politischen Klasse“ in einem „Wellental ihrer nationalen Geschichte“ nach Positionslichtern Ausschau hielten, auf die sie zusteuern könnten:

„Eine über das übliche bescheidene Niveau hoch emporragende Galionsfigur nationaler Erneuerung müßte dringend her, so etwas wie ein Praeceptor Germaniae, der nicht nur ermunternde Worte zu formulieren, sondern sie auch zu gegebener Zeit einzulösen versteht.“

Ein Mann wie Jünger von solcher „moralischen und menschlichen Qualifikation, sollte man wenigstens meinen“, wäre geradezu als „gutes Gewissen der Nation“ geeignet. Allein, auf ein ermutigendes Signal des letzten noch lebenden Pour-le-merite-Träger des Ersten Weltkrieges warte man vergebens. Als

---

1 Vgl. ergänzend Knörzer, W.: Natur und Technik in der Konservativen Revolution [= Besprechung von Michael Großheims Buch „Ökologie oder Technokratie? Der Konservatismus in der Moderne“, erschienen 1995 in Berlin], in: JF 14.6.1996, S. 17; Hanz, Stefan: Prometheisch und skeptisch, in: JF 11.9.1998, S. 14; Meyer, Michael: Feldschlacht um einen toten Dichter, in: JF 22.1.1999, S. 7

2 Böhme, Jochen: Der Einzelgänger. Zum 95. Geburtstag von Ernst Jünger, in: JF 6/1990, S. 7

3 Zu Friedrich Nietzsche vgl. Sob, B.: Europa - unter anderem. Untergangspropheten: Von Nietzsche zu Rohmoser, in: JF 2.1.1998, S. 15; Müller, B.: Zurück in die Zukunft, in: JF 24.12.1999, S. 1

4 Sichelschmidt, Gustav: Der Praeceptor Germaniae läßt warten, in: JF 1.4.1994, S. 12

Wohnstatt für seine Nabelschau habe der vielmehr stets den sprichwörtlichen Elfenbeinturm bevorzugt:

„[...] Jünger war, was vielen entgangen sein mag, eigentlich schon immer Mitglied eines sehr exklusiven, arroganten Ordens. Auch er schottete sich luftdicht mit betont elitärem Anspruch von der vulgären Umwelt ab, um nicht bei diesen 'subtilen Jagden' gestört zu werden.“

Mache man sich also nicht länger etwas vor: „Kämpfernaturen pflegen in jedem Fall aus härterem Holz geschnitzt zu sein.“ Offenbar habe man sich vor Jüngers „Todesfreudigkeit“ in seinen frühen Jahren täuschen lassen: „Vor dem 'vom Geist getriebenen Krieger', der mit seinem Facettenauge die kriegerischen Ereignisse einfing und sie gnadenlos analysierte, vom 'Verherrlicher des Krieges' ist nicht viel übriggeblieben.“ Jünger habe eine atemberaubende Metamorphose zum „hinterwäldlerischen Käfersammler“ vollzogen, dem man kein nationales Engagement abfordern könne.

Da Jünger von Sichelschmidt so schulmeisterlich an seine Verpflichtungen gegenüber seinem Vaterland erinnert werde, dürfe man wohl darauf hinweisen, entgegnet A. Mohler<sup>5</sup> am 6.5.1994, daß der Schriftsteller in Deutschland jahrzehntelang als „Unperson“ gegolten habe: „Es war das französische Staatsoberhaupt, das die Quarantäne aufhob, welche würdelose Deutsche über ihren größten lebenden Dichter verhängt hatten.“ Und Bundeskanzler Kohl habe sich dieser Spur Mitterands nur angeschlossen<sup>6</sup>. Mohler stellt einen größeren

---

5 Mohler, A.: Die Wendung des Kriegers, in: JF 6.5.1994, S. 14 --- Zu (dem 2003 verstorbenen) Mohler vgl. Beispielsweise Meidinger, G.: Mohlers Sprengstoff [= Besprechung von A. Mohlers Buch „Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung“, erschienen 1989 in Essen], in: JF 9/10 1989, S. 11 f.; Molau, A.: Der Anti-Liberale, in: JF 6/1990, S. 3; Ullmann, Christhard: Plädoyer für ein großes Vergessen, in: JF 11/1991, S. 11; Mohler, A.: Die Tücke der unblutigen Revolution, in: JF 7/8 1992, S. 23 f.; das Interview von D. Stein und Karl Winhold mit A. Mohler: „Die Konservative Revolution ist die modernste Art konservativ zu sein“, in: JF 12/1 1992/93, S. 3; Mohler, A.: Notizen aus dem Interregnum (1-13), in: JF 21.1.1994, S. 14; JF 4.2.1994, S. 12; JF 18.2.1994, S. 12; JF 4.3.1945, S. 12; JF 18.3.1994, S. 24; JF 1.4.1994, S. 12; JF 15.4.1994, S. 14; JF 13.5.1994, S. 12; JF 24.6.1994, S. 14; JF 8.7.1994, S. 14; JF 5.8.1994, S. 17; JF 12.8.1994, S. 12; JF 2.9.1994, S. 12; ders.: Der preußische Anarchist, in: JF 29.4.1994, S. 14; ders.: Die Wendung des Kriegers, in: JF 6.5.1994, S. 14; Weißmann, K.: Rechter nach eigener Façon, in: JF 21.4.1995, S. 13; Thaler, T.: Eine bleibende Wortschöpfung [sic] [= Besprechung von A. Mohlers Buch „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“, wieder aufgelegt 1999 in Graz/Stuttgart], in: JF 29.10.1999, S. 16

6 In dem schon erwähnten Schriftsatz, in dem die JF begründet, warum sie 1996 Klage mit dem Ziel eingereicht hat, dem Innenministerium von NRW die Erwähnung der JF im Verfassungsschutzbericht zu untersagen, heißt es hierzu: „Wenn [...] François Mitterand und Helmut Kohl den wohl bedeutendsten Exponenten der Konservativen Revolution [...] aufsuchen oder wenn die baden-württembergische Landesregierung einen großen Empfang zu Jüngers 100. Geburtstag ausrichtet, dann [...] kommt doch niemand auf den Gedanken, darin tatsächlich Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen beim Bundeskanzler oder beim Stuttgarter Ministerpräsidenten zu sehen. Ebenso muß es erlaubt sein, auch andere

Zusammenhang her. Aus einigem Abstand sei sichtbar geworden, daß es zwischen den beiden Weltkriegen vier Autoren gegeben habe, welche für die Deutschen ausschlaggebende „Mentoren, Seelenführer, Vordenker“ geworden wären, nämlich Martin Heidegger<sup>7</sup>, Gottfried Benn, Schmitt und eben Jünger. Sichelschmidt<sup>8</sup> seinerseits beharrt am 13.5.94 auf dem von ihm gewählten Zugang zu Jünger. Er betont, dessen Apologeten gehe offenbar die Fähigkeit ab, das Objekt ihrer Adoration auch einmal aus der Distanz anzuvisieren und eine Überbewertung seiner schriftstellerischen Leistung nach Abklopfen der kaum zu kaschierenden Schwachstellen zu korrigieren.

Über „Ernst Jünger und sein Verhältnis zur NS-Bewegung“ schreibt am 18.11.94 Werner Bräuninger<sup>9</sup>. Er will deutlich machen: „Jüngers Urteil über Hitler wandelte sich im Laufe der Jahre etwa von ‘der Mann hat recht’ über ‘der Mann ist lächerlich’ zu ‘der Mann wird unheimlich’.“ Der Dichter habe eben stets das Reich, nicht aber eine Person im Auge gehabt. Mit dem Aufstieg der NSDAP sei daher sozusagen notwendigerweise Jüngers Rückzug aus der Politik einhergegangen.

In einer Würdigung am 3.2.95 merkt Pankraz<sup>10</sup> an, der Dichter habe ganze Generationen in ihren Bann geschlagen:

„der grazile, kühle, behende, von Granatengeheul umtoste Grabenkämpfer mit Stahlhelm und Wickelgamasche, das Bild des neuzeitlichen Titanen an sich, dem keine pazifistische Beschwörung der Kriegsgreuel etwas anhaben kann, weil er diese Greuel ja von vornherein in sich hineingenommen und, wenn nicht gerechtfertigt, so doch auf vertrackte Weise mental bewältigt hat.“

Am 28.3.97 gratuliert die JF<sup>11</sup> mit folgender Porträtunterschrift:

„Am 29. März begeht einer der herausragenden deutschsprachigen Schriftsteller seinen 102. Geburtstag. Im Ersten Weltkrieg erhielt er 1917 [...] den Orden ‘Pour Le Merite’ wegen seines tollkühnen Einsatzes. Seine Kriegserfahrungen hielt er in seinem 1920 erschienen Werk ‘In Stahlgewittern’ fest. [...] An ihm scheiden sich die Geister. Die JUNGE FREIHEIT gratuliert dem Literaten und Menschen Ernst Jünger.“

Als Jünger am 17.2.98 stirbt, räumt die JF in ihrer drei Tage darauf erscheinenden Ausgabe die Titelseite zur Gänze leer und druckt statt dessen in stummer Verneigung ein Porträtphoto des Schriftstellers ab<sup>12</sup>.

---

bedeutende Vertreter der Konservativen Revolution zu würdigen, ohne daß daraus gleich der Schluß gezogen wird, man wolle sich mit deren in der Weimarer Zeit geäußerten antidemokratischen Gedanken identifizieren.“ (JF-Dokumentation: Verfassungsschutzberichte als Eingriff in Grundrechte, in: JF 16.4.1999, S. 8 f., hier S. 9)

7 Vgl. Olles, W.: Der Mensch als Platzhalter des Nichts, in: JF 24.9.1999, S. 14

8 Sichelschmidt, G.: Kraftlose Argumentation, in: JF 13.5.1994, S. 14

9 Bräuninger, Werner: Bewahrung einer politischen Individualität, in: JF 18.11.1994, S. 16 ---

Vgl. ders.: „Ich habe für Ordnungssysteme ein Faible“, in: JF 25.11.1994, S. 19

10 Pankraz: Pankraz, Ernst Jünger und der Helm des toten Engländers, in: JF 3.2.1995, S. 12

11 O.A.: Wiegenfest, in: JF 28.3.1997, S. 1

12 Vgl. die JF-Zusammenschau: Von den Göttern zu den Titanen, in: JF 20.2.1998, S. 4 f. ---

Vgl. ergänzend das JF-Interview mit H. Schwilk: „Ein Ozean erfüllter Augenblicke“, in: JF ebd., S. 3; Hochhuth, R.: Ein Anarch auf großer Fahrt, in: JF 27.2.1998, S. 21; Stein, D.: Ein

## **Kommentierte Zusammenfassung**

Die JF pflegt zu Jünger und dessen Werk mehrheitlich ein unkritisches und von Verehrung geprägtes Verhältnis. Daß er als „umstritten“ gilt, gereicht ihm in den Augen seiner Bewunderer zur Ehre. Seine „Verherrlichung der elementaren Kraft des Krieges“<sup>13</sup> wird als „angebliche“ verharmlost, die zugunsten des Mythos vom neuen unbürgerlichen Menschen, wie ihn der Dichter in einer Mischung aus rauschhafter Entfesselung, Todesverachtung und Disziplin im „Krieger und Arbeiter“ angelegt habe, zurücktreten müsse. Nationalistisch-autoritäre und antisemitische Entgleisungen<sup>14</sup> Jüngers aus den 20er Jahren finden keine kritische Würdigung. Vielmehr wird beschwichtigend betont, der Schriftsteller habe sich bekanntlich bereits vor Hitlers Machtergreifung aus der Politik zurückgezogen und mit seinem Buch „Auf den Marmorlippen“ einen zwar nur symbolischen, nichtsdestoweniger aber couragierten Angriff auf das NS-Regime geritten.

---

heiterer und privater Abschied vom letzten Krieger, in: ebd., S. 22 f.; Meyer, M.: Ein Dandy, der die Bürger schockte, in: ebd., S. 24 f.; Reißmann, H.-P.: Der doppelte Ernst, in: ebd., S. 27; Mangin, S.: Schutzengel. Für Ernst Jünger, in: ebd., S. 28; Schacht, U.: Gestalt von europäischem Rang [= Besprechung von Paul Noacks Buch „Ernst Jünger. Eine Biographie“, erschienen 1998 in Berlin], in: JF 2.4.1999, S. 14

13 Lenk/Meuter/Otten, Vordenker, 1997, S. 11

14 Jünger stimmte nach dem Kriege einer Neupublikation seiner politischen Schriften aus dieser Zeit nicht mehr zu. Er tat dies wohl auch deswegen, weil er nicht mehr daran erinnert werden wollte, daß er beispielsweise 1925 in Hitler einen „ganz neuen Führertypus“ erkannt oder 1929 eine Serie von Bombenanschlägen, die rechtsradikale Zirkel auf öffentliche Gebäude verübten, als „Klopfsignale“ begrüßt hatte. Darüber hinaus war der in der JF so hymnisch gefeierte Autor auch antisemitischer Regungen nicht ganz unverdächtig. Darauf weisen Lenk, Meuter und Otten hin: „Jünger stellte unmißverständlich klar, daß er sich vom Antisemitismus lediglich deshalb distanziert, weil der Jude überhaupt kein ernstzunehmender und satisfaktionsfähiger Gegner sei [...]“ (Lenk/Meuter/Otten, Vordenker, 1997, S. 128) Gustav Seibt spricht in Zusammenhang mit Jüngers Stellung zur „Judenfrage“ sogar von ostentativer „Herrenmenschenskälte“. (Seibt, G.: Bombenattentate und andere Klopfsignale, in: SZ 10.10.2001, S. V3/19)

### 2.1.1.2. Carl Schmitt – der „böse Geist von Plettenberg“

Eine nicht geringe, aber eben auch nicht zu überschätzende Bedeutung für die in der JF durchscheinende politische Philosophie hat der Staatsrechtler Schmitt. Ihn würdigt beispielsweise in der März/April-Ausgabe 1989 Martin Müller<sup>1</sup> mit den Worten, der „böse Geist von Plettenberg“ habe gezeigt, daß ein Volk der „Sphäre des Politischen“ nicht entkommen könne, wolle es nicht untergehen:

„Das wurde ihm übelgenommen, besonders von Politikern aus der Flakhelfer-Generation, deren Grundanliegen, die Politik durch Ökonomie und Ethik zu ersetzen, von Anfang [an] als ziemlich unverfrorene Vergewaltigung der Wirklichkeit erscheinen mußte und folgerichtig im Scheitern begriffen ist.“

Die „Entpolitisierung“ beginne mit der Durchsetzung der etablierten Macht, klagt K. Kunze<sup>2</sup> am 21.10.94. Sie werde durch „Moralisierung des Politischen“ herbeigeführt und heiße, dem Unterlegenen einzureden, daß es moralisch anstößig sei, um Macht zu kämpfen, und daß es überhaupt keine existentielle Feindschaft gebe, die das Kämpfen lohnen würde: „Das Unterscheidungskriterium der Sphäre des Politischen ist Freund oder Feind.“ Es werde ersetzt durch das „Unterscheidungskriterium der Sphäre des Moralischen: gut oder böse.“ Die Chance des legalen Machtgewinns sei der einzig plausible Grund für jede Opposition, sich friedlich an die Spielregeln des jeweiligen Rechts zu halten. Schließen diese Regeln die Chance des friedlichen Machtgewinns aus, würden sie ihre illegale Durchbrechung provozieren.

Nur wenige hätten Schmitts „innerstes Wollen“ begriffen, verteidigt Kunze<sup>3</sup> am 7.7.95 den Staatsrechtler. Wer es sich leichtmache, stemple ihn als Parteigenossen ab. Bei näherem Hinsehen aber sei er ein gläubiger Katholik gewesen, der die von Hitler befohlene Erschießung Röhm als unmittelbares Recht des obersten Gerichtsherrn gerechtfertigt hätte. Ja, es gehöre durchaus erwähnt: „Derselbe, der noch 1932 den verfassungsrechtlichen Weg zum Verbot der NSDAP durch den Reichspräsidenten aufzeigte, trat übers Jahr selber in die Partei ein. Plötzlich wettet er gegen den 'jüdischen Ungeist' [...].“ Wie passe das nur zusammen? Nun, ausgehend von einer willkürlichen Ordnung, wie Gott sie dem Chaos entgegengesetzt habe, sei CS eben weder Demokrat noch Nationalsozialist gewesen. Vielmehr lehne sich sein Staatsdenken an Thomas Hobbes an, der im Staat den autoritativen Stifter des Friedens zwischen glaubenseifrigen Bürgerkriegsparteien erkenne. Übertragen auf die Weimarer Zeit habe Schmitt die Auffassung vertreten, daß normativer Haß und ideologische Bürgerkriegsgewalt einzig durch einen staatlichen Machtanspruch zu beenden gewesen seien. Seine Idee, die parlamentarische Regierungsform gegen den Autoritätswillen um des inneren Friedens willen aufrechtzuerhalten

---

1 Müller, Martin: Carl Schmitts Auferstehung [= Besprechung von Günter Maschkes Buch „Der Tod des Carl Schmitt - Apologie und Polemik“, erschienen 1987, ohne nähere Angaben], in: JF 3/4 1989, S. 10 f., hier S. 11

2 Kunze, K.: Aufweichung der Spielregeln, in: JF 21.10.1994, S. 2

3 Ders.: Für Idealisten hatte er nur Spott übrig, in: JF 7.7.1995, S. 14

und die Bürgerkriegsparteien zu verbieten, habe also den liberalen Gedanken hinter einer konkreten Ordnungsidee zurücktreten lassen. Vor diesem Hintergrund hätte sich Schmitt der Frage zugewandt: „Ließ sich der Tiger reiten“ bzw. „ließen sich der Willkür die Korsettstangen einer rechtlichen Ordnung einziehen“?

Hans Hirzel<sup>4</sup> beschäftigt am 19.1.96 Schmitts bekanntestes Werk „Der Begriff des Politischen“ mit der berühmten Freund-Feind-Theorie. Worin gehe es in diesem Buch aber genau?

„In ‘Der Begriff des Politischen’ (Erstausgabe 1932) gewinnt Schmitt die Architektur seiner Gedanken durch die Sache nach einer, das ‘Wesen des Politischen’ kennzeichnen sollenden ‘letzten Unterscheidung’ (‘letzte Unterscheidung’ so, wie ‘Gut und Böse auf dem Gebiet des Moralischen oder ‘Schön und häßlich’ auf dem Gebiet des Ästhetischen) und glaubt sie zu finden im Verhältnis zu Freund oder Feind, das, wenn es sich um das Feind-Verhältnis handelt, die Bereitschaft zum Kampf in sich schließt – im Extremfall zum Kampf auf Leben und Tod.“

Damit übertrage er ein Denken, das der Urhorde angemessen sein mag, auf heutige Verhältnisse, genauer auf das Zusammenleben verschiedener staatlich organisierter Völker, kritisiert Hirzel, der im Dritten Reich Mitglied der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ war. Daß es den physischen Kampf solcher Völker gegeneinander als Grenzmöglichkeit und Ausnahmefall auch jetzt gebe, sei wahr, mache es jedoch trotzdem nicht sinnvoll, das ganze Völkerleben grundsätzlich aus der Perspektive dieses Ausnahmefalls zu sehen. Warum habe Schmitt trotzdem so gedacht? Hirzel meint:

„Wir Deutschen waren lange kleinstaatlich zersplittert. Erst spät haben wir uns als ein Staatsvolk etabliert, das wenigstens teilweise (nämlich ‘kleindeutsch’) vereint war. Im wilhelminischen Deutschland gewann die Auffassung Kraft und öffentliche Geltung, daß Deutschland durch die verspätete Einigung in eine benachteiligte Lage gekommen sei, daß es deswegen im Konkurrenzkampf der Völker um die Güter der Erde einen Nachholbedarf habe.“

Entsprechend dazu wäre die Neigung zutage getreten, in einem Konkurrenzverhältnis zu Deutschland stehende Völker als potentielle Feinde zu sehen, gegen die man eventuell im Kampf bestehen müsse:

„Da dann der Erste Weltkrieg von Deutschland in heroischer Anstrengung durchgekämpft und dennoch verloren worden war, verstärkte sich hinterher ein nagendes Gefühl, vom Schicksal unverdient schlecht behandelt zu sein und dies nur wettmachen zu können durch mit großer Energie durchgeführte Formung des ganzen Volkes zu einer einzigen Kampfgruppe, die direkt oder indirekt alle ihre Kräfte einem möglichen neuen Kampf dienstbar macht.“

So sei Schmitt, diese fast schon tragisch zu nennende Figur<sup>5</sup>, zu seiner gewaltsam stilisierten Theorie gekommen:

„Nicht, daß Carl Schmitt eine Renaissance konkreten Ordnungsdenkens und eine dementsprechende [sic] Staatspolitik sich erhoffte, ist an ihm auszusetzen, sondern,

4 Hirzel, H.: Carl Schmitt, der Epimetheus, in: JF 19.1.1996, S. 13

5 Vgl. Weißmann, K.: Grenze des Anderen [= entnommen der in Pfaffenhofen erscheinenden Zeitschrift für Politik und Kultur „Gegengift“, Heft 12 vom 15.6.98], in: JF 26.6.1998, S. 10

daß er so naiv und kritiklos die Erfüllung dieser Hoffnungen vom Hitler-Regime erwartete und die Risiken der dortigen Machtstruktur völlig übersah. Was ihn blind machte, war die Erwartung, daß durch Hitler die deutsche Kampfkraft im Freund-Feind-Verhältnis der Völker machtvoll gestärkt würde.“

Der Staatsrechtler, merkt Menno van Heeckeren<sup>6</sup> am 21.5.99 an, hätte nicht, wie etwa Max Weber<sup>7</sup>, von Anfang an auf die „plebiszitäre (charismatische) Komponente“ gesetzt. Erst als die Sicherheitslage des Reiches in einem permanenten Bürgerkrieg zu „entarten“ schien, habe er sich eindeutig für den Reichspräsidenten als „Hüter der Verfassung“ entschieden. Den jeweiligen „Planspielen des Schicksals“ willig ausgeliefert, hätte er insofern vielleicht „am eigenen Wirken vorführen“ wollen, „was ‘politischer Occasionalismus’ hieß.“ Gleichwohl zeige sich hier aber, daß „unsere heutigen Balkan-Krieger“, die sich mit ihrer pazifistischen Vergangenheit so schwer täten, vom „bösen alten Mann aus Plettenberg“ noch viel lernen könnten.

Der von Schmitt in seiner Schrift „Der Begriff des Politischen“ (1932) transportierte Gegensatz von Freund und Feind sehe sich jeweils an eine konkrete Situation gebunden und reagiere auf die „Negation der eigenen Existenz“ durch eine andere soziale Gruppe, die in neuerer Zeit meistens, wengleich nicht notwendig, ein anderes Volk bzw. dessen Regierung verkörpere, erläutert Baal Müller<sup>8</sup> am 16.7.99. Es stelle sich jedoch die Frage, ob eine an extremen Situationen und blitzschnellen Entscheidungen orientierte Theorie auch für den heutigen, stark verfestigten und „überdeterminierten“ Zustand noch taue. In unseren Tagen sei die Entscheidung zumeist nicht mehr unmittelbar und existentiell, sondern weltanschaulich-abstrakt bedingt. Sie bilde keine Reaktion des „Souveräns“, der über den Ausnahmezustand gebiete, sondern das Ergebnis eines langen, viele verschiedenen Instanzen und Interessengruppen beschäftigenden Prozesses, der höchstens noch als verwässerter Kompromiß, an dem alle mitgewirkt hätten und für den keiner verantwortlich sein wolle, wahrgenommen werde. Schmitt sei diese Problematik selbstverständlich nicht verborgen geblieben. Ihren Ursprung hätte er vor allem im Liberalismus und seiner institutionellen Ausformung als Parlamentarismus gesehen. Der Liberalismus drücke sich in seinen Augen um die Bestimmung von Freund und Feind, mithin also um das Politische herum, er habe infolgedessen niemals ein eigenes politisches System entwickelt, besitze kein positives Konzept des Staates und erschöpfe sich einzig in der Begrenzung staatlicher Gewalt. Er verabsolutiere das Individuum, dessen Rechte er gegen politische Einbindungen, die vor allem als Zwang und Unterdrückung wahrgenommen würden, zu verteidigen vorgebe, und er suche die politischen Kategorien überhaupt aufzulösen, etwa durch seine Berufung auf die Selbstheilung und Selbstorganisation des Marktes:

„Ziel des Liberalismus ist nach Schmitt die einheitliche, globale Weltzivilisation, die

6 Heeckeren, M. van: Planspiele des Schicksals, in: JF 21.5.1999, S. 21

7 Vgl. Hepp, R.: Intelligenter Nationalist, in: JF 16.6.1995, S. 16

8 Müller, Baal: Gestalt des Politischen, in: JF 16.7.1999, S. 18

zivile Bürgergesellschaft, in der die verschiedenen Kulturen nicht mehr als unversöhnliche Feinde aufeinanderprallen, sondern allenfalls ein folkloristisches Lokalkolorit liefern und, wie alles andere, als Waren gehandelt werden.“

Eben hier setze die Kritik des Juristen an. Er bestreite nicht, daß eine solche Gesellschaft im Prinzip eines Tages möglich werden und damit ein Ende der Politik überhaupt herbeiführen könnte. In dieser „postpolitischen Welt“ gäbe es dann tatsächlich keine Feinde mehr, sondern nur noch Diskussionsgegner und ökonomische Konkurrenten. Entscheidend sei aber nach Schmitt, daß es sie heute nicht gebe und daß alles, was „im Namen vorgeblich allgemeiner und universaler Ziele“ in diese Richtung deute, nur Propaganda darstelle, die allein dazu diene, mitunter feindliche politische Interessen und Motive hinter einer „humanitären Maske“ zu verschleiern.

### **Kommentierte Zusammenfassung**

Ähnlich wie bei Jünger bedient man sich auch bei der thematischen Aufschließung Schmitts, der bis hinein in Teile des konservativen Spektrums Reputation genießt, eines „argumentativen Tricks“, wie Pfahl-Traugher richtig feststellt:

„Man beschreibt die ideologischen Auffassungen, die auch ihre antidemokratische Stoßrichtung deutlich werden lassen, fängt diese aber hinsichtlich der damit verbundenen moralischen Belastung mit dem Hinweis auf Differenzen zum Nationalsozialismus wieder auf.“<sup>9</sup>

Kritikwürdig an dem angeblich bedeutendsten deutschen Strafrechtlers des 20. Jahrhunderts sei demnach nicht etwa dessen Forderung nach einer „Renaissance konkreten Ordnungsdenkens“ und einer entsprechenden, jeglichen Liberalismus abschwörenden „Staatspolitik“, sondern, „daß er so naiv und kritiklos die Erfüllung dieser Hoffnungen vom Hitler-Regime erwartete und die Risiken der dortigen Machtstruktur völlig übersah“. Wie nachhaltig eine solche die parlamentarische Demokratie verwerfende „Staatspolitik“ aber auf einer fundamentalen Ablehnung des politischen Liberalismus basiert, der sich seiner Auffassung nach einer zwingend notwendigen, ja existentiellen Freund/Feind-Unterscheidung<sup>10</sup> und damit dem konstitutiv Politischen an sich

9 Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“, 1998, S. 190

10 Richard Saage führt dazu aus: „Nach Carl Schmitt ist erstens: das entscheidende Kriterium des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind. [...] Zweitens: Der politische Feind kann nicht durch Attribute der Moral, Ästhetik, Ökonomie etc. charakterisiert werden: es könnte z.B. vorteilhaft sein, mit ihm Geschäfte zu machen. [...] Drittens: [...] Feind im politischen Sinn ist nicht der private Feind, den man persönlich haßt. [...] Feind ist nur der *öffentliche* [Hervorhebung R.S.] Feind [...].’ Viertens: Politik ist auf den Krieg als eine reale Möglichkeit bezogen. [...] Fünftens: Da Politik die reale Möglichkeit eines inner- oder zwischenstaatlichen Krieges zur Bedingung hat, ist sie zugleich auf den ‘Ausnahmestand’ bezogen. [...] Sechstens: Erst durch die Gruppierung von Freund und Feind ist die politische Einheit des Volkes und der Träger der Souveränität erkennbar, die einen begrenzten Pluralismus keineswegs ausschließen [...]. Erweisen sich die gesellschaftlichen Kräfte als so stark,



verweigere, wie er 1932 niederlegte, findet nur nebenbei Erwähnung. Gleich gar nichts ist darüber zu vernehmen, daß eine „scharfe Abgrenzung nach außen“ bei Schmitt einhergeht mit einem „kräftigen Homogenitätsdruck nach innen“<sup>11</sup>, daß gemäß einer solchen antiliberalen und antipluralen Politikkonzeption also dem Kollektiv der unbedingte Vorrang vor dem Individuum einzuräumen sei. Ebenfalls nichts findet sich über Schmitts Mitgliedschaft in der „Hochschulkommission des Stellvertreters des Führers“, seine Berufung zum Leiter der Reichsfachgruppe Hochschullehrer des „Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“. Nur am Rande angeführt wird der dienstfertige Artikel „Der Führer schützt das Recht“ aus dem Jahre 1934<sup>12</sup>, in dem der Preußische Staatsrat die Morde vom 30. Juni 1934, bekannt geworden als Niederschlagung des sog. „Röhm-Putsches“, juristisch rechtfertigte. Gänzlich unbeachtet bleibt seine antisemitische Rede „Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist“<sup>13</sup> aus dem Jahre 1936. Diese tiefen Verstrickungen Schmitts in das totalitäre System des Nationalsozialismus werden in der JF wohlweislich nicht problematisiert<sup>14</sup>.

‘daß sie die Entscheidung über den Ernstfall von sich aus bestimmen, so sind sie eben die neue Substanz der politischen Einheit geworden’. Gelingt ihnen dies nicht, so müssen sie als innerstaatliche Feinde mit Proskription, Enteignung, Versammlungsverbot etc., im äußersten Falle mit physischer Vernichtung rechnen. Siebtens: Der ‘Begriff des Politischen’ ist von der Außenpolitik her konzipiert. [...] Innenpolitik im strikten Sinn ist nur als Bürgerkrieg denkbar. Achtens: Die Kategorie der Freund-Feind-Bestimmung und der ihr zugeordnete ‘Ernstfall’ [...] entziehen sich jeder empirischen Überprüfbarkeit einerseits und normativen Fixierung andererseits, weil ihr Kern die auf eine konkrete Situation bezogene, nicht weiter ableitbare Deziision ist.“ (Saage, Richard: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik.- München 1983, S. 89 f.) --- Vittorio Hösle kommt darob zu dem Urteil: „Diese Wesensbestimmung von Politik ist formal völlig leer und in ihren Konsequenzen nihilistisch. Vom frühen Schmitt führt eine Brücke hinüber zum Nationalsozialismus.“ (Hösle, V.: Die Irrtümer der Denker, in: Der Spiegel vom 16.7.2001, S. 136 f., 139, hier S. 139)

11 Gessenharter, Kippt die Republik, 1994, S. 191, ergänzend ebd., S. 76 - 91 --- Vgl. Lenk/Meuter/Otten, Vordenker, 1997, S. 83 - 108; Ferse, Die Neuen Rechten, in: Gessenharter/Fröchling, Rechtsextremismus, 1998, S. 112

12 Wörtlich heißt es in dieser Publikation: „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“ (zitiert nach Winkler, Willi: Ein deutsches Milieu, in: SZ 18.9.1998, S. 3)

13 Klaus Kriener macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam: „Ähnlich wie den Marxismus begreift Schmitt auch das Judentum nur als Epiphänomen des Liberalismus. Der jüdische Intellektualismus, vor allem im Rechtspositivismus, ist ihm letztlich nur eine spezifische Form des Liberalismus. D.h., die Kritik des Liberalismus impliziert zugleich eine negative Bewertung sowohl des Marxismus als auch der jüdischen Geistesstradition.“ (Kriener, K.: Plettenberg - Freiburg - Potsdam. Über den Einfluß Carl Schmitts auf die Junge Freiheit, in: Kellershohn, Plagiart, 1994, S. 188)

14 Vgl. Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“, 1998, S. 101 f., 212

### 3.2. Zur Lage der Rechten – zwischen „Aufbruch“ und „Agonie“

Erstmals zu der zgedachten Rolle der Rechten<sup>1</sup> äußert sich in der September/Okttober-Ausgabe 1987 D. Stein<sup>2</sup>. Analog zum Selbstverständnis der JF fordert der Chefredakteur, eine „westdeutsche Rechte“ müsse „mit einer elitären intellektuellen Gruppe geistig entscheidende Kräfte bündeln, ohne Rücksicht auf den Fleckerlteppich verstaubt-träger rechtskonservativer Vereinsmeierei“.

Neben dem „nationalen Diskurs“, einigen revisionistischen Thesen und der „einfältigen Carl-Schmitt-Rezeption“ habe aber die zum Teil selbst „durchliberalisierte deutsche Rechtsintelligenz“ samt ihrem gesellschaftlichen Umfeld nicht viel zu bieten, notiert in der April-Ausgabe 1990 M. Zehme<sup>3</sup> zum „Dilemma der Rechten“<sup>4</sup>. Die in Frankreich von der Nouvelle Droite diskutierten wegweisenden Ansätze einer neuen Gesellschaftspolitik seien ignorant beiseite geschoben worden, daher nehme es nicht wunder, daß das populistische, parteipolitische Pendant dieser Rechtsintellektuellen, nämlich die Republikaner, Schwierigkeiten hätte, sich nun im „Chor der Wiedervereiniger“ zu profilieren, denn außer der „Asylantenpolitik“ besitze man nichts, was „typisch republikanisch“ wäre.

Fritz Redlich<sup>5</sup> fügt in der März-Ausgabe 1992 hinzu, es sei das Leidwesen einer jeden parteipolitisch aktiven Entwicklung auf rechter oder konservativer Seite in Deutschland, sofort auch zum bevorzugten Sammelbecken all jener Gruppen und Bewegungen zu werden, „die weder rechts noch konservativ, vielmehr aber unreflektiert [!] gewaltbereit, geistig flach und politisch destruktiv, in keiner

---

1 Von 1992 bis 1994 räumt die JF der vormalig für die Partei „Die Republikaner“ im Europaparlament sitzenden, nach dem Zerwürfnis mit Schönhuber (siehe Anm. 9 in Kapitel II.3.3.1.3.) parteilosen Abgeordneten Johanna Grund eine Anzeigenseite ein, auf der diese über ihre Arbeit in Brüssel berichtet. Dabei weist die JF ausdrücklich darauf hin, daß diese Seite redaktionell nicht von ihr verantwortet werde. Trotz dieser formalen Trennung von der Redaktion kann man selbige gleichwohl als integralen Bestandteil der Diskussionsplattform JF bezeichnen. Ab der September-Ausgabe 1993 veröffentlicht Emil Schlee ebenfalls auf der Seite „Deutschland zuerst. Unabhängige deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament“.

--- Vgl. auch das JF-Interview mit Walter Staffa: „Die junge Generation an das Steuer“, in: JF 3/4 1987, S. 3 f.; Meidinger, G.: Die Hybris der Mini-Napoleons, in: JF 1/2 1988, S. 4; ders.: Die kleinen Siege der „Sonstigen“, in: JF 6/7 1988, S. 5; Stein, D.: Nach dem Tod von Strauß: Die CSU am Ende, in: JF 11/12 1988, S. 1; Carlier, Alain: Die Rechte in Frankreich und Westdeutschland, in: ebd., S. 2; das JF-Interview mit Bernhard Friedmann (CDU), J. Grund (REP) und Martin Mußgnug (NPD): Was kommt nach Strauß, in: ebd., S. 3; Meidinger, G.: Vom „nationalen Guru“ Gerhard Frey [= Besprechung von Georg Van Dettas [Pseudonym?]] Buch „Gerhard Frey ohne Maske“, erschienen 1988 in Nürnberg], in: JF 1/2 1989, S. 10; ders.: Die Parteien vor der EG-Wahl, in: JF 3/4 1989, S. 6 f.; ders.: Bonn in der Defensive, in: JF 11/12 1989, S. 1 f.

2 Stein, D.: Parteien und Eliten, in: JF 9/10 1987, S. 1 f.; hier S. 2 --- Vgl. Meidinger, G.: Parteienlandschaft im Umbruch, in: JF 11/12 1987, S. 10 ff.

3 Zehme, M.: Das Dilemma der Rechten, in: JF 4/1990, S. 2

4 Vgl. Rupp, B.: Konservative und Parteien, in: JF 10/11 1990, S. 2

5 Redlich, Fritz: Rekonstruktion des Konservatismus, in: JF 3/1992, S. 2

Weise aber mit den Gründungsintentionen identisch gehen“ würden<sup>6</sup>. Ganz genau so hätte es sich bei den Republikanern abgespielt:

„Resultat war die weitläufige Übernahme der Partei durch kleinbürgerlich-chauvinistische, nicht im Entferntesten nationale oder konservative Kräfte. Dies wiederum hatte eine extensive Akademiker- und Intellektuellenfeindlichkeit in der Partei zur Folge, die einer internen Hexenjagd mit persönlicher Diffamierung mitunter gleichkam.“

Unter der Überschrift „Jetzt kommen die Rechtsintellektuellen“ stellt J. Winckler<sup>7</sup> in der November-Ausgabe 1992 die „Gegen-68er“ vor. Entscheidend sei das Menschen- und Gesellschaftsbild, von dem sämtliche weiteren Gestaltungsentscheidungen herrühren würden:

„Die re-formierte [sic] Gesellschaft der Zukunft beginnt individuell mit dem ‘Aufstand gegen die Sinnlosigkeit’ (R. Bubik) einer als über-flüssig [sic] empfundenen, atomisierten Existenz. Die ‘Erziehungslehre der Zukunft’ (K.-H. Kausch) bildet Mentalitäten heran, die ihre Persönlichkeit nicht als liberalistisches Separat-Ego [sic] aufbauen, sondern ihre Selbstverwirklichung im traditionellen Gefüge von Familie, Stand, Betrieb, Verein, Kirchengemeinde, Landsmannschaft und Großethnie verorten.“

Entgegen einem weitverbreiteten Mißverständnis würden die „Ideen neu-deutscher Rechtsintellektualität“ nur zu einem geringen Teil der Nouvelle Droite entstammen. Eher schon ständen sie den „italienischen ‘Nonkonformen’“ nahe:

„Die soziologischen Analysen der Michels, Pareto<sup>8</sup>, Mosca, Freyer und Gumpłowicz, die Erkenntnisse der Anthropologie (Plessner, Gehlen), das ‘klassische’ Denken der Machiavelli und Hobbes, schließlich das ‘konkrete Ordnungsdenken’ Schmitts: aus diesem Boden ist eine geistige Alternative im Entstehen, die wichtigen Teilen der akademischen Jugend Deutschlands plausibel ist.“

R. Bubik<sup>10</sup> führt in der Dezember/Januar-Ausgabe 1992/93 dazu weiter aus:

---

6 Vgl. Stein, D.: Rechter Sturm im Wasserglas, in: JF 2/1991, S. 2; Rupp, B.: Gründungsfieber auf der Rechten, in: ebd., S. 1; o.A.: „Deutsche Allianz“ gegründet, in: ebd., S. 4; das JF-Interview mit G. Maschke: „Der Raum der geistigen Freiheit ist geradezu verdampft“, in: JF 6/1991, S. 3; o.A.: Wieder wird gesammelt, in: JF 10/1991, S. 4; Meidinger, G.: Der Wahlzettel wird länger, in: JF 11/1991, S. 4; o.A.: Keiner will aufgeben, in: JF 5/1992, S. 4; Jahn, B. / Andreas Kalbitz: Wer füllt das konservative Vakuum neben der Union, in: JF 11/1992, S. 4; Volz, A.T.: Der Protest in Maßen, in: JF 10/1993, S. 1; das JF-Interview mit K. Motschmann: „Die Aktionen der sog. Antifa richten sich gegen den demokratischen Rechtsstaat“, in: JF 28.1.1994, S. 3

7 Winckler, J.: Vor einem neuen 1968, in: JF 11/1992, S. 1

8 Zu Vilfredo Pareto vgl. Boßdorf, P.: Der Charme des Realismus, in: JF 9/1993, S. 14; Hornung, K.: Die neuen ZEIT-Läufe, in: JF 4.2.1994, S. 11; Stein, D.: Der metaphysische Holzweg der Rechten, in: JF 14.2.1997, S. 13

9 Zu Julius Evola vgl. Hansen, H.T. (?): Rehabilitation eines Geächteten, in: JF 17.5.1996, S. 16; Petak, Gerhard: Die Beweinung der Moderne [= Besprechung von J. Evolas Buch „Cavalcare la Tigre / Den Tiger reiten“, erschienen 1997 in Engerda], in: JF 27.3.1998, S. 18 --- Zu Arnold Gehlen vgl. Weißmann, K.: Am Schicksal der Nation gelitten [= entnommen der Zeitschrift „Gegengift“ vom 1.12.1999], in: JF 17.12.1999, S. 14

10 Bubik, R.: Der Standort des Jungen Konservatismus, in: JF 12/1 1992/93, S. 13 --- Vgl.

„Die intellektuelle Linke – die klugen Toren – machte sich daran, eine ganze Generation junger Menschen zu psychotisieren. Als ‘68er’ setzt diese Generation bis heute das messianische Erziehungswerk fort.“ Sie würden ihren Schülern erklären, daß Disziplin, Ehre schändlich und Vaterlandsliebe schädlich seien: „Als Theologen verspotteten sie Kirche und Glauben, als Künstler wühlten sie in den Scherben längst vernichteter Formen. Sie sind Moralisten besonderer Suprematie und verkünden die Amoral.“ Gegen diese „Überspitzung des Pathologisch-Paradoxen“ träte nun realitätsbezogen ein „Junge[r] Konservatismus“ auf den Plan, der den Menschen in seiner „individuellen Freiheit“ die Bindung zur Seite stelle. Die konservative Suche nach Freiheit und Menschenwürde ende aber nicht beim Etatismus. Der Staat als formales Prinzip bleibe leblos, wenn er nicht auf Gewachsenes zurückgeführt werden könne. Eine dieser Bindungen an das Volk sei der Gedanke der Nation: „Durch die Wahrung kultureller Einheit, in Tradition gefaßt, kann die Nation Sinn und Leben in gemeinschaftliche Existenz einführen.“ Vor dem Hintergrund der „modernitären Selbstüberhöhung“, für die in Deutschland der Nationalsozialismus Beispiel gebe, müsse sich eine Standortbestimmung des „Jungen Konservatismus“ unabdingbar mit dem wichtigsten Verfassungsmerkmal unseres Staates auseinandersetzen, eben der Demokratie. Man könne auch sagen: „*Der Kampf einiger Konservativer gegen die Demokratie ist dem Kampf um deren beste Form gewichen* [Hervorhebung R.B.].“ Angestrebt werde eine kulturelle Erneuerung: „Gramscis Konzept kultureller Hegemonisierung – von den 68ern teilweise verwirklicht – spielt hier eine Rolle.“ Bubik warnt freilich vor übertriebenen Erwartungen. In ihrem Kampf gegen die konservativen Intellektuellen sei es der Linken nämlich gelungen, über die „Problematik randalierenden Vorstadt-Pöbels“ große Teile der Bevölkerung in Hysterie zu versetzen. Eine „neue ‘braune Gefahr’“ werde an die Wand gemalt, und man versuche geschickt, den „Jungen Konservatismus“ mit dieser in Verbindung zu bringen: „Feige und asoziale Gestalten wenden Gewalt an, benutzen ‘rechte’ Symbolik, um zu provozieren und bieten der Linken Anlaß zum Feldzug gegen den gefährlich gewordenen intellektuellen Gegner.“

K. Kunze<sup>11</sup> erörtert in der September-Ausgabe 1993 die „Chancen und Konzepte der verfassungstreuen Rechten“. Dabei macht er deutlich, daß für die existentiellen Zukunftsfragen allein die Regierungsverantwortung die Chance einer Antwort gebe. Wie beschwerlich der Weg dorthin sei, würden die Republikaner trotz ihres eindeutigen Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen

---

ders.: Die Kultur als Machtfrage, in: JF 10/1993, S. 23

11 Kunze, K.: Elfmeterspezialisten beim Handspiel, in: JF 9/1993, S. 2 --- Vgl. Bubik, R. / D. Stein: Milchmädchenrechnungen, in: JF 11/1993, S. 2; Mohler, A.: Notizen aus dem Interregnum, in: JF 21.1.1994, S. 14; das JF-Interview mit G. Zehm: „Wir können uns doch jetzt nicht als Sieger über unsere eigenen Landsleute aufspielen“, in: JF 18.2.1994, S. 3; Mohler, A.: Notizen aus dem Interregnum (9), in: JF 24.6.1994, S. 14

Grundordnung gerade schmerzlich verspüren. Hierzulande gebe es nur „Gemeinsamkeit der Demokraten“ hier und „Radikale“ dort, und nichts dazwischen. Und weil diese „Gemeinsamkeit“ vor allem Besitzstandswahrung bedeute, dürften „Schmuddelkinder“ nicht dazugehören, und wenn sie noch so gerne möchten. Es sei daher höchste Zeit für einige tiefgreifende, das System des „Parteienfeudalismus“ überwindende Reformen, da nur solche die Chance einer demokratischen Wachablösung bieten würden. Der Rechtsanwalt schlägt u.a. vor, die „Demokratielücke des repräsentativen Parlamentarismus“ durch „Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk“ zu schließen. Das „Repräsentationsdefizit der bisher ausschließlichen Vertretung von Partikularinteressen“ sei dadurch zu füllen, daß künftig der Bundespräsident das Gemeinwohl repräsentiere und vertrete: „Er setzt den Bundeskanzler ein, der nur ihm verantwortlich und nunmehr als Haupt der regierenden Gewalt von der gesetzgebenden getrennt ist.“ In die Agenda gehörten aber auch: „Wenn 10 % der Abstimmungsberechtigten es verlangen, sind sowohl über Einzelmaßnahmen der Regierung als auch über Gesetze innerhalb von sechs Wochen Volksentscheide herbeizuführen.“ Im letzten Punkt stemmt sich Kunze vehement gegen die EU. Demokratische Herrschaft setze einen souveränen Demos voraus, also ein Volk mündiger Staatsbürger:

„Jede Entmündigung durch Abgabe von Souveränitätsrechten auf Hoheitsträger außerhalb der deutschen Staatsgewalt wäre ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip. Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die demokratische Selbstherrschaft und Selbstbestimmung des deutschen Volkes zu beseitigen und ganz oder teilweise durch eine Freundherrschaft zu ersetzen, sind als verfassungsfeindlich zu verbieten.“

Korruption und Bürgerferne der „Politikerklasse“, Asyl- und Ausländerproblematik, Ozonloch und Müllberge, nationale Identität und Maastricht, dies alles spiele keine Rolle, wenn es um das Vordringlichste, die Sicherung der Arbeitsplätze gehe, flicht W. Knörzer<sup>12</sup> in seiner „pessimistische[n] Lageanalyse“ am 1.4.94 ein. Insofern sollten sich die rechten Parteien auch davor hüten, ihre zeitweiligen Wahlerfolge einem neu aufkeimenden Nationalgefühl zuzuschreiben. In der Asyl- und Ausländerfrage wäre es nicht die Angst vor „kultureller Überfremdung“, sondern die Sorge um die Arbeitsplätze und Wohnungen, in der Europafrage nicht die Angst um den Verlust nationaler Selbstbestimmung, sondern die Angst um die D-Mark gewesen, die manchem die rechte Option verheißungsvoll erscheinen ließ. Im übrigen sei ja eine Reaktion der etablierten Parteien darauf nicht lange ausgeblieben. Die „Strategie der Delegitimierung und systematischen Stigmatisierung der demokratischen Rechten“ habe voll eingeschlagen:

„Wenn Wahlplakate zerstört, Versammlungen verboten werden und die Gleichsetzung der Republikaner mit Nazis erst in den Köpfen wohlmeinender Bürger verankert ist,

---

12 Knörzer, W.: Zweierlei Untergang, in: JF 1.4.1994, S. 14 --- Vgl. Kopp, H.-U.: Der Rechtsruck der Gräfin D., in: JF 8.4.1994, S. 1; Molau, A.: Der Kampf um die geistige Hegemonie, in: JF 12.8.1994, S. 14

nimmt es dann Wunder, wenn als Wähler nur noch der ewig gleich [sic] harte Kern echter Nationalos übrigbleibt?“

Besorgt äußert sich am 15.4.94 K. Kunze<sup>13</sup>, bekomme unser Rechtsstaat doch angeblich immer mehr genau da Aussetzer, wo es gegen „Rechte“ gehe. Drohten Autonome vor einem Parteitag mit Krawall, würden die Behörden nicht etwa den Krawall verbieten, sondern den Parteitag. Nenne jemand Schönhuber einen Volksverhetzer, sei ihm aller Beifall sicher, betitle Schönhuber aber jemanden mit demselben Vorwurf, werde gegen ihn strafrechtlich ermittelt. Die „Allmacht des Medien- und Parteienstaates“ habe voll die Staatsgewalten ergriffen, die doch eigentlich weltanschaulich und politisch neutral und gesetzmäßig arbeiten sollten: „Im Behördenkostüm auftretende Parteigänger haben gegen Andersdenkende ein Klima der Bespitzelung, der Einschüchterung und der Stigmatisierung erzeugt.“

Ja, die „Republik kippt nach links“, behauptet R. Bubik<sup>14</sup> am 29.4.94. Bei der Inszenierung einer konkreten Bedrohungssituation würde man zunächst das absolut Böse benötigen. Dieses Böse habe nach „Hoyerswerda, Rostock, Mölln“ wieder einen politischen Namen, die Rechte: „Die politische Freund-Feind-Linie verläuft zwischen ‘Demokratie’ (nicht: der Linken) und der politischen Rechten.“ Im „politischen Alltagskampf gegen ‘rechts’“ gelte folgendes Grundprinzip:

„Nutze jeden marginalen Erfolg von rechts, [...] nutze jedes als ‘Rechtsbewegung’ inszenierte Ereignis (Anlaß), um damit breite Kreise der Bevölkerung in einer Kampagne zu mobilisieren (Prozeß), um deinen eigenen politischen Interessen als allgemein zu deklarieren und als öffentliches Interesse durchzusetzen (Ergebnis).“

Das Argumentationsmuster sei jedenfalls ziemlich simpel gestrickt:

„Die Anschläge ethisch verwahrloster Krimineller gegen die noch Schwächeren (Asylanten, Fremde) sind notwendige Voraussetzung: Ihre Hauptfunktion besteht in der Vereinfachung der Kommunikation. Mit der Nennung einiger Städtenamen – Hoyerswerda, Rostock, Solingen etc. – ist bereits alles gesagt, das Publikum hinreichend emotional konditioniert.“

Vor diesem Hintergrund werde Information nur noch gefiltert wahrgenommen, und scheinbare Zusammenhänge erhielten eine gewisse irrationale Plausibilität. Mit jedem brennenden Haus manifestiere sich das real Böse, welchem es zu wehren gelte. Jeder Anschlag auf Minderheiten und jede Grabschändung würden als Symptom des „Rechtsrucks“ verkauft und für eine Linksbewegung im politischen Koordinatensystem sorgen: „Da diese Gewalttaten pauschal ‘den Rechten’ angelastet werden, kann grundsätzlich jede Organisation rechts von der Mitte assoziativ mit dem Kriminell-Bösen gleichgesetzt werden.“ So habe man beispielsweise das „parlamentarische Sichtbarwerden“ der Republikaner zum Anlaß genommen, kehrtwendend schärfere, gleichsam „gesinnungsethisch“

---

13 Kunze, K.: Auf Biegen und Brechen, in: JF 15.4.1994, S. 2

14 Bubik, R.: Die Republik kippt nach links, in: JF 29.4.1994, S. 11 --- Vgl. Sohn, Gunnar: Die Gefahr ist erkannt, in: JF 13.5.1994, S. 2

legitimierte „Maßnahmen“ zu fordern: „*Geistige Brandstifter* gehören eben nicht in die politische Arena.“ Das Ergebnis sei die nachrichtendienstliche Überwachung der Partei, ihre „Stigmatisierung als Verein von potentiellen Un(ter)menschen [!]“. Eine ausgewogene Bewertung des rechten Spektrums, etwa die „Legitimierung eines demokratischen Rechtskonservatismus“, werde nunmehr zum „*Hoffähigmachen von geistigen Brandstiftern*“ (Hervorhebungen R.B.).

Das „zentrale Problem rechter Politik“ sei die „Totschweige-Spirale“, spitzt R. Schlierer<sup>15</sup> am 10.6.94 die Kritik am Verhalten der Medien zu. Deren Argument, die Rechten in den Parlamenten würden nichts leisten oder wären unfähig, lasse sich am Beispiel der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Republikaner rasch widerlegen. Bisweilen nehme die tägliche Ausblendung aus der Berichterstattung über deren parlamentarische Arbeit geradezu groteske Züge an. Zunächst würden die Beiträge der Republikaner einfach nicht erwähnt und dann werde von denselben Medien unter Berufung auf ihre eigene einseitige Berichterstattung die Behauptung aufgestellt, „die Rechten seien nicht präsent“.

Wer in den erlauchten Kreis der Demokraten aufzunehmen sei, würden heute einige „selbsternannte Wächter der Political Correctness“ und die „Altparteien“ festlegen, bekräftigt M. Zehme<sup>16</sup> am 17.6.94:

„Dabei stellen nicht die Gerichte fest, ob eine Partei durch ihre Ziele und ihr Auftreten die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, sondern die konkurrierenden Altparteien und die Groß-Medien, die ihnen in die Hände spielen.“

Das Verdikt werde gefällt, ohne daß man das Parteiprogramm zur Kenntnis nehme, sich die mißliebige Konkurrenz vorurteilsfrei anschau und die „Diffamierten“ zu Wort kommen lasse.

D. Stein<sup>17</sup> berichtet am 30.9.94 über den von Schacht, Schwilk und Zitelmann initiierten sog. „Berliner Appell“<sup>18</sup>. Darin heiße es, vier Jahre nach der

---

15 Schlierer, R.: Für eine rechtsdemokratische Partei, in: JF 10.6.1994, S. 11

16 Zehme, M.: Die alltägliche Meinungsfreiheit, in: JF 17.6.1994, S. 2 --- Vgl. Stein, D.: Ein Duell der Populisten, in: JF 10.6.1994, S. 1; ders.: Jetzt bleiben wir eben bei Kohl, in: JF 17.6.1994, S. 1; Schmidt, M.: Maastricht war kein Thema, in: ebd., S. 4

17 Stein, D.: Pflügers Alptraum wird wahr, in: JF 30.9.1994, S. 1 --- Vgl. das JF-Interview mit H. Schwilk: Die Freiheit des Denkens zurückgewinnen, in: JF 4.11.1994, S. 3

18 Zu den Unterzeichnern des von Schacht, Schwilk und Zitelmann initiierten Appells zählen nach JF-Angaben u.a. die Schriftsteller Walter Kempowski, Sarah Kirsch, Chaim Noll und Karin Struck, Journalisten und Verleger wie Bubik, Herbert Fleissner (Ullstein Langen Müller), Heinz Claus Mertes (SAT-1 Programmdirektor), Röhl, Caspar v. Schrenck-Notzing („Criticon“), Zehm (Pankraz), aber auch Wissenschaftler wie Geiss, Manfred Wilke, Michael Wolffsohn sowie Politiker wie Alfred Dregger, Heinz Eggert, Steffen Heitmann, Carl-Dietrich Spranger, und zu guter letzt Bürgerrechtler wie Siegmund Faust, Freya Klier und Templin. --- Vgl. das JF-Interview mit S. Faust: „Es muß eine gesamtdeutsche Wäsche stattfinden“, in: JF 6.5.1994, S. 10; Bubik, R.: Gustav Seibt, die FAZ und die Rechtsnostalgiker, in: JF 7.10.1994, S. 2

Wiedervereinigung erlebe der Sozialismus in Deutschland eine Wiederkehr. Große Teile der Medien und der Intellektuellen würden sich der „Notwendigkeit einer konsequenten Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur“ versagen. Umgekehrt veranstalte man unter der „Parole des ‘Antifaschismus’“ eine „Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte“. Der Chefredakteur zitiert weiter:

„Wir verteidigen den Pluralismus, der linken und rechten Demokraten gleichermaßen Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bieten muß. Wir streiten für eine Demokratie, die sich gegen Extremisten von links und rechts abwehrbereit zeigt. Wir setzen uns ein für eine Rückkehr zum antitotalitären Konsens und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine ‘antifaschistisch-demokratische’ Ordnung zu ersetzen.“

Und wieder einmal sei die parteipolitische Rechte „in der Woge des Kohlismus“ untergegangen und hätte ihre „Unfähigkeit zu politischer Partizipation“ unter Beweis gestellt, kommentiert Bubik<sup>19</sup> am 21.10.94 den Ausgang der Bundestagswahl. Auch nach dem Rücktritt Schönhubers, dieses „politischen Hasardeurs“, vom Amt des Parteivorsitzenden, ständen die Republikaner hoffnungslos im strategischen Aus.

Der „gerichtsnotorisch ‘gesinnungsfeste’ Herr Deckert, der Schmalspur Hugenberg aus München Pasing<sup>20</sup>, der gealterte Bierzelt-Tribun aus Bayern“, sie alle hätten kaum 2 % der „neudeutschen“ Bundesbürger bewegt, notiert A. Mölzer<sup>21</sup> eine Seite weiter. Von diesen Parteien bleibe nicht mehr als ein verlorenes Häuflein im rechtsextremen Ghetto übrig. Nicht einmal „kluge konservative Patrioten“, wie Schlierer im Stuttgarter Landtag, oder „biedere bürgerliche Liberale“, wie Brunner mit seinem BFB, könnten aus dieser „Negativ-Spirale“ heraustreten. Da nütze auch kein noch so bemitleidenswerter Appell, es doch der FPÖ Haiders nachzumachen. Noch die elementarsten Voraussetzungen würden nämlich fehlen: „eine etablierte und doch systemkritische Partei; ein strukturiertes Lager, das sich quer durch alle Schichten zieht; ein mit Mediencharisma ausgestatteter Volkstribun, der eine plebiszitäre Volksbewegung hochziehen könnte.“ Nicht vergessen werden dürfe zudem der „Faktor Umerziehung“. Dieser hätte in Österreich eben nicht eine solche alles überragende Rolle gespielt wie in Deutschland:

„Da wird einer als rechtsextremer Populist diffamiert und trotzdem von einem Viertel des Wahlvolkes in Österreich gewählt; in Flensburg und Rosenheim reichen zwei Lichterketten und ein wenig Randalie, um pflichtschuldigst schlechtes Gewissen zu erzeugen.“

---

19 Bubik, R.: Enkel schlägt Großvater, in: JF 21.10.1994, S. 1

20 Gemeint ist G. Frey (DVU).

21 Mölzer, A.: Deutschland - noch keine selbstbewußte Nation, in: JF 21.10.1994, S. 2 --- Vgl. Willig, A.: In schlechter Gesellschaft, in: JF 28.10.1994, S. 12; Stein, D.: Der konservative Platz bleibt unbesetzt, in: JF 11.11.1994, S. 2; Höbelt, L.: Konzentrationsschwäche der Rechten, in: JF 25.11.1994, S. 11



K. Hornung<sup>22</sup> hält am 27.1.95 die „ständige Beschwörung eines ‘Rechtsrucks’“, einer „extremistischen und neonazistischen‘ Gefahr“ in Deutschland schlichtweg für eine Erfindung linker Publizisten. Ins Visier genommen worden seien vor allem konservative Intellektuelle, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten, die man in bössartiger Manier diffamiere, ausgrenze und in die Nähe des Rechtsextremismus rücke<sup>23</sup>. Dahinter lauere die „Formel vom ‘Extremismus der Mitte’“, die entlarvend deutlich mache, daß das eigentliche Ziel „‘das System’“ selbst darstelle,

„die Ablösung der freiheitlichen Demokratie und ihres antitotalitären Grundkonsenses durch eine neue ‘antifaschistisch-demokratische Ordnung’, wie wir sie vor 50 Jahren in der damaligen sowjetischen Besatzungszone erlebten als Rauchscheiter und Etappe auf dem Weg zur Etablierung des totalitären Machtmonopols der Kommunisten“.

Am 19.5.95 druckt die JF eine redaktionell stark gekürzte Rede von Schacht<sup>24</sup> ab, die nach eigenen Angaben ursprünglich am 7. Mai im Rahmen der Veranstaltung „8. Mai – Gegen das Vergessen“ zum Vortrage hätte kommen sollen, wäre die Veranstaltung in München nicht abgesagt worden. Darin läßt sich der Autor zu der von einer demokratischen Rechten angestrebten inneren Souveränität Deutschlands aus. Diese sei motiviert von „ungeteiltem Erschüttert-Sein“, vom „unaufgerechneten Wissen um Auschwitz und Kolyma“ und dem Wissen darum, daß „extrem liberalistische“ und technologisierte Gesellschaften durch die „zwanghafte Zerstörung aller Wert-Bindungen, Reflexions-Refugien und rechtsstaatlichen Ordnungs-Bezüge“ die „antizivilisatorische Vorstufe zum jeweils neuesten Zivilisationsbruch“ bilden würden. Das gerade wäre ja nun das „Diabolisch-Wahnhafte“ und zugleich „Opportunistisch-Oberflächliche“ an der „Singularitäts-These“, daß sie Auschwitz nicht nur von den stalinistischen Vernichtungslagern trenne, sondern auch von jedem zukünftigen Auschwitz: „Denn das Ungeheuerliche an Auschwitz ist ja nicht, daß es ‘einmalig’ war, sondern menschenmöglich. Das Menschen-Mögliche aber ist wiederholbar.“ Eine demokratische Rechte werde einer „selbstbewußten Nation“ das Wissen um Auschwitz zumuten und daraus nicht „Selbststigmatisierung“, sondern eine Politik „wehrhafter Humanität“ und „proisraelischer Sorge“ ableiten.

Die von Mölzer beobachtete „scheinbare Paradoxie“ der deutschen Rechten faßt am 2.6.95 noch einmal Hans Hausberger<sup>25</sup> zusammen:

„einerseits das ‘Modell Haider’ – intellektuell anspruchslos, aber äußerst erfolgreich – und andererseits die bundesdeutschen Konservativen: intellektuell tiefschürfend und

---

22 Hornung, K.: Tabuzüchtung und Machtanspruch, in: JF 27.1.1995, S. 13

23 Vgl. das JF-Interview mit A. Mechttersheimer: „Es müssen tausend Blumen blühen“, in: JF 24.3.1995, S. 3; das JF-Interview mit K. Motschmann: „Eine Nation verzeiht keine Ehrverletzung“, in: JF 14.4.1995, S. 3; Stein, D.: Eine nationale Rebellion, in: JF 12.5.1995, S. 1; Mölzer, A.: Konservative Strategie und metapolitische Option, in: ebd., S. 11

24 Schacht, U.: Das Maß der Erschütterung, in: JF 19.5.1995, S. 13

25 Hausberger, Hans: Politiksimulation und Rechtsintellektuelle, in: JF 2.6.1995, S. 11

theoriebesessen, aber völlig erfolglos. Theorie und Praxis, das zeigen beide Modelle, wollen einfach nicht zusammenfinden.“

Wie also könnten sich Einzelkräfte gegenseitig stützen und verstärken, wie verknüpfe man Einzelerfolge zum größtmöglichen Gesamterfolg? Die Frage, wer mit wem in welcher Form politisch zusammenarbeiten dürfe, höre sich theoretisch sehr einfach an. Es gebe jedoch z.B. zwischen demokratischen und totalitären Rechten eine gerechtfertigte Distanz aufgrund unvereinbarer politischer Zwecke. Denn nicht jeder, der „Begriffe wie ‘konservativ’, ‘rechts’ oder ‘national’“ verwende, habe gleichlautende politische Ziele. Dies müßten endlich vor allem diejenigen zur Kenntnis nehmen, die unentwegt von der „Einheit aller Rechten“ schwadronieren würden. Umgekehrt könne aber auch eine „Distanzierungsmanie“ beobachtet werden, die sich an der Frage entzünde: „Wie reagiert der Gegner, wenn ich mich nicht distanzieren?“ Hier sei allein der reflexhafte Wunsch nach Konfliktvermeidung als treibendes Motiv erkennbar. Über eine solche „vorausseilende Selbstatomisierung“ dürfe man auch nicht leichtfertig richten. Wer in diesem Zusammenhang von feigen Bürgern spreche, übersehe, daß die „Preisgabe des antitotalitären Konsenses“ im politischen Wertesystem der Bundesrepublik zugunsten eines „Kampfes gegen rechts“, der den Kampf gegen alles, was rechts sei, also auch gegen rechte Demokraten, einschließe, an den Betroffenen nicht spurlos vorbeigehen könne: „Man entwickelt unter Druck ein feines Gespür für postdemokratische Risiken und prätotalitäre Gefährdungen.“

Eine „schöpferische deutsche Rechte“, unterstreicht T. Hinz<sup>26</sup> am 9.6.95, dürfe sich nicht banalerweise als „Gralshüter des Ewigen, Wahren und Reinen“ gerieren, sondern müsse sich, wolle man nicht im „Ghetto der Marginalität“ verkümmern, den drängenden Zukunftsfragen stellen: Sei die Gen-Technik Chance oder Risiko? Könne die Datenvernetzung physische Mobilität und Autoverkehr überflüssig machen und so die Umwelt retten? Wie ließen sich Aids-Prävention und sexuelle Befreiung sinnvoll kombinieren? Wie könne man Zuwanderer integrieren, ohne gleichzeitig der „Multi-Kulti-Ideologie“ das Wort zu reden?

Die Ränder der deutschen Rechten seien ohnehin bereits von den Symptomen einer Erfolglosigkeit gekennzeichnet, ergänzt R. Bubik<sup>27</sup> am 16.6.95. Zweierlei Ausprägungen ließen sich hier feststellen:

„Die einen suchen das Heil im esoterischen Rückzug: raunende Kaiser-Mythen und Untergangsvisionen entheben von der Pflicht zum Handeln. Verweigerung oder einfach nur Unfähigkeit, mit den gegebenen Verhältnissen umzugehen, stilisiert sich zum Märtyrertum.“

Ambitioniertere Zeitgenossen hingegen würden in die entgegengesetzte Richtung streben:

„von der PC zensierte Begriffe werden gemieden, demonstrative Distanzierungen von

26 Hinz, T.: Weg vom geistigen Ghetto, in: JF 9.6.1995, S. 2

27 Bubik, R.: Was Veränderung bedeutet, in: JF 16.6.1995, S. 2

‘überholten’ Standpunkten verspricht [sic] das erhoffte Schulterklopfen seitens des Establishments. Am Ende ist man an dem Platz, den man eigentlich bekämpfen wollte: irgendwo in den Sachzwängen und taktischen Nischen, Herkunft und Ziel sind aus den Augen verloren.“

Bubik hält beide Wege für falsch und fordert einen Mittelweg zwischen gegenkultureller Abgewandtheit und Auflösung der eigenen Substanz, einen Weg, der über eine pragmatische Verknüpfung von „taktisch-politischem Opportunismus“ und „unabhängigen intellektuell-ästhetischen Bemühungen“ führen solle. Die Mittel, die Instrumente, die Methoden, mit denen politische Inhalte aufgeladen und Einfluß genommen werden, müßten klugerweise den gegebenen Umständen entsprechen: „Eine vernünftige Musik-CD ist da wirkungsvoller als ein trockener Artikel in einer staubtrockenen Theoriezeitschrift.“ Wer den bestehenden vier oder fünf „konservativen Kleinstparteien“ noch eine sechste, garantiert der „reinen Lehre“ folgende, hinzufügen wolle, könne dies gerne tun. Nur betreibe er damit keine Politik, sondern ein „Entertainmentprogramm für Frührentner mit Schlafstörungen“: „Dagegen sollte niemand davor scheuen, die Gunst der Stunde parteipolitisch zu nutzen und sich in einer Organisation zu engagieren, die den politischen Liberalismus [!] vertritt.“ Freilich dürfe man auch nicht „um jeden Preis ‘normal’“ werden wollen. Nach wie vor müsse die Nation emotional erlebbar dargestellt, zelebriert, vermittelt werden. Die schöpferische Aufgabe bestehe nun darin, nach modernen, zeitgemäßen Mitteln und Wegen zu suchen, dies zu tun. Und hier sei die Anregung von Hinz sehr wertvoll, sich doch eher der kommenden weltweiten Datenvernetzung zu widmen, „anstatt Ressentiments gegen Minderheiten abzusondern“.

Mit schneidender Kritik begegnet hingegen einige Seiten weiter Pankraz<sup>28</sup> solchen Gedankenspielen:

„Manche Leute begehen aus Angst vor dem Tod Selbstmord. Thorsten Hinz, fleißiger Autor der JF, empfiehlt jetzt der Neuen Rechten aus Angst vor deren angeblich drohender ‘Ghettoisierung’ bzw. ‘Marginalisierung’ ebenfalls (politischen) Selbstmord.“

Darauf jedenfalls würden seine kleinmütigen Ratschläge hinauslaufen. Der Kolumnist hält kalauernd dagegen, die geistigen und politischen Repräsentanten der Neuen Rechten, ob sie nun in bestehenden Formationen mitarbeiten oder eigene Formationen bilden würden, müßten glaubhaft „Elitetypen“ verkörpern, nicht Hinz oder Kunz:

„Nicht im Schlepptau der Grünen, sondern gegen sie, gegen das von ihnen betriebene Projekt des Abschallens, der kulturellen Destruktion, der Gleichmacherei und Vermenschung im Namen der ‘Natur’, gewinnt rechte, konservative, nationale Politik eine Chance.“

Und natürlich gehöre dazu auch ein „Wiedererinnern und Blankhalten sogenannter ‘alter Werte’“.

Parteigründungen nach 1945, die sich rechts der Mitte als Vertreter nationaler

---

28 Pankraz: Pankraz, Magnus Hirschfeld und der Nischen Ossi im Ghetto, in: ebd., S. 14

deutscher Interessen definiert hätten, seien bisher meist kein erfolgreicher Bestand beschieden gewesen, bilanziert A. Mölzer<sup>29</sup> am 30.6.95:

„Ausgegrenzt, kriminalisiert, unterwandert, radikalisiert und ins Eck gedrängt, werden sie mit der Faschismuskeule niedergemacht. Dies führte naturgemäß zur Traumatisierung derjenigen Kreise und Gruppierungen, die sich einst als ‘nationales Lager’ begriffen.“

Man könne sogar mit Fug und Recht behaupten: „Geistig ghettoisiert, unter ideologischem Sekten-Syndrom leidend, wurde [sic] jene Bürger, auf die sich solche Parteigründungen in der Bundesrepublik immer wieder stützten, geradezu zu politischen Parias.“

Ironisch verkündet D. Stein<sup>30</sup> am 1.9.95, wer Deutschland retten und dabei leiden wolle, werde zu folgenden Schlüsselerkenntnissen vorstoßen:

„1.) Der Untergang droht nicht nur, er kommt sogar unweigerlich. 2.) Es ist völlig klar, was zu geschehen hat, es hört nur keiner auf mich. 3.) Die Deutschen und ihre politische Elite (das ‘rechte – wahlweise ‘nationale – Lager’) werden erstens ausgegrenzt, zweitens bewußt mißverstanden und sind drittens grundsätzlich Opfer. 4.) Es hat alles sowieso keinen Sinn, die da oben machen eh, was sie wollen, und eigentlich sollten wie lieber eine neue Partei gründen oder einen Fernsehsender haben, sonst kann man sowieso einpacken.“

Genauso würden die rechten Hypochonder mit ihrer „selbstmitleidigen Konsumentenmentalität“ vor sich hin jammern. Dabei könne doch buchstäblich jeder etwas tun, einerlei, ob er nun in seinem Lebensumfeld klar seine Meinung sage und nicht feige schweige, ob er eine kleine Initiative, einen Gesprächskreis gründe oder an ihm mitwirke, oder ob er sich an der Verbreitung „nonkonformer Literatur und Publizistik“ beteilige. So manches in der geistig politischen Auseinandersetzung sei ohnehin bereits erreicht worden. Welcher linke Aufsatz habe ein so nachhaltiges Aufsehen erregt wie der „Anschwellende Bocksgesang“ von Strauß? Welches Buch habe über Monate eine Debatte bestimmt wie der Sammelband „Die selbstbewußte Nation“<sup>31</sup>?

Auch nach dem Epochenjahr 1989 seien es die „linksliberalen Sesselhocker“ und „moralisierenden Betroffenheits-Schwätzer“, die unser Land mit einer

---

29 Mölzer, A.: Was bedeutet national-liberal, in: JF 30.6.1995, S. 11

30 Stein, D.: Rechte Hypochonder, in: JF 1.9.1995, S. 2

31 Spitzauer faßt am 1.12.1995 einen Vortrag von Schwilk, den dieser vor dem „Freiheitlichen Akademikerverband“ in Salzburg hielt, zusammen. Auf jener „Veranstaltung über die sogenannten ‘89er““ habe der Journalist von den bekanntesten Versuchen auf „konservativer“ Seite, den Meinungsbildungsprozeß in Deutschland im eigenen Sinne zu beeinflussen, berichtet: „dem Plan, die Tageszeitung Die Welt zu einem konservativen Blatt zu machen, der Herausgabe des Bandes ‘Die selbstbewußte Nation’ sowie vom ‘Appell wider das Vergessen’ zum 8. Mai 1945.“ Sogar über eine eigene Parteigründung, etwa nach dem Vorbild der Forza Italia, werde langfristig nachgedacht, so Schwilk nach Spitzauer. Diese Möglichkeit stelle aber nur eine von drei Varianten für die Umsetzung rechter Politik dar: „Zu den anderen beiden Varianten zählen das Eindringen rechter Kräfte in die Unionsparteien und die ‘Umpolung der FDP auf einen nationalliberalen Kurs’.“ (Spitzauer, F.: Langfristige Strategie, flexible Taktik, in: JF 1.12.1995, S. 4)

„Unkultur der Geist- und Vernunftlosigkeit sowie mit realitätsfremden „Politiksimulationen“ überzogen, schimpft Bubik<sup>32</sup> am 22.9.95. Ihnen wolle sich nun eine neue Generation entgegenstellen:

„Unter ihnen sind (National-) Liberale, die Meinungsfreiheit und die Rückkehr zum politischen ‘Common sense’ einfordern. Es treten Konservative auf, die angesichts allgemeiner Auflösung ihre Wertvorstellungen nicht mehr ‘bewahren’ können, sondern ihnen wieder Geltung verschaffen müssen.“

Eingefunden hätten sich aber auch romantisierende Rechte, deren Denken eher ästhetisch als politisch definiert sei und die ihr Betätigungsfeld oft auf kulturellem Gebiet sähen. Nicht zuletzt die JF begehre bewußt polarisierend gegen die „Denk- und Sprechverbote des 68er Establishments“ auf „– hier sprechen wir. Wir 89er<sup>33</sup>.“:

„Mit der ‘Political Correctness’ als institutionalisierter und modifizierter Form linken Totalitarismus wollen sie sich nicht abfinden. Die 89er haben den für eine lebendige Demokratie notwendigen Mut zum Tabubruch – egal, ob es um ‘multikulturelle Gesellschaft’, den ‘freien Markt’ oder Geschichtsdeutungen geht.“

In dem Buch „‘Wir 89er. Wer wir sind und was wir wollen’“, erschienen 1995 in Berlin, finde sich alles wieder, was Deutschland vermissen lasse, lobt A. Willig<sup>34</sup> am 27.10.95: „Mythos, Heroentum, Transzendenz, Glauben, Idee, Sinn, Form und Geheimnis. Kurz, ‘all die hohen Werte’ (Bubik), die das Abendland in seiner langen Geschichte hervorgebracht hat.“ Man müsse sich aber schon fragen, was daran so neu sein solle, daß ihre Verbreiter den Titel einer neuen Generation der „89er“ verdienen würden. Nietzsche etwa hätte dergleichen schon 1889 formuliert:

„Was uns viel mehr interessieren würde, ist, ob die 89er eine Antwort zu geben wüßten auf die angesichts ‘rücksichtsloser Konsumbefriedigung’, ‘grenzenloser Beliebigkeit’ und ‘purem Hedonismus’ immer wieder gestellte Frage: Warum nicht? Was soll schlecht sein am ‘angenehmen Leben’?“

Erhellendes hätten die „89er“ hier nicht zusammengetragen:

„Nicht ‘wer wir sind und was wir wollen’, ist [...] die Frage, die die Öffentlichkeit zu interessieren hat, sondern was notwendig ist und was wir dazu tun können. Dabei gewinnen dann klassische Tugenden wie Tapferkeit, Selbstdisziplin, Verzicht oder Gemeinschaftsgeist ganz von selbst ihre Aktualität.“

Das Ziel einer ernstzunehmenden demokratischen Rechten könne nur darin bestehen, wiederholt R. Bubik<sup>35</sup> am 29.3.96, nach gesellschaftlicher Akzeptanz zu streben und dieses Land mitzuregieren. Das wäre die „Meßlatte für

---

32 Bubik, R.: Die 89er fordern heraus, in: JF 22.9.1995, S. 1 --- Vgl. Liebermann, F.: Volkswille und Plebiszit, in: JF 13.10.1995, S. 11; das JF-Interview mit R. Bubik: „Wir müssen auf die Leute zugehen“, in: JF 17.11.1995, S. 3

33 Vgl. Stein, D.: Es ist noch nicht erreicht, in: JF 13.10.1995, S. 2; Rossetti, O.: Anleitung zur erfolgreichen Diskursteilnahme, in: ebd., S. 20; Richard, P.D.: Die nächste Generation, in: ebd., S. 23

34 Willig, A.: Warum nicht, in: JF 27.10.1995, S. 14

35 Bubik, R.: Die Feuertaufe steht noch aus, in: JF 29.3.1996, S. 2

‘Erfolg’<sup>36</sup>. In Baden-Württemberg sei die „seriöse Arbeit“ des Republikaner-Vorsitzenden Schlierer bereits honoriert worden. Jedoch müsse dieser sich nun mit Vehemenz der „Agitation von ‘rechts’“, die unter der „plakativen Formel der ‘Einheit aller Rechten’“ den Zusammenschluß von NPD, DVU, anderer Rand-Gruppierungen sowie der Republikaner propagiere<sup>37</sup> und damit suggeriere, daß „‘Einigkeit’“ stärke, entgegenstemmen. „‘Einigkeit’“ ergebe nämlich nur dann Sinn, wenn auch hinsichtlich der Ziele eine gewisse Konvergenz bestehe. Die sei aber mit „Verbal-Radikalen“ nicht ersichtlich.

K. Weißmann<sup>38</sup> beschäftigt am 25.10.96 die Frage, warum es immer wieder Linke nach rechts ziehe. Erinnert sei nur an Günter Maschke, Strauß oder Bernard Willms<sup>39</sup>. Nun, zunächst einmal gelte es zu beachten, daß es relativ unfruchtbar sei, den Gegensatz von „‘links’ und ‘rechts’“ auf Fortschritt und Revolution einerseits, Bewahrung und Verteidigung der Ordnung andererseits zu verkürzen. Die ideologischen Fehler der beiden gegensätzlichen Weltanschauungen würden eher durch gewisse Schlüsselvorstellungen bestimmt: „Gleichheit – Entfaltung – Utopie<sup>40</sup> – Kritik für die Linke, Differenz – Verantwortung – Tradition – Autorität für die Rechte.“ Wenn ein Gemeinwesen Zerfallserscheinungen zeige oder von außen bedroht werde, wachse die Anziehungskraft der Rechten:

„Die Rechte versteht sich als *Staatspartei* schlechthin, die Ordnung schafft, sie aus der Überlieferung legitimiert, die Eliten erneut an ihre Pflicht gegenüber Gott oder dem Sittengesetz erinnert (Nur nebenbei: insofern war Hitler selbstverständlich ein Linker! [!]).“

Der Historiker setzt alle seine politischen Hoffnungen auf den „Konservatismus der Basis“. Ohne den „Wiedervereinigungsnationalismus von unten“ östlich der Elbe und die billigende Inkaufnahme der Einheit durch den einfachen Mann westlich der Elbe hätte sich die Regierung kaum gegen die Widerstände in den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten durchsetzen können, ohne die drohende Abwendung der Wähler von den etablierten Parteien bei Aufrechterhaltung des alten Asylrechtes wäre es niemals zu dessen Änderung

---

36 Vgl. Hinz, T.: Jenseits der Ideologien, in: JF 15.12.1995, S. 2; Stein, D.: Wer bestimmt die Zukunft, in: JF 5.1.1996, S. 1; Kunze, K.: Wir Autonomen, in: JF 2.2.1996, S. 13; Volz-Winckler, J.: Jenseits ideologischer Grenzen [= Buchbesprechung], in: ebd., S. 17; Stein, D.: Abschied der großen alten Männer, in: JF 26.7.1996, S. 2

37 Vgl. Beier, Karsten: Signale aus den Hinterzimmern, in: JF 12.4.1996, S. 5; Thaler, T.: Wenn Gerhard Frey Postminister wird, in: JF 6.9.1996, S. 6; Reißmann, H.-P.: Alle wollen wissen: Wer wird der zweite Haider, in: JF 31.10.1996, S. 5; „Der definitive JF-Haider-Test“, in: ebd.; das JF-Interview mit H. Mahler: „Ein Netz von Aktivisten“, in: JF 8.1.1999, S. 5

38 Weißmann, K.: All right! Nothing left, in: JF 25.10.1996, S. 13 --- Vgl. Reißmann, H.-P.: Nervensägen von rechts, in: JF 7.3.1997, S. 1

39 Zu Bernard Willms vgl. Waldstein, Thor v.: Zwischen Hobbes und Hegel, in: JF 4/1991, S. 4; Willms, B.: Nationale Wirklichkeit [= Nachdruck aus B. Willms' Buch „Die deutsche Nation. Theorie - Lage - Zukunft“], in: JF 8.8.1997, S. 15

40 Vgl. beispielsweise Böhme, J.: Abschied vom Gestern, in: JF 6/1992, S. 11

gekommen. Eine Rechte müsse jedoch unbedingt demokratisch sein, andernfalls werde sie nämlich gar nicht sein. Allerdings bleibe ihr die Illusion versagt, daß das Volk als solches gütig und weise sei, aber es gebe wenigstens ehrlichen Respekt und Abneigung gegen Wünsche nach einer „Erziehungsdiktatur“, im Namen welcher edlen Ziele immer.

Wer durchbreche hierzulande die atomisierte Szenerie, in der es dutzende landsmannschaftliche Treffen, hunderte konservative Zirkel, tausende von Jugendgruppen und Studentenverbindungen gebe, sowie eine Vielzahl von Verlagen, Zeitschriften, Zeitungen, fragt sich D. Stein<sup>41</sup> am 30.5.97. Wer stelle Öffentlichkeit her, wenn einige immer noch „in Hinterzimmern ‘sammeln‘“ wollten<sup>42</sup>?

Nach den Bürgerschaftswahlen in Hamburg<sup>43</sup> könne besser beurteilt werden, welcher Partei bei der Bundestagswahl die „Konzentration aller nationalen Kräfte“ zu gelten habe, schreibt Alfred Mechtersheimer<sup>44</sup> am 15.8.97. Dann seien Gemeinsamkeit, der Verzicht auf eigene Interessen sowie die Preisgabe von Vorbehalten gegenüber der ausgewählten Partei gefordert.

Dem widerspricht D. Stein<sup>45</sup> am 19.9.97. Es müsse scharf differenziert werden, legt er fest, denn nationalliberale, rechtskonservative und rechtsradikale Parteien würden durchaus unterschiedliche Wählerschichten ansprechen, „wobei mitnichten alle im selben Revier wildern und in einen Topf gehören“. Dem BFB beispielsweise gelinge es am ehesten, im „bürgerlich-reputierlichen Milieu“ ehemaliger FDP- und CDU-Wähler Anhänger zu sammeln. Er reaktiviere eine in Deutschland lange verschüttete „national-liberale Tradition“. Die Republikaner würden das „klassisch national-konservative Wählerlager“ nebst einem wechselnden Protestpotential aus allen Schichten erreichen. Die DVU schließlich sei das Marketingprojekt eines einzelnen Mannes, der sich selbst stets gewinnorientiert als „‘letzte Rettung‘ der Mühseligen und Beladenen“ präsentiere.

Genau diese Rechnung sei auch diesmal aufgegangen, kommentiert Stein<sup>46</sup> am 26.9.97 die 4,97 % der Stimmen für die DVU bei den Wahlen in Hamburg<sup>47</sup>.

---

41 Stein, D.: Hoffnung auf Wechsel, in: JF 30.5.1997, S. 1

42 In einem Interview hierzu betont Rohrmoser, in Deutschland finde eine faktische Gleichsetzung und die daraus resultierende Gleichbehandlung von konservativ und rechts bis faschistisch statt: „Jemand, der eine normale, patriotische Regung zum Ausdruck bringt, gerät damit bereits unter Faschismusverdacht.“ (Vgl. das JF-Interview mit G. Rohrmoser: „Ein Vakuum rechts von der Mitte“, in: JF 8.8.1997, S. 3)

43 Vgl. Stein, Dieter / T. Thaler: Schlacht um Hamburg, in: JF 25.7.1997, S. 1; Stein, D.: Hamburg als Test, in: ebd., S. 2; Stadel, Mario: „Das ist glatter Wahnsinn“, in: ebd., S. 6; Stein, D.: Voscherau wirbt für die DVU, in: JF 5.9.1997, S. 2

44 Mechtersheimer, A.: Gemeinsamkeit, in: JF 15.8.1997, S. 1

45 Stein, D.: Hamburg leuchtet, in: JF 19.9.1997, S. 2

46 Ders.: Eine Protestwahl, in: JF 26.9.1997, S. 2

47 Vgl. das JF-Interview mit G. Rohrmoser: „Selbst ruiniert und dezimiert“, in: ebd., S. 3;

Viele Bürger, insbesondere in den Problemvierteln, hätten ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. Und dieser Unmut müsse sehr groß gewesen sein, gebe es doch eine „gewisse Ekelgrenze“ zu überwinden, um die DVU zu wählen.

Wenn sich in Deutschland etwas ändern solle, würden intellektuelle Debatten nicht ausreichen<sup>48</sup>, es brauche vorzeigbare parlamentarische Alternativen zum gegenwärtigen Angebot in Bonn, fordert der Chefredakteur<sup>49</sup> am 17.10.97. Hier seien die Republikaner gefordert. Diese müßten sich nur endlich öffentlichkeitswirksam der modernsten Methoden der Massenkommunikation bedienen<sup>50</sup>.

Fassunglos kommentiert Stein<sup>51</sup> am 1.5.98 das überraschend gute Abschneiden der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen Anhalt. Die Tatsache, daß 13 % der Wähler, darunter 30 % der Wähler unter 30 Jahren, eine Partei auf dem Stimmzettel ankreuzen, deren Kandidaten niemand kenne, deren eigentliches Programm schleierhaft bleibe und die im Land durch Abwesenheit glänze, unterstreiche, schreibt er, welches politische Erdbeben sich hinter diesem Erfolg verberge<sup>52</sup>.

---

Borchert, H.: Umfassender Boykott, in: ebd., S. 5; o.A.: Hobby eines Millionärs, in: ebd.; Stein, D.: „Der Wähler hatte die Schnauze voll“, in: ebd., S. 6

48 In einem Interview kritisiert Maschke die Intellektuelle Rechte scharf: „Auch die Rechte glaubt heute an die Volkssouveränität und sei sie sogar vulgärouseautistisch: das Volk ist gut. Bei ihr ist aber nicht der Kapitalismus schuld, sondern die Vergangenheitsbewältigungsindustrie oder die Alliierten oder das korrupte Fernsehen. Doch muß man wohl zugeben, daß das deutsche Volk seelisch und intellektuell völlig verkrüppelt und heruntergekommen ist; es ist um keinen Deut in einem besseren Zustand als die politische Klasse.“ (Vgl. das JF-Interview mit G. Maschke: „Die Genußsucht wird mit Zerknirschung bezahlt“, in: JF 31.10.1997, S. 4f.) --- Vgl. Stein, D.: Scharfe Debatten, in: ebd., S. 2

49 Stein, D.: Ruck durch die Rechte, in: JF 17.10.1997, S. 2

50 Vgl. o.A.: Schwingungen für die Besinnung, in: JF 10.10.1997, S. 5; o.A.: Kooperation nicht ausgeschlossen, in: ebd.; Stoltz, R.: Die Basis verbreitern, in: JF 17.10.1997, S. 4; Ribmann, H.-P.: Ausländer zum Vorbild nehmen, in: JF 7.11.1997, S. 5 --- Vgl. ergänzend beispielsweise die von der „Initiative Pro D-Mark“ geschalteten Anzeigen „Europa ja - aber Euro nein!“ bzw. „Der Euro kommt nicht!“, in: JF 30.5.1997, S. 7 bzw. JF 8.5.1998, S. 9

51 Stein, D.: Flügelschlagen im Osten, in: JF 1.5.1998, S. 1 --- Vgl. ders.: Wie geht es weiter, in: ebd., S. 2; Knütter, H.-H.: Wozu Feinde, in: JF 8.5.1998, S. 1

52 Im Mai 1998 druckt die JF einen Beitrag von Schacht und Schwilk nach. In der sog. „Polemik“ heißt es mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sowie den „DVU-Wahlsieg“, hier sei das Potential sichtbar geworden, das hinter den Fassaden des „kleinbürgerlichen Demokratiedefätismus“ schlummere: „Eine Hohlladung, die ihre maximale Explosivkraft aus der völligen Entleerung aller Politbindungen und Wertorientierungen bezieht.“ In den „hingeworfenen Propaganda-Brocken“ der Frey-Partei hätten die Protestwähler Konturen einer alternativen Politik erkannt, in der es um ihre eigenen Interessen zu gehen scheine: Arbeitsplätze, Asylantenproblematik, innere Sicherheit, Euro und EU-Transfer. Zur traurigen Regel fast aller deutschen Politiker, auf diese existentiellen Fragen nur mit „Heuchelei“ und „Wortschaum“ zu antworten, gehöre zugleich die Unverfrorenheit, alles legitime Verlangen danach als rechtsextremistisch zu stigmatisieren. Exakt hier, im „pathologischen Verfallskern aller deutschen Gegenwartspolitik“, wuchere „parasitär“ die Frey-Partei mit ihren „dema-gogischen Kurzformeln“. (Schacht, U. / H. Schwilk: Stoppzeichen für die Etablierten



Was um Himmels willen aber, fragt sich Stein<sup>53</sup> am 5.6.98, bewege Mechtersheimer, den „Friedensforscher“ und ehemaligen Bundestagsabgeordneten für die Grünen, dazu, mit Frey über eine mögliche Kandidatur auf Wahllisten der DVU zu verhandeln<sup>54</sup>? Dem Chefredakteur ist das unbegreiflich:

„Es ist nicht so, daß das, was Frey und die DVU verkörpern, etwa schrecklich radikal wäre. Frey ist mit seinem spießbürgerlichen Chauvinismus der erschreckend harmlose Sparringspartner des Bonner Kosmopolitismus und des ‘Weiter so’.“

Er treibe die „Korruptierbarkeit“ einer Partei durch eine einzelne Person nur auf die Spitze: „Frey ist nicht zuletzt ein unappetitlicher Antisemit und Apologet des Dritten Reiches, der alles ‘Nationale’ seit Jahrzehnten diskreditiert hat.“

Am 12.6.98 fordert T. Thaler<sup>55</sup> eindringlich dazu auf, man sollte sich endlich jenen Fragen stellen, die von dem DVU-Ergebnis in den Hintergrund gedrängt worden seien: „Was ist ‘rechts’? [...] Gibt es hierzulande überhaupt ‘die Rechte’?“ Wo lägen die Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede? Es genüge nicht, hundertfach gebrauchte Standardantworten hierauf herunterzubeten: „Ausländerzuzug stoppen! Kriminalität bekämpfen! Arbeitslosigkeit beseitigen! D-Mark behalten! Meinungsfreiheit für alle!“ Statt sich in Nischen zu verschanzen und die „Kultur der Postwurfsendung“ zu pflegen, komme es in Schule und Universität, am Arbeitsplatz, im Freundes- und Bekanntenkreis auf das geistige „Eindringen in sinnentleerte Räume“ an, auf die gedankliche Vertiefung von Begriffen und Positionen, die ihrer ursprünglichen Bedeutung entkleidet worden seien. Der Anschluß an einen Mehrheitsdiskurs<sup>56</sup> bleibe für demokratische Rechte unverzichtbar.

Im Grunde sei die Sache doch ganz einfach, verkündet W. Olles<sup>57</sup> am 26.6.98: „‘Rechts’ ist Ordnung, Schönheit und Ästhetik, ‘links’ Chaos und Kult des Häßlichen.“ Jenseits diffuser Organisationszusammenhänge und „Runder Tische“, an denen von skurrilen Bündnissen geträumt werde, denen eine „sogenannte Neue Rechte“ dann den theoretischen Segen zu geben hätte, sei und bleibe eine Rechte primär der Feind aller egalitären Massengesellschaften, der leidenschaftliche Gegner spießbürgerlicher Moral und Kultur, behaupte ihre Abneigung gegenüber dem Jargon von Börsenmaklern und ihre Sympathie mit Utopien, die auf „das Ganze“ zielen würden. Bis heute habe die deutsche

---

[= entnommen der Zeitschrift „Gegengift“, Heft 9 vom 1.5.1998], in: JF 8.5.1998, S. 7

53 Stein, D.: Gewieft Taktiker, in: JF 5.6.1998, S. 2

54 Zu dem bereits früher entflammten Richtungsstreit innerhalb des „Friedenskomitees 2000 für Entmilitarisierung, Truppenabzug und Selbstbestimmung“, der sich an der Frage entzündete, ob man eine offizielle und organisierte Zusammenarbeit mit den Republikanern suchen solle, vgl. Stolz, R.: Wege jenseits der alten Sackgassen [= ursprünglich ein für die Zeitschrift „Frieden 2000“ verfaßter Artikel], in: JF 30.1.1998, S. 6; ders.: o.T., in: ebd.; das JF-Interview mit A. Mechtersheimer: Zersplitterung noch in 100 Jahren, in: ebd.

55 Thaler, T.: Bankrotterklärung, in: JF 12.6.1998, S. 2

56 Vgl. Mahler, H.: Neue Politik, in: JF 19.6.1998, S. 2

57 Olles, W.: Gemeinsame Werte, in: JF 26.6.1998, S. 2

Rechte jedoch nicht geklärt, wie in einer anonymen, pluralistischen Gesellschaft überhaupt ein Wir-Gefühl entstehen könne, welche moralphilosophischen und sozialpolitischen Ansätze für die kulturellen Besonderheiten einer überschaubaren und auf gemeinsame Werte verpflichteten Gemeinschaft notwendig seien, was sie der „Traditionsvergessenheit“ der Frankfurter Schule im Sinne von Hegels Gedanken der „substantiellen Sittlichkeit“ entgegenzusetzen hätte, welchen Lebenssinn sie den Menschen vermitteln müßte:

„In ihrer Kritik am Liberalismus und der vielfältigen Globalisierung hätte sie statt dessen für ein Gegengewicht zu plädieren, das sich für die gewachsenen Lebensformen kleinerer Gesellschaftseinheiten und für die in ihnen gestifteten Bindungen einsetzt.“

Unübersehbar bleibe überdies, daß viele der heute als radikal rechts eingeordneten Positionen noch vor zwei Jahrzehnten als „gut bürgerlich“ gegolten hätten, fügt P. Krause<sup>58</sup> am 21.8.98 hinzu. Die Rede vom „Rechtsruck“ sage so eigentlich etwas über den „politisch-mental Linksschwenk“ der deutschen Gesellschaft aus. Problematisch sei zudem, daß das Wort „Rechtsruck“ eine Bewegung suggeriere, ein geschlossenes rechtes Weltbild, und damit ein beinahe mythisches Feindbild schaffe, das von den vielfältigen realen Gründen für das Wählen rechter Parteien ablenke. Ein stringentes Weltbild aber gebe es nicht und es werde auch nicht „imaginierbar“ sein. Über die Nation hinausgehende Integrationsbegriffe würden fehlen. Und doch bestehe eine reelle Chance für die Rechte, parlamentarische Kraft zu werden. Als Wähler müsse man sich nur genau überlegen, was man wolle. Ein „ideologisch stimmiges Paket“ könne keine der politischen Parteien in Deutschland anbieten. Der Wähler bekomme etwa Ökologie nur zusammen mit Abtreibung und linker Phraseologie, ein konservatives Schulsystem nur mit mehr Autobahnen und außenpolitischer Servilität oder liberale Steuerpolitik nur ohne „Lauschangriff“, aber mit doppelter Staatsbürgerschaft. Er müsse zunehmend abwägen zwischen seinen wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie seinem Instinkt, seinem Habitus. Einige Parteien auf der Rechten hätten immerhin erkannt, daß sich nur mit Ideologemen keine Wahlen gewinnen ließen und daß es gerade in krisenhaften Zeiten zuerst um die Wirtschaft gehe. Mit der nationalen Frage sei keine Politik zu machen, so die Nation bloß als eine geschichtlich verwurzelte kollektive Identität gelte. Anders sehe die Sache aus, wenn die Nation zugleich als Schutzraum einer sozialen Gemeinschaft und ihres Wohlstandes vorgestellt werde, wenn sich nationales und soziales Denken verbänden, wenn plausibel gemacht werden könne, daß Wohlfahrt und soziale Sicherheit nur im Rahmen einer gewachsenen Solidargemeinschaft zu erhalten seien<sup>59</sup>. Zu den Wahlaussichten der beiden Hauptkonkurrenten, also zu den Republikanern und der DVU, äußert sich der Autor, an Nietzsche vermeintlich geschult, ebenfalls: „Die Partei mit dem

---

58 Krause, P.: Radikaler, sozialer, banaler, in: JF 21.8.1998, S. 6

59 Vgl. Geldszus, O.: Die linke Kritik von rechts, in: JF 24.7.1998, S. 6

größten Willen zur Macht wird den größten Erfolg am Rand haben. Es ist mittlerweile nicht mehr politisch störend, sich antibürgerlich, unfein zu geben.“ Eher schon sei das Gegenteil richtig. Ein „seriöser Stil“, wie ihn der Republikaner-Vorsitzende Schlierer pflege, wirke in den Augen der entschlossenen, die Gunst der Stunde witternden Rechtswähler „volksfern, [...] halbrechts, etwas unentschieden“. Die DVU geriere sich in dieser Hinsicht „rechter“. Mit ihren allzu einfachen Antworten verbreite sie den „schlichten Mythos von der Macht des Politischen und Überschaubaren“. Deshalb werde sie gewählt<sup>60</sup>.

Für einen Aufbruch von unten, jenseits des sattsam bekannten Lagerdenkens, wirbt am 4.9.98 Rolf Stolz<sup>61</sup>. Er glaubt, eine Art von Brückenschlag vor seinem geistigen Auge, es gebe genügend Gründe, sich offen zur Linken oder zur Rechten zu bekennen und nicht „bewußtlos und willenlos mitzutreiben in einer konturenlosen ‘Mitte’“. So könne beispielsweise niemand glaubwürdig für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker eintreten und das Selbstbestimmungsrecht seines Volkes verneinen. Umgekehrt gelte aber selbstverständlich das gleiche. Weiter heißt es:

„Niemand kann ernsthaft den Frieden verteidigen wollen und es billigen, daß Deutschland ein mit atomaren Waffen vollgestopftes Pulverfaß bleibt, das jeden Moment explodieren kann. Niemand kann beanspruchen, ein Demokrat zu sein, wenn er die Überreste der Nachkriegs‘ordnung‘ und die Hegemonie der einen Rest-Supermacht nicht überwinden, wenn er Deutschland nicht ganz befreien und innerlich einigen will.“

Gemeinsamkeiten ließen sich aber noch darüber hinaus erkennen. Die demokratische Linke, die mit der „staatssozialistisch-stalinistischen Pseudolinken“ soviel gemeinsam habe wie der „freiheitsliebende Sozialismus“ Rosa Luxemburgs mit dem „‘Nationalsozialismus‘ des Herrn aus Braunau“, und die „demokratische Rechte (also alle die, die sich nicht als Weißwäscher und Wiederbeleber an der stinkenden Leiche des Faschismus versuchen, die weder in Schönhuberei verfallen, noch Freiheit als *Freyheit* [Hervorhebung R.S.] schreiben)“, könnten sich trotz vieler Gegensätze im Detail vielleicht doch auf ein großes Ziel einigen, nämlich auf ein anderes, ein „grundlegend demokratisches“, ein starkes und selbstbewußtes, ein friedliches und „real solidarisches“ Deutschland in einem relativ einigen, aber absolut nicht einfarbigen Gesamteuropa:

„Nur ein solches Europa souveräner Gemeinwesen (und das bedeutet auf absehbare Zeit: demokratischer Nationalstaaten) ist eine reale Alternative sowohl zum antidemokratischen Modell eines von den Multis dominierten europäischen Superstaats, der

60 Zum Angebot Freys an Schönhuber, auf der bayerischen Landesliste der DVU als Spitzenkandidat zu firmieren, vgl. Stein, D.: Rechte im Bundestag, in: JF 7.8.1998, S. 1; Ribmann, H.-P.: Materialschlacht um die Urne, in: ebd., S. 6; Artern, Heinrich W.: Experten unter sich, in: ebd., S. 7; Philip, F.: Zwei Erbfeinde haben sich lieb, in: JF 28.8.1998, S. 6; Uebach, C.: Pleiten, Versager, Bankrotteure, in: ebd.

61 Stolz, R.: Aufbruch von unten, in: JF 4.9.1998, S. 2 -- Vgl. das JF-Interview mit R. Schlierer: „Wir stehen nicht rechtsaußen“, in: ebd., S. 3; Wehl, R.: Was ist heute „national“, in: ebd., S. 16; Olles, W.: Die eigene Krise ermessen, in: JF 11.9.1998, S. 16

notwendig zum totalüberwachten Zentralstaat würde, als auch zu der rückwärtsge-  
wandten Hoffnung auf eine Wiederherstellung des alten rein christlichen Abendlandes  
und des alten rein deutschen Deutschlands.“

Ergänzend hierzu veröffentlicht das Blatt am 18.9.98 die Ergebnisse einer  
Umfrage, an der sich nach eigenen Angaben annähernd 500 JF-Leser beteiligt  
hatten. H.-P. Reißmann<sup>62</sup> schreibt, den Einzug einer Rechtspartei in den Bundes-  
tag würden erwartungsgemäß fast alle Leser begrüßen. Nach Wunsch der Leser  
sollten dies die Republikaner sein (66,4 %), gefolgt vom BFB (51,3 %) und der  
DVU (23 %). Interessant sei zudem das Ergebnis bei der Frage nach den politi-  
schen Führungspersonlichkeiten in Deutschland<sup>63</sup>. Hier genieße Brunner die  
größte Beliebtheit (76,9 %), gefolgt von Schlierer (70,6 %), Stoiber<sup>64</sup> (61,7 %),  
Schönhuber (34 %), Frey (16,2 %), Kohl (13,1 %), Gerhardt (9,4 %) und  
Schröder (6,3 %).

Zusammenwachsen könne nur, wiederholt D. Stein<sup>65</sup> in der gleichen Ausgabe,  
wenn man wisse, was zusammengehöre: „Der Appell an Ressentiments und  
nationales Pathos reicht als gemeinsamer Nenner nicht aus – auf dieser Klavia-  
tur wird im Moment von rechten Wahlbündnissen landauf landab gespielt<sup>66</sup>.“

Immerhin gebe es doch eine prächtige Geistestradiation von rechts, von Pareto  
über Jünger bis Gehlen, lobt Stein<sup>67</sup> am 25.9.98. In unseren Tagen, kurz nach  
den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock, Hoyerswerda, Mölln  
1992 und der entflammten Diskussion um eine „Gefahr von rechts“, habe sich  
Strauß um eine dichterische Definition dieses Begriffs verdient gemacht. Der  
Chefredakteur zitiert:

„Rechts zu sein, nicht aus billiger Überzeugung, aus gemeinen Absichten, sondern von  
ganzem Wesen, das ist, die Übermacht einer Erinnerung zu erleben: die den Menschen  
ergreift, weniger den Staatsbürger, die ihn vereinsamt und erschüttert inmitten der  
modernen aufgeklärten Verhältnisse [...].“

Die „Durchdrungenheit“ bedürfe nicht „der abscheulichen und lächerlichen  
Maskerade einer hündischen Nachahmung, des Griffs in den Secondhandshop

62 Reißmann, H.-P.: Wie geht es weiter nach dem 27. September, in: JF 18.9.1998, S. 3 --- Vgl.  
Motschmann, K.: Absurditäten, in: ebd., S. 1

63 Mehrfachnennungen waren möglich.

64 Zur Landtagswahl in Bayern Stein, D.: Sieg über den rechten Flügel, in: JF 18.9.1998, S. 1

65 Stein, D.: Wunsch und Wirklichkeit, in: JF 18.9.1998, S. 2

66 Vgl. das JF-Interview mit G. Rohrmoser: „Unfähigkeit und Versagen“, in: JF 18.9.1998,  
S. 4; das JF-Interview mit F. Schönhuber: „Was fällt, soll man nicht stoßen“, in: ebd.; das JF-  
Interview mit R. Schlierer: „Alle müssen Federn lassen“, in: ebd., S. 5; das JF-Interview mit  
M. Brunner: „Vereinte Rechte ist Unsinn“, in: ebd. --- Bei den Bundestagswahlen erzielten der  
BFB 0,2 %, die DVU 1,2 %, die NPD 0,3 % und die Republikaner 1,8 %. (JF 2.10.1998,  
S. 10) --- Vgl. Bublik, R.: Rechte nach der Wahl, in: ebd., S. 2; das JF-Interview mit H.  
Schwilk: „Der Weg von Bonn nach Berlin ist ein Weg ins Freie“, in: ebd., S. 4 f.; Quast, G.:  
„Ausgesprochen miserabel“, in: ebd., S. 6; Reißmann, H.-P.: Im Südwesten zugelegt, in: ebd.;  
Thaler, T.: Visionen sind Realität von morgen, in: ebd.; Uebach, C.: Einzelne Hochburgen, in:  
ebd.

67 Stein, D.: Mehr Streit um Inhalte, in: JF 25.9.1998, S. 16

der Unheilsgeschichte“<sup>68</sup>. Es handle sich um einen anderen „Akt der Auflehnung“ gegen die „Totalherrschaft der Gegenwart, die dem Individuum jede Anwesenheit von unaufgeklärter Vergangenheit, von geschichtlichem Gewordensein, von mythischer Zeit rauben und ausmerzen [!] will“<sup>68</sup>. Unabhängig davon, fährt der Chefredakteur fort, brauche die Rechte unbedingt mehr Streitkultur. Geklärt werden müßten endlich solche Fragen wie: 1. Welche Idee der Gemeinschaft verberge sich hinter dem Begriff der Nation? Wie sähen rechte Entwürfe für die Integration von Ausländern aus? 2. Wie ernsthaft meine es die Rechte, wenn sie die soziale Frage stelle? Wer trage die Verantwortung für die unkontrollierte Einwanderung? 3. Wie stehe es um das demokratische Selbstverständnis der Rechten? Sei beispielsweise die Forderung nach Volksentscheiden nur Mittel zum Zwecke?

Ebenfalls für eine „Klärung des Begriffs ‘rechts’“ setzt sich am 2.10.98 M. Wiesberg<sup>68</sup> ein. Er meint, „rechtes‘ Denken“ werde stets durch ein eher „pessimistisches Menschenbild“ charakterisiert sein und insistiere daher auf funktionierende Ordnungsstrukturen: „Nur diese können die Unberechenbarkeiten des ‘organischen Mängelwesens’ Mensch (Arnold Gehlen) einhegen und ein stabiles Gemeinwesen garantieren.“ Insbesondere „das Religiöse“ und „das Nationale“ würden das Individuum in einen größeren Rahmen stellen, was insbesondere in den „ich-orientierten Gesellschaften“ der westlichen Hemisphäre eminente Bedeutung besäße. Eine solche Sichtweise sei die unüberbrückbare Trennlinie zum „anthropozentrischen ‘liberalen’ oder ‘linken’ Weltbild“, das von der „natürlichen Güte“ des Menschen ausgehe und die „Schlechtigkeit“ immer in den gesellschaftlichen Verhältnissen suchen werde. Wie aber sehe nun die gesellschaftliche Wirklichkeit im Deutschland des Jahres 1998 aus? Wiesberg, der als „wissenschaftlicher Mitarbeiter der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Republikaner“ (JF) tätig ist, schreibt, die „totale Niederlage von 1945“ habe „im Zuge der *reeducation* [Hervorhebung M.W.] zur allmählichen Auflösung des Ordnungs- und Orientierungsrahmens der Nation als Gemeinschaft der Toten, Lebenden und Zukünftigen geführt“. Wenn dieser „Prozeß der geistigen Entortung“ zu einem Ende gekommen sein werde, dann könne man von den Deutschen nicht mehr als Volk sprechen. Der Akzentwechsel vom Volk hin zur Gesellschaft sei in diesem Zusammenhang bezeichnend. Während das Volk eine geschichtlich gewachsene Gemeinschaft darstelle, sei die Gesellschaft nur eine Ansammlung beliebiger Individuen, die aus aller Herren Länder stammen könnten. Wenn Stein nun nach den „Integrationskonzepten der ‘Rechten’ für die Ausländer“ frage, dann sei bereits die Fragestellung falsch: „Die Ausländer, die sich trotz der beispiellosen Sozialleistungen, die der deutsche Staat ihnen bietet, in Deutschland nicht integrieren können, wollen es auch nicht.“ Dies zeige ein Blick auf die in Deutschland lebenden Türken, die nicht bereit seien, irgendwelche Abstriche an

---

68 Wiesberg, M.: Selbstbehauptung, in: JF 2.10.1998, S. 14

ihrer „islamischen Identität“ zu machen. Das Kopftuch und die zunehmende Ghetto-Bildung würden in diesem Zusammenhang nur die auffälligsten Kennzeichen einer bewußten ethnischen Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft darstellen. Deshalb stehe aus rechter Sicht nicht die Integration von Ausländern im Vordergrund, sondern die Frage, wie diejenigen Ausländer, die sich in Deutschland nicht integrieren wollten, möglichst schnell wieder abgeschoben werden könnten. Eine solche Haltung habe nichts mit Sozialdarwinismus zu tun, sondern mit einem „überlebensnotwendigen Selbstbehauptungswillen“ und einer „konsequenten Politik im Sinne nationalstaatlicher Orientierung“. Rechte Politik müsse auf dem Nationalstaat insistieren, weil nur er jene Solidarität verbürge, die bisher größere soziale Spannungen vermeiden hätte können. Schon im Falle des „Finanztransfers nach Mitteldeutschland [!]“ würden sich die Grenzen der Solidarität zeigen. Vollends zerstört werde diese freilich, wenn Deutsche in einer Währungsunion demnächst Solidarität mit Sizilien üben sollten.

Gänzlich desillusioniert zeigt sich am 16.10.98 A. Willig<sup>69</sup>. In ihrem Beitrag „Abschied von rechts“ räumt sie ein, auch sie hätte jahrelang versucht, etwas Brauchbares zur politischen Theorie der Rechten zu Papier zu bringen:

„Trotz Philosophiestudium, trotz Lektüre von Nietzsche, Heidegger, Jünger und Carl Schmitt – es kam einfach nichts dabei raus. Bei anderen kam auch nichts heraus, aber sie haben das dann trotzdem veröffentlicht, ich erinnere mich nur an die unsäglichen ‘89er’.“

Manchmal müsse man eben umkehren, um weiterzukommen, nämlich dann, wenn man auf einem Irrweg sei: „Auf ein ‘Höheres’, heiße es Gott, Vaterland oder zukünftige Gesellschaft, wofür der Einzelne immer schlecht leben und schnell sterben soll, lassen sich die Leute nicht mehr ein. Sie wollen Befriedigung hier und jetzt.“ Und das müsse eben bezahlt werden. Geld regiere die Welt und mache daraus die von Humanisten gepriesene „one world“: „Dagegen kann man protestieren, man kann auch die atheistische, die materialistische, kapitalistische oder semitische Verschwörung dahinter suchen, aber ändern kann man daran nichts.“

Am 23.10.98 kritisiert J. Hatzenbichler<sup>70</sup>, in der JF laufe derzeit eine Debatte, von der man noch nicht einmal genau wisse, unter welchem Titel: „‘Was heißt heute ‘national’?‘ oder ‘Was heißt eigentlich ‘rechts’?‘“ Grob vereinfacht würden sich allein zum Stichwort „Nation“ folgende Standpunkte finden lassen:

„Für unsere ‘konservativen Kameraden’ ist die Nation das politische Subjekt; Innenpolitik ist ein Nebenschauplatz, das Primat hat die Außenpolitik. Für andere ist die Nation eine Gestaltungsvorstellung für die Lebenswirklichkeit eines Volkes.“

Da gebe es dann die „klerikal-autoritären ‘Kameraden’“, die sich einen „postmittelalterlichen Ständestaat“ wünschten, in dem die Hierarchien „natürlich“ gegliedert seien. Andere wiederum würden die Nation totaler setzen und von

69 Willig, A.: Abschied von rechts, in: JF 16.10.1998, S. 16

70 Hatzenbichler, J.: Apokalyptiker und Integrierte, in: JF 23.10.1998, S. 16

einer „Volksgemeinschaft‘ faschistischen Zuschnitts“ träumen. Ihnen allen hält Hatzenbichler entgegen, fatal seien diese Vorstellungen deshalb, weil rundherum überall nur mehr „Gesellschaft“ existiere: „Was an Nation zustande kommen soll, müßte erzwungen werden. Deswegen auch die autoritären Wunschträume, die anschwellen.“ In einem Rundblick dürften auch nicht jene Strömungen fehlen, denen man den „Begriff ‘Neue Rechte‘ aufgeklebt“ hätte. Diese wollten entweder den kontemplativen Rückzug in eine sehr „eigentlich-deutsche“ Beschaulichkeit oder eine CDU/CSU, die wieder den Platz der Rechten eindeutig ausfülle bzw. eine Rechtspartei, die eine „in die ‘Neue Mitte‘ entfleuchende CDU/CSU“ ersetze. Ihnen müsse man berechtigterweise folgende Fragen stellen: Wie wolle man bürgerliche Politik machen, wenn es kein Bürgertum mehr gebe? Und wen interessiere der „‘nationale Handelsstaat‘“ angesichts der Globalisierung? Hatzenbichlers Fazit fällt deutlich aus: Die Rechte verweigere sich zwar der „letzten Utopie“, aber im „Kampf gegen eine ‘Vergangenheit, die nicht vergehen will‘“ sei sie vielfach noch nicht in der Gegenwart angekommen. Daher rühre nicht nur ihre Leidenschaft für einen „unseligen Revisionismus“, der nicht wahrhaben wolle, was wahr ist, sondern auch ein elender Pessimismus, der kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen stets als Bedrohung empfinde. Und so denke sich „die‘ Rechte“ dann ein deutsches Volk, das so höchstens historisch existiert habe, und das nicht in dieser Eindeutigkeit.

Wiesberg habe sich vorgenommen, mischt sich am 6.11.98 H. Lorkovic<sup>71</sup> ein, den Gordischen Knoten mit einem Hieb zu zertrennen. „Rechts ist demnach alles, was Ordnung stiftet, wie Nationalität und Religion, links dagegen alles, wodurch Ordnung aufgelöst wird, was einen [sic] Entropiezuwachs entspricht.“ Von Mohler stamme der Vorschlag, die Einstellung zur Theorie als Unterscheidungskriterium heranzuziehen. Dem sei nichts mehr hinzuzufügen. Während die Linken, in der Bestrebung, ihrem utopischen Wunschdenken Gewicht zu verleihen, mit grandios wirkenden theoretischen Konstrukten operiert hätten, wären die Rechten in weit bescheidenerem Maße mit der Theorie umgegangen: „Man könnte fast sagen, sie hätten überhaupt keine Theorie und beharrten lieber auf harten Tatsachen oder Erfahrungen.“ Schlimmer noch: „Der Eindruck, die Linke sei intellektuell begabt, kreativ und phantasie reich, die Rechte dagegen begrenzt, stur und gehemmt, lasse sich somit nicht vermeiden.“ Willig hingegen übersehe, daß die deutsche Rechte „alle Zeichen der Umerziehung“ trage: „Sie weist die Dauerwirkung des Schuldtraumas ab und zeigt sich fit für Europa; sie wählt und läßt sich wählen in der Überzeugung, sie könnte in einer demokratischen Wahl auch gewinnen. Woher, wenn nicht aus der Umerziehung [!], sollte diese Überzeugung stammen.“

---

71 Lorkovic, H.: Die Farbe der Rechten, in: JF 6.11.1998, S. 16 --- Vgl. Bath, M.: Von der Negation zum neuen Denken, in: JF 13.11.1998, S. 16

Der „‘suchende’ Konservative“, hat B. Müller<sup>72</sup> am 20.11.98 erkannt, orientiere sich nicht mehr deshalb an der eigenen Nation, weil er von ihrer historischen Größe und Auserwähltheit überzeugt sei, sondern weil er sie in ihrer Kleinheit und schwindenden Bedeutung vor dem völligen Untergang beschützen wolle. Insofern habe sein Nationalbewußtsein, allen absurden Behauptungen zum Trotz, weder mit Fremdenfeindlichkeit zu tun, noch mit Haß auf andere Kulturen. Vielmehr suche er gerade aus „Liebe zur Kultur – zur Kultur überhaupt, der eigenen und der fremden – die postmodernen Splitter und Versatzstücke der verschiedenen Kulturen vor ihrer vollständigen Vermengung zu bewahren“. Die Orientierung am Einzelnen und das Verständnis der Nation als Kulturgemeinschaft würden sowohl ihre Reduktion auf die ordnungsstiftende Funktion als auch ihre Hypostasierung zum obersten Prinzip politischen Handelns verbieten. Die Nation sei weder Mittel noch Selbstzweck.

Am 10.9.99 stellt D. Stein<sup>73</sup> einmal mehr in einer Bestandsaufnahme mit Bedauern fest, daß mehrere Organisationen mit unterschiedlichen Ansätzen und Konzepten um das rechtswählende Protestpotential in Deutschland konkurrieren würden<sup>74</sup>: „Das reicht von radikal nationalistischen, estatistischen Parteien (NPD) über nationalkonservative oder freiheitliche Formationen wie Republikaner oder BFB – bis hin zu Union und nationalliberalen Teilen der FDP!“

### **Kommentierte Zusammenfassung**

Zu den erklärten Zielen der Intellektuellen Rechten gehört die Erlangung einer kulturellen Hegemonie. Da sie davon eingeständenerweise weiter entfernt ist denn je, gerät bei der Analyse jener Rolle, die sie sich über die Jahre in der JF selbst zuschreibt, zwangsläufig deren von Taktik geprägter Zugriff auf die Wirklichkeit in den Blick. Von Bedeutung ist hierbei vor allem, wo sich die Intellektuelle Rechte selbst innerhalb des rechtsradikalen Bewegungszusammenhangs verortet.

Die freilich in der Folge nicht immer eingehaltene strategische Leitlinie wird bereits 1987 ausgegeben. Demnach müsse die Rechte mit einer „elitären intellektuellen Gruppe geistig entscheidende Kräfte bündeln, ohne Rücksicht auf den Fleckerlertpeppich verstaubt-träger rechtskonservativer Vereinsmeierei“.

---

72 Müller, B.: Konsequenz der Kultur, in: JF 20.11.1998, S. 14

73 Stein, D.: Die gespaltene Rechte, in: JF 10.9.1999, S. 1

74 Neubauer rät der NPD, der DVU und den Republikanern, sich künftig mehr auf das Verbindende zwischen ihnen zu konzentrieren: „Wir wollen, daß der Nationalstaat erhalten bleibt, wir wollen, daß Deutschland seine Identität bewahrt, wir wehren uns gegen Überfremdung und Bevormundung – das ist der gemeinsame Nenner [...]“ (Vgl. das JF-Interview mit H. Neubauer: „Geld alleine reicht nicht“, in: JF 17.9.1999, S. 6) --- Zu den Einigungsversuchen auf der Rechten, hier in Gestalt von BFB, DP, DSU, FBU, Republikaner und „Deutschland-Bewegung“, vgl. die Rubrik „Parteien, Verbände, Personen“, in: JF 12.11.1999, S. 3 --- Vgl. auch Ramelsberger, A.: Rechtsextreme erwägen Wahlbündnis für Bundestag, in: SZ 7.10.2004, S. 6; Grassmann, Philip: NPD und DVU bilden Bündnis, in: SZ 11.10.2004, S. 5



Der als kleinkariert empfundenen Diversifikation des rechten Lagers in eine Vielzahl von Parteien, Initiativen, Zirkeln etc. wird eine klare Absage erteilt.

Nach wie vor versage aber die „zum Teil selbst durchliberalisierte deutsche Rechtsintelligenz“ vor der Aufgabe, sich auf die neue politische Situation in Deutschland einzustellen, neue Themen auf die Tagesordnung zu setzen, heißt es 1990. Wegweisende Ansätze einer neuen Gesellschaftspolitik, wie sie in Frankreich von der Nouvelle Droite diskutiert würden, wären ignorant beiseite geschoben worden. Hinzu käme die Enttäuschung über den Verlauf der Entwicklung der Republikaner, die geglaubt hätten, auf eine grundlegende Programmatik weitgehend verzichten zu können.

1992 wird ebenfalls geklagt, es sei das Manko einer jeden parteipolitisch aktiven Entwicklung auf rechter oder konservativer Seite in Deutschland, sofort auch zum bevorzugten Sammelbecken all jener Gruppen und Bewegungen zu werden, „die weder rechts noch konservativ, vielmehr aber unreflektiert gewaltbereit, geistig flach und politisch destruktiv, in keiner Weise aber mit den Gründungsintentionen identisch gehen“ würden. Alle Hoffnungen müßten sich also auf die „Rechtsintellektuellen“, die „Gegen-68er“ richten. Auf der Suche nach einer neuen Ordnung gehe es zunächst allein um eine kulturelle Erneuerung.

Ein Konzept zur Machtgewinnung besitze die „verfassungstreue Rechte“ nämlich keines, heißt es 1993. Aber auch mit einer bloßen kulturellen Erneuerung auf der Grundlage eines „geläuterten Patriotismus“ würde sich realiter nichts verändern. Dazu müßte man schon schleunigst die Regierungsverantwortung übernehmen. Zur zentralen politischen Forderung wird erhoben, die „Demokratielücke des repräsentativen Parlamentarismus“ durch „Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk“ zu schließen.

Eine ein für allemal geltende Definition dessen, was konservativ, was rechts sei, werde sich nie finden lassen, räumt man 1994 ein. Dessen ungeachtet habe die „Strategie der Delegitimierung und systematischen Stigmatisierung der demokratischen Rechten“ fürwahr ganze Arbeit geleistet. Ein „Klima der Bspitzelung, der Einschüchterung und der Stigmatisierung“ hätte allorts eingesetzt. Die Republikaner etwa müßten sogar noch nach der Trennung von Schönhuber, dieses „politischen Hasardeurs“, nicht nur mit der nachrichtendienstlichen Überwachung, sondern auch mit der „Stigmatisierung als Verein von potentiellen Un(ter)menschen“ zurecht kommen. Es habe eine regelrechte „Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte“ eingesetzt. Die Chance des „neuen deutschen Denkens“ liege offenbar noch in den Elfenbeintürmen der Intellektuellen.

Mehr denn je müsse eine demokratische Rechte dabei motiviert sein von „ungeteiltem Erschüttert-Sein“, vom „unaufgerechneten Wissen um Auschwitz und Kolyma“ sowie dem Wissen darum, daß „extrem liberalistische“ Technologie-Gesellschaften durch die „zwanghafte Zerstörung aller Wert-

Bindungen, Reflexions-Refugien und rechtsstaatlichen Ordnungs-Bezüge“ die „antizivilisatorische Vorstrafe zum jeweils neuesten Zivilisationsbruch“ darstellten, heißt es 1995. Nachdrücklich wird in diesem Zusammenhang zum Zwecke einer Transformierung von Schuld betont: „Denn das Ungeheuerliche an Auschwitz ist ja nicht, daß es ‘einmalig’ war, sondern menschenmöglich. Das Menschen-Mögliche aber ist wiederholbar.“ An anderer Stelle wird die „scheinbare Paradoxie der deutschen Rechten“ so zusammengefaßt:

„einerseits das ‘Modell Haider’ – intellektuell anspruchlos, aber äußerst erfolgreich – und andererseits die bundesdeutschen Konservativen: intellektuell tiefeschürfend und theoriebesessen, aber völlig erfolglos. Theorie und Praxis, das zeigen beide Modelle, wollen einfach nicht zusammenfinden.“

An der gerechtfertigten Distanz aufgrund unvereinbarer politischer Zwecke zwischen demokratischen und totalitären Rechten dürfe gleichwohl nicht gerüttelt werden. Insofern verbiete es sich von selbst, unentwegt von der „Einheit aller Rechten“ zu schwadronieren. Gefragt sei vielmehr eine „schöpferische deutsche Rechte“, die sich den drängenden Zukunftsfragen etwa auf dem Gebiet der Gentechnik, des Umweltschutzes oder der Ausländerintegration bei gleichzeitiger Ablehnung der „Multi-Kulti-Ideologie“ stellen müsse. Dem wird freilich an anderer Stelle sofort entgegengehalten, man dürfe bestenfalls einen Mittelweg suchen zwischen traditionell rechter gegenkultureller Abgewandtheit und Auflösung der eigenen Substanz. Politisch klug sei es beispielsweise, heißt es mit Blick auf die seinerzeit vor sich hin darbenende FDP, sich ganz unideologisch pragmatisch in einer Organisation zu engagieren, die den politischen Liberalismus vertrete. Zustimmung könne man vorstehender Auffassung nur in einem Punkt: Wenn die Rechte wirklich „schöpferisch“ tätig sein wolle, solle sie sich eher mit der kommenden weltweiten Datenvernetzung beschäftigen, „anstatt Ressentiments gegen Minderheiten abzusondern“. Traditionell altrechts setzt sich die Argumentation im weiteren fort. Man begegnet der Anschluß an die Moderne suchenden Position mit unverhohlener Häme, sieht man in ihr doch nichts weiter als eine Empfehlung zum „(politischen) Selbstmord“. Gewollt rückwärtsgewandt wird ein „Wiedererinnern und Blankhalten sogenannter ‘alter Werte’“ postuliert. Im übrigen gebe es ungeachtet der „Denk- und Sprechverbote des 68er Establishments“ unübersehbar ein politisches Vakuum. In selbiges möchte die in der JF versammelte Intellektuelle Rechte mit ihrem Sammelband „Wir ‘89er“ nur allzu gerne hineinstoßen.

Am Ziel einer ernstzunehmenden demokratischen Rechten, Deutschland letztlich mitzuregieren, schließlich sei dies die „Meßlatte für ‘Erfolg’“, wird unverdrossen auch 1996 festgehalten. Immerhin in Baden-Württemberg finde die „seriöse Arbeit“ des Republikaner-Vorsitzenden Schlierer bereits Anklang. Eine klare Absage erfährt hingegen die plakative Forderung nach einer „Einheit aller Rechten“. Der Grundfehler der Konstruktion der „Runden

Tische“ sei nämlich der, daß sie etwas zusammenführen wollten, was nicht zusammengehöre und deshalb nicht zusammengeführt werden könne.

1997 ist von der Jahre zuvor noch feststellbaren Aufbruchstimmung nichts mehr zu spüren. Der Führungsanspruch durch eine intellektuelle rechte Elite wird stillschweigend fallengelassen. Man ist nunmehr der Überzeugung, daß intellektuelle Debatten allein eben keine Veränderung bewirken könnten, es müsse daher parlamentarische Alternativen zum gegenwärtigen Angebot geben. Hier seien die Republikaner gefordert, nicht aber die DVU, da man diese nämlich nur wählen könne, wenn man zuvor eine „gewisse Ekelgrenze“ überwunden habe.

Um so fassungsloser müssen die JF-Autoren dann 1998 die sensationellen 12,9 % für die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt kommentieren. Man ist schier am Verzweifeln, sieht die radikale Rechte doch ihr jahrelanges Bemühen, eine „seriöse“ und damit „wählbare“ Alternative zu den „Altparteien“ aufzubauen, konterkariert. Im gleichen Atemzug wird darum allen im rechtsradikalen Lager ertönenden Aufforderungen, jetzt alles auf den Münchner Großverleger zu setzen, eine scharfe Absage erteilt. „Frey ist nicht zuletzt ein unappetitlicher Antisemit und Apologet des Dritten Reiches, der alles ‘Nationale’ seit Jahrzehnten diskreditiert hat.“ Mit dem Verlöschen des kleinen politischen Hoffnungsschimmers, den man eine Zeit lang glaubte ausmachen zu können, wendet sich die JF abermals der Frage zu, was denn „rechts“ überhaupt sei. Unter dem Druck der für die Reputation einer „demokratischen Rechten“ als desaströs empfundenen Absprachen Freys mit Schönhuber und Mechttersheimer wird mit der Forderung nach einer intellektuellen Modernisierung des strategischen Konzepts eine erneute Kehrtwende propagiert. Es genüge nicht, die bis zum Überdruß gebrauchten Schlagworte immer wieder aufs neue herunterzubeten: „Ausländerzuzug stoppen! Kriminalität bekämpfen! Arbeitslosigkeit beseitigen! D-Mark behalten! Meinungsfreiheit für alle!“ Zum Maß aller Dinge gerät jetzt nicht mehr der Einzug in die Parlamente, vielmehr komme es unter hegemoniestrategischen Überlegungen auf das „Eindringen in sinnentleerte Räume“ an, auf die gedankliche Vertiefung von Begriffen und Positionen, die ihrer ursprünglichen Bedeutung verlustig gegangen seien. Der Anschluß an einen Mehrheitsdiskurs bleibe für demokratische Rechte unverzichtbar. Mit einem „Appell an Ressentiments und nationales Pathos“ allein könne man weniger denn je reüssieren. Apodiktisch unterstreicht man, jenseits „Runder Tische“, an denen von absonderlichen Bündnissen geträumt werde, denen eine „sogenannte Neue Rechte“ dann theorielastig die höheren Weihen zu geben hätte, verkörpere eine authentische Rechte primär den Feind aller egalitären Massengesellschaften. Zu einem rechten Politikbegriff gehöre die Kritik am Liberalismus und der vielfältigen Globalisierung ebenso wie die Skepsis gegenüber den „Uniformierungstendenzen eines Weltstaates“ oder das Eintreten für die gewachsenen Lebensformen kleinerer Gesellschaftseinheiten

sowie für die in ihnen „gestifteten Bindungen“. „Rechtes‘ Denken“, das auf einem eher „pessimistischen Menschenbild“ basiere, werde sich immer an funktionierenden Ordnungsstrukturen, wie dem „Religiösen“ und dem „Nationalen“, orientieren. Dem gegenüber stehe das „anthropozentrische ‘liberale’ oder ‘linke’ Weltbild“, das von der „natürlichen Güte“ des Menschen ausgehe und die „Schlechtigkeit“ immer in den gesellschaftlichen Verhältnissen suchen werde. Unwidersprochen bleibt nicht die Forderung nach „Integrationskonzepten der ‘Rechten’ für die Ausländer“. Hier sei bereits die Fragestellung falsch, wird eingewandt, wollten sich doch insbesondere die in Deutschland lebenden Türken aufgrund ihrer „islamischen Identität“ in keinsten Weise integrieren. Schon aus einem „überlebensnotwendigen Selbstbehauptungswillen“ heraus dürfe es daher nur darum gehen, wie man integrationsunwillige Ausländer schnellstmöglich wieder abschieben könne. Dem wird wiederum entgegeng gehalten, die Rechte verweigere sich zwar der „letzten Utopie“, aber im „Kampf gegen eine ‘Vergangenheit, die nicht vergehen will’“, sei sie vielfach noch nicht im Hier und Jetzt angekommen. Daher rühre nicht nur ihr Enthusiasmus für einen „unseligen Revisionismus“, der sich der Realität verweigere, sondern auch ein jämmerlicher Pessimismus, der in kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen fortwährend eine Bedrohung erkenne. Und so denke sich „die‘ Rechte“ dann ein deutsches Volk, das so höchstens historisch existiert habe, und das nicht in dieser Eindeutigkeit. Die Kontroverse darum, wie weit eine Modernisierung „der Rechten“ gehen dürfe, ohne Hand in Hand mit der vermeintlichen „Preisgabe“ der Nation in Substanzlosigkeit abzuleiten, ist 1998 beendet. Sie wurde nicht entschieden. Vielmehr bemüht man einen Kompromiß. Die Orientierung am Einzelnen und das Verständnis der Nation als Kulturgemeinschaft würden sowohl ihre Reduktion auf die ordnungsstiftende Funktion, als auch ihre Hypostasierung zum obersten Prinzip politischen Handelns untersagen. Die Nation ist sei weder Mittel noch Selbstzweck. 1999 findet der Streit darüber, was rechts sei, keine Fortsetzung. Ihrem strategischen Ziel, den Wählern eine seriöse Rechtspartei zur Wahl anbieten zu können, ist die Intellektuelle Rechte nach über einem Jahrzehnt angestrenzter publizistischer Begleitung nicht einen Schritt näher gekommen.

## Beiträge zur Politikwissenschaft

- Band 9: Klaus Kornel: **Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland** · Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT  
2008 · 606 Seiten · ISBN 978-3-8316-0761-7
- Band 8: Martin Huber: **Der Einfluss der CSU auf die Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1954–1969 im Hinblick auf die Beziehungen zu Frankreich und den USA**  
2008 · 252 Seiten · ISBN 978-3-8316-0760-0
- Band 7: Andreas Bock: **Rawls' »Recht der Völker«** · Menschenrechtsminimalismus statt globaler Gerechtigkeit?  
2008 · 172 Seiten · ISBN 978-3-8316-0746-4
- Band 6: Chloé Zirnstein: **Zwischen Fakt und Fiktion** · Die politische Utopie im Film  
2006 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-0635-1
- Band 5: Axel Woeller: **Die Landfrage und Landreform in Namibia**  
2005 · 275 Seiten · ISBN 978-3-8316-0555-2
- Band 4: Bernd Mayerhofer: **Die Tugend der Augen** · Beiträge zur politischen Asthetik  
2006 · 368 Seiten · ISBN 978-3-8316-0553-8
- Band 3: Robert Staudigl: **Demokratie und/oder Frieden im Nahen Osten?**  
2005 · 80 Seiten · ISBN 978-3-8316-0509-5
- Band 2: Robert Staudigl: **Die Türkei, Israel und Syrien zwischen Kooperation und Konflikt**  
2004 · 387 Seiten · ISBN 978-3-8316-0348-0
- Band 1: Ruth Wittlinger: **Thatcherism and Literature** · Representations of the 'State of the Nation' in Margaret Drabble's Novels  
2002 · 200 Seiten · ISBN 978-3-8316-0157-8

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:  
Herbert Utz Verlag GmbH, München  
089-277791-00 · info@utz.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: [www.utz.de](http://www.utz.de)

